

# INHALT

<b><u>1 EINLEITUNG</u></b>	<b>1</b>
<b>1.1 PROBLEMSTELLUNG</b>	<b>2</b>
<b>1.2 LITERATURÜBERSICHT UND QUELLENLAGE</b>	<b>5</b>
<b><u>2 DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IM DEUTSCHEN SÜDWESTEN 1945-1950 - EIN DEMOKRATISCHER NEUBEGINN?</u></b>	<b>8</b>
<b>2.1 DIE RAHMENBEDINGUNGEN</b>	<b>8</b>
2.1.1 DIE BESETZUNG UND AUFTEILUNG DES SÜDWESTENS	12
2.1.2 DIE FRANZÖSISCHE BESATZUNGSMACHT	16
2.1.2.1 Die französische Deutschlandpolitik	16
2.1.2.2 Die französische Besatzungspolitik	20
2.1.2.2.1 Die französische Demontagepolitik	23
2.1.2.3 Die französische Gewerkschaftspolitik	25
2.1.3 DIE AMERIKANISCHE BESATZUNGSMACHT	29
2.1.3.1 Die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik	30
2.1.3.2 Die amerikanische Gewerkschaftspolitik	34
2.1.4 ZUSAMMENFASSUNG	42
<b>2.2 DER NEUBEGINN DER GEWERKSCHAFTEN</b>	<b>45</b>
2.2.1 DIE ANTIFA-BEWEGUNG - CHANCE EINES NEUBEGINNS?	47
2.2.2 GRÜNDUNGEN VON GEWERKSCHAFTEN	53
2.2.2.1 Die Gründung des Württembergischen Gewerkschaftsbundes (WüGB)	54
2.2.2.1.1 Der Streit um den organisatorischen Aufbau des WüGB	64
2.2.2.2 Der Weg zum Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden (GWB)	72
2.2.2.3 Der Weg zum Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern (GB SWH)	
- Orientierung an Stuttgart?	78
2.2.2.4 Die Gründung des Badischen Gewerkschaftsbundes (BGB)	86
2.2.3 ZUSAMMENFASSUNG	90
<b>2.3 GEWERKSCHAFTLICHE TÄTIGKEITSFELDER</b>	<b>93</b>
2.3.1 DER KAMPF FÜR BESSERE LEBENSBEDINGUNGEN	94
2.3.2 DER KAMPF UM MITBESTIMMUNG IN DEN BETRIEBEN	99

---

2.3.3 ZUSAMMENFASSUNG	106
<b>2.4 EIN DEMOKRATISCHER NEUBEGINN?</b>	<b>108</b>
<b><u>3 DIE GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG DES DEUTSCHEN SÜDWESTEN VON 1945-1950 ALS THEMA DER HISTORISCH-POLITISCHEN ERWACHSENENBILDUNG</u></b>	<b><u>111</u></b>
3.1 THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR HISTORISCH-POLITISCHEN ERWACHSENENBILDUNG	111
3.2 DIDAKTISCHE FOLGERUNGEN FÜR EINEN LEHRGANG ÜBER DIE GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG	117
3.3 VERLAUF	122
<b><u>4 ABSCHLIEßENDE BETRACHTUNGEN</u></b>	<b><u>126</u></b>
<b><u>5 ANHANG: VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN</u></b>	<b><u>127</u></b>
<b><u>6 QUELLEN UND LITERATURVERZEICHNIS</u></b>	<b><u>130</u></b>
6.1 ARCHIVALISCHE QUELLEN	130
6.2 GEDRUCKTE QUELLEN	131
6.3 ZEITUNGEN:	132
6.4 LITERATUR	133



## 1 Einleitung

Die Idee, über die Gewerkschaftsbewegung im Südwesten Deutschlands von 1945 - 1950 eine geschichtsdidaktische Diplomarbeit zu schreiben, entstand durch das Vorhaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Landesbezirk Baden-Württemberg eine Schrift herauszubringen, die sich mit der Vorgeschichte des DGB im Südwesten Deutschlands befaßt.

Der Anlaß, sich an die Vorgeschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu erinnern, war das 50jährige Jubiläum der Gründungsveranstaltungen der drei südwestdeutschen Gewerkschaftsbünde (Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern, Badischer Gewerkschaftsbund).<sup>1</sup> Diese drei Bünde beschlossen vor dem Gründungskongreß des DGB vom 12. bis zum 14. Oktober 1949 ihre Auflösung und zählen damit zu den Wegbereitern des DGB Landesbezirk Baden-Württemberg.

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaften im deutschen Südwesten nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung des DGB. Dabei will diese Arbeit keine reine fachwissenschaftliche Darstellung der Gewerkschaftsbewegung sein, die nur den Historiker im Blick hat. Die Arbeit hat sich zwei Ziele gesetzt:

1. Sie will den an der Gewerkschaftsgeschichte Interessierten Informationen über die Gewerkschaftsbewegung im Südwesten Deutschlands von 1945 - 1950 geben.
2. Sie will dazu anregen, die Gewerkschaftsgeschichte in der gewerkschaftlichen Weiterbildung mit einzubeziehen.

Die Hauptadressaten dieser Diplomarbeit sind also politisch, gewerkschaftlich interessierte Erwachsene und die für die gewerkschaftliche Weiterbildung zuständigen Personen. Die Arbeit ist daher in zwei große Abschnitte geteilt:

---

<sup>1</sup> Vgl. Klinga, Stefan/Klose, Jürgen: 50 Jahre Gewerkschaften im Südwesten. Zur Gründungsphase 1946/47, hrsg. vom DGB Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart 1996.

Im ersten Abschnitt erfolgt eine historische Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsgeschichte.

Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit Überlegungen zur historisch-politischen Erwachsenenbildung. Hierbei wird auch ein grober Verlaufsplan für einen Weiterbildungslehrgang über die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften im deutschen Südwesten erarbeitet.

Auf die Leitfragen, welche die beiden Abschnitte bestimmen, und auf den genaueren Aufbau sowie eine erste Literaturübersicht der Arbeit wird im folgenden eingegangen.

### **1.1 Problemstellung**

Die Arbeit hat, wie oben schon erwähnt, nicht den professionellen Historiker, sondern „Nicht-Experten“ als Zielgruppe im Blickfeld. Da bei diesen der wissenschaftlich-historische Hintergrund, der für das Verständnis der Gesamtzusammenhänge notwendig ist, nicht generell als gegeben vorausgesetzt werden kann, ist es Ziel der ersten vier Kapitel, einen Überblick über den regionalen Wiederaufbau der Gewerkschaften im deutschen Südwesten zu geben.

Da die Diplomarbeit auch dazu anregen will, der Geschichte der Gewerkschaften in der gewerkschaftlichen Fortbildungsarbeit einen festen Stellenwert zu geben, werden außerdem in diesen Kapiteln auch fachwissenschaftliche Grundlagen vermittelt.

Somit wird hier der Versuch unternommen, eine Brücke zwischen professionellen Geschichtswissenschaftlern und interessierten Nicht-Experten zu schlagen, indem bewußt ein Kompromiß zwischen der Vermittlung aktuellsten fachspezifischen Wissens einerseits, und einer allgemein verständlichen Darstellungsweise andererseits eingegangen wird.

Beispielsweise gibt es keine ausführliche Gesamtdarstellung<sup>2</sup> über die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten von 1945-1950.

Eine Arbeit, die sich nur mit der historisch-politischen Erwachsenenbildung im Deutschen Gewerkschaftsbund beschäftigt hätte, hätte vom Leser erwarten müssen, daß er mehrere Bücher - von denen einige nicht mehr aufgelegt werden - liest.

Umgekehrt bestünde bei einer rein fachwissenschaftlich ausgerichteten Arbeit die Gefahr, daß die Interessen der sogenannten „Nicht-Experten“ in den Hintergrund gedrängt oder gar vernachlässigt würden.

Der historische Abschnitt vorliegender Diplomarbeit beschäftigt sich, gegliedert in drei inhaltlich aufeinander aufbauenden Kapiteln, mit der Frage, ob die Gewerkschaften ihre Ziele und Vorstellungen von einem demokratischen Neubeginn umsetzen konnten.

In der Literatur zur Arbeiterbewegung hat sich an dieser Frage eine Diskussion um „die verhinderte Neuordnung“ entzündet.<sup>3</sup> Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, welchen Handlungsspielraum die Gewerkschaften damals hatten.

Im ersten Kapitel dieses Abschnittes werden die Rahmenbedingungen, unter denen der Aufbau der Gewerkschaften vonstatten ging, aufgezeigt. Besonders die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und die Einstellungen der jeweiligen Besatzungsmacht beeinflussten wesentlich den Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisation. Daher steht hier die Aufteilung des Südwestens in Besatzungszonen und die französische und amerikanische Besatzungspolitik im Vordergrund.

Im zweiten Kapitel wird dann auf den Aufbau der Gewerkschaften näher eingegangen. Hierbei stehen zwei Fragen im Vordergrund: Wer war die treibende Kraft beim Aufbau

---

<sup>2</sup> Einen kurzen Überblick über die gesamte Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten findet man bei: Pfefferle, Heinz: Die Gewerkschaften, in: Thierfelder, Jörg/Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, Karlsruhe 1991, S. 183-200 und Klinga, Stefan/Klose, Jürgen: a.a.O. (vgl. Literaturübersicht).

<sup>3</sup> Vgl. u.a.: Detje, Richard u.a.: Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1982; Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 74-87, Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Köln<sup>8</sup> 1981.

der Gewerkschaften, kam sie von ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären oder von der Basis, also von den Betrieben? Wie sah der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften aus?

Um die erste Frage zu beantworten, wird in dem Kapitel nicht nur auf die Entstehung der Landesgewerkschaftsbünde, sondern auch auf die Antifa-Bewegung eingegangen, da sie ein Versuch einer strukturell neuen Formierung von Arbeiterbewegung darstellte.

Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaften wird am Beispiel der Landesgewerkschaftsbünde aufgezeigt, indem der Württembergische Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, aufgrund der besseren Quellenlage, hier im Mittelpunkt steht.

Im dritten Kapitel schließlich geht es um die gewerkschaftlichen Tätigkeitsfelder. In welchen Bereichen haben sich die Gewerkschaften damals überwiegend engagiert? Und haben sie ihre Neuordnungsvorstellungen durchsetzen können? Im Mittelpunkt des Kapitels steht der Kampf der Gewerkschaften für bessere Lebensbedingungen und für die gleichberechtigte Mitbestimmung in den Betrieben.

Damit werden zwei Tätigkeitsfelder ausgewählt, von denen eines mehr die tagespolitischen Probleme und das andere mehr die wirtschaftliche Neugestaltung der Gesellschaft betrifft.

Im zweiten Abschnitt der Diplomarbeit wird nun der Frage nachgegangen, wie das Thema der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften im deutschen Südwesten in der gewerkschaftlichen Weiterbildung umgesetzt werden kann.

Dabei stehen zunächst einmal folgende Gesichtspunkte im Vordergrund: Inwiefern die Beschäftigung mit Geschichte für soziale Gruppen und Individuen bedeutsam ist, inwieweit sich Identitätsbildung und Geschichte wechselseitig beeinflussen und welche Rolle dabei die historisch-politische Erwachsenenbildung spielen kann.

Aus diesen Überlegungen heraus werden Schlüsse für die methodisch-didaktische Umsetzung eines konkreten Lehrgangs zum Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten in der Zeit von 1945-1950 - Ein demokratischer Neubeginn“ gezogen.

Abschließend wird ein möglicher Verlauf dieses Lehrganges entwickelt und exemplarisch dargestellt.

## 1.2 Literaturübersicht und Quellenlage

In folgender Übersicht wird kurz auf die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten eingegangen.

Insgesamt gesehen ist die Literatur über die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten nicht gerade sehr umfangreich. Eine ausführliche Gesamtdarstellung für den Südwesten fehlt vollkommen.

Die meisten Arbeiten beschäftigen sich mit der Problematik des Organisationsaufbaus und der Umsetzung der Neuordnungsvorstellungen. Dabei untersuchen einige Studien die Gewerkschaftsbewegungen einzelner Städte,<sup>4</sup> drei wichtige Arbeiten<sup>5</sup> stellen die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Besatzungszonen dar.

Die Arbeit von Christfried Seifert<sup>6</sup> ist von der Meinung geprägt, daß von Anfang an die amerikanische Militärregierung und die Gewerkschaftsleitung Württembergs der Basis, die eine umfassende gesellschaftliche Veränderungen intendierte, gegenüber standen. Diese Einstellung führt dazu, daß er das sehr komplexe Beziehungsgeflecht zwischen amerikanischer Militärregierung, Gewerkschaftsleitung und Basis nur unter diesem Blickwinkel untersucht.

---

<sup>4</sup> DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau in Stuttgart 1945-49, Stuttgart 1982; Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen 1945-1948. Gewerkschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung kommunaler Aspekte, Friedrichshafen 1985; Schottmüller, Silvia: Entstehung und Entwicklung des ADGB Karlsruhe und Umgebung zwischen 1945 und 1949, (unveröffentlichte Magisterarbeit) Universität Mannheim Fakultät für Sozialwissenschaften 1996 und Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt/Weinstraße 1990.

<sup>5</sup> Hecker, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945-49, Marburg 1988; Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, Marburg 1980 und Unser, Margit: Der badische Gewerkschaftsbund: zur Geschichte des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung im französisch besetzten Südbaden, Marburg 1989.

<sup>6</sup> Seifert, Christfried: a.a.O..



Mit dem Beziehungsgeflecht zwischen amerikanischer Militärregierung und Gewerkschaften befaßt sich sehr ausführlich die Studie von Michael Fichter<sup>7</sup>. Er untersuchte sehr detailliert die Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik auf die Reorganisation der deutschen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften der Französischen Besatzungszone *Baden*<sup>8</sup> sind Thema einer Arbeit von Margit Unser.<sup>9</sup> Die Studie beschäftigt sich u.a. mit den Frage, welche Möglichkeiten der Einflußnahme die Gewerkschaften auf die Nachkriegsentwicklung Südbadens hatten.

Mit den Gewerkschaften der französischen Besatzungszone *Württemberg-Hohenzollern* befaßt sich die Studie von Wolfgang Hecker.<sup>10</sup> Er kommt zu dem Schluß, daß die sozialstrukturellen, ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen für die Gewerkschaftsbewegung in Württemberg-Hohenzollern anders waren als in den übrigen Besatzungszonen, da sie durch ein hohes Maß an Kontinuität gekennzeichnet waren. Nach Hecker hatte nicht die französische Besatzungsmacht, wie oft angenommen wird, die gesetzliche Verankerung der Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften verhindert, sondern die Einflußnahme deutscher Unternehmer auf die Entscheidung deutscher Politiker.

Mit der Frage, welche Rolle die Gewerkschaften bei der Bildung des Südweststaates spielten, beschäftigt sich ein Aufsatz von Heinz Pfefferle<sup>11</sup>. Dieser gibt auch einen guten kurzen Überblick über die Gewerkschaften im Südwesten Deutschlands bis zur Gründung Baden-Württembergs.

Eine Arbeit von Dietrich befaßt sich mit dem Verhältnis zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern in der nordbadischen IG-Metall.

---

<sup>7</sup> Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US - Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982.

<sup>8</sup> Damit ist das spätere Land Baden gemeint. In dieser Arbeit werden die drei Besatzungszonen nach den Ländernamen bezeichnet, auch wenn diese Länder zu Beginn noch nicht als Land existierten.

<sup>9</sup> Unser, Margit: a.a.O..

<sup>10</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O..

<sup>11</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 183-200.

Mit der Entlassung des Kommunisten Max Faulhaber aus dem BGB beschäftigt sich eine Arbeit von Heiko Haumann,<sup>12</sup> der auch mit anderen zusammen die Biographie<sup>13</sup> von Max Faulhaber herausgegeben hat.

In bezug auf alle drei Gewerkschaftsbünde des Südwestens existiert insgesamt nur ein wenig umfangreiches Quellenmaterial. Dies gilt insbesondere für den BGB, da hier viele Bestände verloren gingen.

Das Quellenmaterial für diese Arbeit wurde in erster Linie aus dem DGB Archiv im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn und dem DGB Archiv beim Landesbezirk Baden-Württemberg in Stuttgart bezogen. Die recherchierten Quellen der Aktenbestände der amerikanischen Militärregierung im Generallandesarchiv in Karlsruhe betrafen eher nicht das zentrale Thema vorliegender Diplomarbeit und wurden aus diesem Grund nicht berücksichtigt.

---

<sup>12</sup> Haumann, Heiko: „Der Fall Max Faulhaber“: Gewerkschaften und Kommunisten - ein Beispiel aus Südbaden 1949-1952, Marburg 1987.

<sup>13</sup> Faulhaber, Max: „Aufgegeben haben wir nie ...“ Erinnerungen aus einem Leben in der Arbeiterbewegung, hrsg. von Peter Fäßler, Heiko Haumann u.a., Marburg 1988.

## **2 Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten 1945-1950 - ein demokratischer Neubeginn?**

### **2.1 Die Rahmenbedingungen**

Nach dem Krieg begann für die Gewerkschaften, die ja von den Nationalsozialisten verboten gewesen waren, eine Phase des Neuaufbaus der gewerkschaftlichen Organisationen. Das Ende der Weimarer Republik war für die Gewerkschaften unrühmlich ausgegangen.<sup>14</sup> Die Freien Gewerkschaften hatten versucht, ihre Organisationen zu retten und wählten dafür eine Strategie der Passivität, die am Ende zu einem Anpassungs- und in manchen Fällen sogar zu einem Anbiederungskurs gegenüber dem nationalsozialistischen Staat wurde. Trotz des offiziellen Verzichts auf die bis dahin vorherrschenden demokratischen und sozialistischen Wertevorstellungen, wurden die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 von den Nationalsozialisten verboten.

Die aufgelösten Gewerkschaftsverbände wurden in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zusammengefaßt. Die DAF hatte aber nur dem Anspruch nach die Nachfolge der Gewerkschaften angetreten, denn die Tariffragen wurden aus dem Aufgabenbereich der DAF herausgelöst. Im Oktober 1934 wurde sie durch eine Führerverordnung zur Gliederung der Partei und Organisation aller „schaffenden Deutschen“ erklärt. Mit dieser Verordnung verlor sie völlig ihre Funktion als Gewerkschaft.

---

<sup>14</sup> Vgl. Zur Thematik Gewerkschaften und Nationalsozialismus: Buschak, Willy: „Arbeit im kleinsten Zirkel“ Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993, S. 19-49; Wichers, Hermann: Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes von Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg, in: Schnabel, Thomas: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945, Ulm 1994, S. 26 ff.; Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976, S. 82-104; Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 22-34.

Die Befreiung Deutschlands war machtpolitisch allein dem militärischen Eingriff von außen her zu verdanken.<sup>15</sup> Der mächtigste Gegner der Arbeiterbewegung wurde von den Alliierten besiegt, mit denen sich die Gewerkschaften nun arrangieren mußten.

Die prägende Erfahrung des Scheiterns der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik, die von vielen auf die Zersplitterung der Parteien und Gewerkschaften und auf die Unterschätzung des Nationalsozialismus<sup>16</sup> zurückgeführt wurde, führte beim Wiederaufbau der gewerkschaftlichen Organisationen dazu, daß man keine Richtungsge- werkschaften mehr haben wollte. Das Ziel war eine Einheitsgewerkschaft, die von folgenden politischen Grundsätzen getragen werden sollte:<sup>17</sup>

1. Die Einheitsgewerkschaft sollte in religiöser und weltanschaulicher Hinsicht unabhängig und tolerant sein.
2. Die parteipolitischen Bindungen der Weimarer Zeit sollten nicht wieder eingegangen werden.
3. Man trat für eine Wirtschaftsdemokratie ein. Die wichtigsten Industrien sollten in Gemeingut überführt werden und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sollte gesichert sein.

Das Ziel war es, aus der Vergangenheit zu lernen und beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands mitzuhelfen.<sup>18</sup> Für die Gewerkschaften konnte ein demokratischer Aufbau Deutschlands nur durch eine Entnazifizierung der Gesellschaft und der Wirtschaft sowie durch den Aufbau einer Wirtschaftsdemokratie erreicht werden.

Die Durchsetzung dieser gewerkschaftlichen Ziele gestaltete sich schwierig, da die Gewerkschaftsorganisationen erst wieder aufgebaut werden mußten. Hinzu kam, daß man

---

<sup>15</sup> Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte - Ziele - Wirkungen, Düsseldorf/Köln 1980, S. 282 und Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 183.

<sup>16</sup> Vgl. Buschak, Willy: a.a.O., S. 19 ff..

<sup>17</sup> Limmer, Hans: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München<sup>5</sup> 1973, S. 70.

<sup>18</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 27.

im Südwesten wie auch im übrigen Deutschland vor gravierenden Problemen stand:<sup>19</sup>

- Durch die alliierten Luftangriffe und durch die nationalsozialistische Politik der „verbrannten Erde“ war die Infrastruktur schwer beschädigt worden.
- In den durch die Luftangriffe zerstörten Städte herrschte Wohnungsnot.
- Durch Stadtflucht und die Flüchtlings- und Vertriebenenströme kam es zu Bevölkerungsverschiebungen.<sup>20</sup>
- Die schlechte Ernährungssituation beeinträchtigte die Produktivität der Arbeitskräfte.
- Die mangelhafte Energieversorgung erschwerte den Wiederaufbau.
- Die Aufteilung des befreiten Deutschlands in Besatzungszonen erschwerten den wirtschaftlichen Aufbau erheblich.

Die wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften waren daher die Organisation der Verteilung von Brennstoffen und Nahrungsmitteln, die Wiederinstandsetzung von Industriewerken<sup>21</sup> und der Infrastruktur. Die traditionelle Lohnpolitik der Gewerkschaften spielte

---

<sup>19</sup> Vgl. Abelshausen, Werner: Wirtschaft im Südwesten 1945-1952, in: Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.): a.a.O., S. 93-111; Ehmer, H./Zier, H. G.: Das Wirtschaftsleben nach dem Krieg, in: Schwarzmaier, Hansmartin [u.a.] (Bearb.): Der deutsche Südwesten zur Stunde Null, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein, Karlsruhe 1975, S. 92-116.

<sup>20</sup> In Baden und besonders in Württemberg-Hohenzollern war das Flüchtlingsproblem nicht so stark wie in Württemberg-Baden ausgeprägt. Dies hängt daran, daß die französische Besatzungsmacht sich lange weigerte, Vertriebene und Flüchtlinge aufzunehmen. Der Hauptstrom von Flüchtlingen setzte erst 1949 ein. Vgl. Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 22 f..

Die Gesamtbevölkerung von Württemberg-Baden stieg von 3 675 273 (1946) auf 3 884 000 (1950). Dieser Zustrom bedeutete erstmals eine große Belastung für die Wirtschaft des Landes. Langfristig gesehen waren die Flüchtlinge aber eine „Quelle wirtschaftlichen Wachstums.“ So arbeiteten schon Ende 1947 9 375 Flüchtlingsbetriebe in Württemberg-Baden. Vgl. Abelshausen, Werner: Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 96.

<sup>21</sup> Die Zerstörungen der Industrie 1945 waren nicht so stark wie oft angenommen wird. Der Gütegrad der Industriekapazitäten erreichte am Ende des Zweiten Weltkrieges den höchsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Winters 1946/47 lag nicht an den Bedingungen der Produktion, sondern unter anderem an der zerstörten Infrastruktur. Außerdem war der Außenhandel in den ersten drei Nachkriegsjahren allein Sache der Besatzungsmächte. Es kam zu Zwangsausfuhren (z.B. Holz, Kohle, Schrott), die dazu führten, daß ein Großteil der intakt gebliebenen Kapazität der späteren Bizone ungenutzt bleiben mußten. Uffelmann stellt die These auf, „daß die Industrie das Ihre dazu beigetragen habe, den Aufschwung zu bremsen, und der Winter [S.K.: 1946/47] nur sekundär den Zusammenbruch bewirkt habe. Infolge der restriktiven Wirtschaftspolitik der Besatzungsmächte sei die Industrie auf den Schwarzen Markt und zu illegalen Kompensationsgeschäften getrieben worden. So habe sie der legalen Lenkung und Bewirtschaftung immer mehr Rohstoffe mit dem Ergebnis entzogen, daß die Dynamik des ersten Nachkriegsaufschwung längst vor dem Winter abgebrochen sei.“ Uffelmann, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Weichenstellungen 1945-1949, Düsseldorf 1988, S. 21. Vgl. dazu auch: Abelshausen, Werner: Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft

bis Oktober 1948 eine untergeordnete Rolle, da bis zu diesem Zeitpunkt von den Alliierten ein Lohnstopp angeordnet war.

Die Gewerkschaften hatten sich vorgenommen, eine wesentliche Position beim Aufbau eines neuen, demokratischen Deutschlands und bei der „Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft“<sup>22</sup> einzunehmen. Der Aufbau einer starken Gewerkschaftsorganisation, die ihre demokratischen Vorstellungen auch durchsetzen kann, erwies sich als schwierig: Schon beim Versuch, überörtliche und landesweite Gewerkschaften zu bilden, stieß man immer wieder auf den Widerstand der amerikanischen bzw. französischen Besatzungsmacht.

Da die Besatzungspolitik oft als der Bremsstein für die Gewerkschaftsbewegung angesehen wird, konzentriert sich diese Diplomarbeit hauptsächlich auf die besatzungspolitischen Rahmenbedingung:

Welche Vorstellungen von einem neuen Deutschland hatten die Besatzungsmächte in Deutschland? Welche Einstellung hatten sie zu den Gewerkschaften?

Um die Bedingungen, unter denen der Aufbau der Gewerkschaftsorganisationen im Südwesten stattfand, besser zu verstehen, muß man auch auf die Aufteilung des Südwesten in Besatzungszonen näher eingehen. Mit dieser Problematik befaßt sich der erste Teil des folgenden Kapitels. Im Anschluß daran werden die deutschland- und besatzungspolitischen Vorstellungen der amerikanischen und der französischen Besatzungsmächte, die im Südwesten Deutschlands eine (bzw. zwei) Besatzungszone hatten, erläutert. Diese sind wichtig, um die Einstellung der Militärregierungen zu den Gewerkschaften zu verstehen.

---

und die Rolle der Besatzungspolitik, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 1-17; ders.: Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen ..., a.a.O., S. 208-253.

<sup>22</sup> EntschlieÙung zu Wirtschaftsfragen; in: Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946, S. 58.

### 2.1.1 Die Besetzung und Aufteilung des Südwestens

Der Südwesten Deutschlands hatte den Krieg in seiner vollen Härte zu spüren bekommen. Die meisten Städte waren durch die Luftangriffe schwer zerstört worden. So waren z.B. Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Friedrichshafen, Mannheim und Heilbronn schwersten Angriffen ausgesetzt; in Pforzheim wurde z.B. am 23. Februar die Innenstadt völlig zerstört, wobei über 17 000 Menschen ihr Leben lassen mußten. Wenige Tage später erlebte Bruchsal ein ähnliches Schicksal.<sup>23</sup>

Bis zum Jahre 1945 hatten nur die Städte den Krieg unmittelbar zu spüren bekommen. Dies änderte sich mit der Besetzung des Südwesten durch die 3. und 7. amerikanische und die 1. französische Armee, die schon in den letzten Märzwochen 1945 den Rhein zwischen Mannheim und Karlsruhe erreicht hatten.<sup>24</sup> Die 1. und einzige französische Armee, die der 6. US-Heeresgruppe unterstand, hätte eigentlich am linken Rheinufer stehen bleiben sollen, um eventuelle deutsche Entlastungsangriffe zurückwerfen zu können. De Gaulle drängte aber den General der 1. französischen Armee Lattre de Tassigny auf eine Rheinüberquerung, damit dieser möglichst viele Gebiete und mindestens eine bedeutende Stadt (Stuttgart) besetzen könne.<sup>25</sup> De Gaulle hoffte, so besser französische Interessen durchsetzen zu können.

Am 27. März genehmigte der Oberbefehlshaber der 6. US-Heeresgruppe General Devers den Franzosen die Rheinüberquerung und die Einnahme von Karlsruhe und Pforzheim. Außerdem wurde den Franzosen die Einnahme Stuttgarts aus westlicher Richtung zugestanden. Die Besetzung Stuttgarts sollte aber in engerer Kooperation mit der 7. US-Armee erfolgen. Am 21. April übergab Oberbürgermeister Strölin die Stadt Stuttgart an das französische Militär. Drei Tage später forderte General Devers General de Lattre auf, Stuttgart und Umgebung zu räumen. Doch dieser weigerte sich.

---

<sup>23</sup> Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besetzungszonen, in: Thierfelder, Jörg /Uffelman, Uwe (Bearb.): a.a.O., S. 17-37.

<sup>24</sup> Ehmer, Hermann: Die Besetzung Südwestdeutschlands, in: Schwarzmaier, Hansmartin [u.a.] (Bearb.): a.a.O., S. 92-116 und Krautkrämer, Elmar: Kriegsende ..., a.a.O., S. 17 ff..

<sup>25</sup> Nüske, Gerd Friedrich: Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besetzungszone in Deutschland 1945-1952. Bemerkungen zur Politik der Besetzungsmächte in Südwestdeutschland, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 18 (1982), S. 185 f..

Damit hatte de Gaulle, der eigentlich an der Einbeziehung württembergischer Gebiete nicht interessiert war, einen Faustpfand in der Hand mit dem er versuchte, seine deutschlandpolitischen Ziele durchzusetzen<sup>26</sup> (vgl. Kapitel 2.1.2.1).

Charles de Gaulle wollte ganz Baden als französische Besatzungszone haben. Daher hoffte er die Gebiete Südwürttemberg und die hohenzollerische Provinz Sigmaringen, die den Franzosen statt Gesamtbadens angeboten wurden, eintauschen zu können. Doch de Gaulle konnte seine Vorstellungen nicht durchsetzen. Die Amerikaner waren durch die spektakuläre Großmachtpolitik de Gaulles,<sup>27</sup> die der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage Frankreichs nach dem Krieg widersprach,<sup>28</sup> immer weniger zu Kompromissen bereit.

Als die Amerikaner im Juni 1945 Lieferungen an Frankreich zurückhielten, mußte de Gaulle einlenken. Zwischen dem 5. und 10. Juli zogen sich die französischen Streitkräfte aus den von den Amerikanern beanspruchten Gebieten, also auch aus Stuttgart und Karlsruhe, zurück.

Auf dem Gebiet der alten Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern entstanden so drei Länder, die später den Namen Baden, Württemberg-Hohenzollern und Württemberg-Baden erhielten. Die ersten beiden Länder waren unter französischer, Württemberg-Baden dagegen unter amerikanischer Besatzungsmacht. Damit wurde sowohl das frühere Württemberg, wie auch das ehemalige Baden geteilt.

Das Land Württemberg-Hohenzollern umfaßte die Kreise Balingen, Calw, Ebingen, Freudenstadt, Horb, Münsingen, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Saulgau, Tettang, Tübingen, Tuttlingen, Wagen sowie die ehemaligen preußischen Kreise Hechingen und

---

<sup>26</sup> Krautkrämer, Elmar: *Kriegsende ...*, a.a.O., S. 21 ff..

<sup>27</sup> Beispiele für diese spektakuläre Politik sind: Als Roosevelt auf dem Rückweg von der Konferenz in Jalta de Gaulle in Algier treffen wollte, lehnte dieser ab, da er auf der Konferenz nicht eingeladen worden war. Außerdem machte er klar, daß er sich nicht auf irgendein Territorium zitieren lasse, und daß deshalb Roosevelt nach Paris kommen solle. Mit diesem Verhalten löste er weltweite Empörung aus. Auch der Streit um das italienische Aostatal verschärfte die Situation. De Gaulle beanspruchte das Aostatal, weil es mehrheitlich französisch besiedelt war. Die Lage spitze sich zu als de Gaulle das Aostatal besetzen ließ. Aufgrund internationalen Drucks mußte er aber nachgeben. Auch die Beziehung de Gaulles zu Churchill, der an der Einbeziehung eines weiteren westlichen Partners interessiert war, war unter anderem durch den Streit in der syrisch-libanesischen Frage angespannt. Vgl. Krautkrämer, Elmar: *Kriegsende ...*, a.a.O., S. 24 ff..

<sup>28</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 62 ff..



Sigmaringen.<sup>29</sup> Der vormals bayerische Kreis Lindau wurde als selbständige Verwaltungseinheit hinzugefügt.

Das neu gebildete Baden entsprach dem südlichen Teil des früheren Badens, bestehend aus den Stadtkreisen, welche heute geographisch südlich der Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-Ulm liegen: Baden-Baden, die Landkreise Bühl und Rastatt und die einstigen Landeskommissärbezirke Freiburg und Konstanz.<sup>30</sup>

Die nördlichen Gebiete des ehemaligen Badens und Württembergs wurden der amerikanischen Besatzungszone zugeordnet.

Mit der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen wurde der Wiederaufbau des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens erschwert. In den Vereinbarungen „der Großen Drei“ auf der Potsdamer Konferenz wurde auf der einen Seite zwar beschlossen, daß die politische Zusammenarbeit in der Kriegskoalition fortgesetzt werden sollte, auf der anderen Seite wurden Sicherungen in die Vereinbarungen eingebaut, „die dem jeweiligen militärischen und politischen Machtbereich ein hohes Maß von Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit von den Partnern garantierten.“<sup>31</sup> So sollte der Alliierte Kontrollrat zwar die höchste Gewalt ausüben, aber die definitive Entscheidungs- und Exekutivbefugnis wurde dem Oberbefehlshaber der jeweiligen Zone übertragen. Damit war der Grundsatz, die Bevölkerung Deutschlands in allen Zonen gleich zu behandeln und die Wirtschaftseinheit zu bewahren, von Anfang an gravierend eingeschränkt.<sup>32</sup> So proklamierte man zwar die Wirtschaftseinheit Deutschlands, in der Praxis entwickelten sich die Besatzungszonen aber zu autarken Wirtschaftszonen.<sup>33</sup>

Nicht nur die Zerschneidung des zusammenhängenden Wirtschaftsraums durch Zonen-  
grenzen hemmte die Ankurbelung der Wirtschaft, sondern auch die weitgehende Zerstörung des Verkehrswesens, die Zwangsausfuhren, die Produktionsauflagen und strikte

---

<sup>29</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 18.

<sup>30</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 11.

<sup>31</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991, S. 32.

<sup>32</sup> Ebd., S. 32.

<sup>33</sup> Abelshäuser, Werner: Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 93.

Kontrollen der Alliierten erschwerten den Wiederaufbau. In vielen Gebieten war deshalb oft die Rohstoff- und Energieversorgung in Frage gestellt.<sup>34</sup>

Dies traf auch auf den Südwesten Deutschlands zu. Durch die Aufteilung des Südwestens „war eine vorläufige wirtschaftliche Trennungslinie gezogen, die den industriell höher entwickelten Norden von dem im wesentlichen agrarisch bestimmten Süden schied.“<sup>35</sup> Der Süden, der weniger industrialisiert und ein ländlich-kleinstädtischer Siedlungsraum gewesen war, war nun von seinen wirtschaftlichen und administrativen Zentren im Norden (z.B.: Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim) abgeschnitten. Bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland unterstand der Südwesten Deutschlands somit zwei unterschiedlichen Besatzungsregimen und zumindest bis Anfang 1948 unterlag er auch unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen.<sup>36</sup>

Auf die französische und amerikanische Besatzungspolitik wird nun näher eingegangen, da sie die Arbeit der Gewerkschaften nicht unwesentlich mitbeeinflußten.

---

<sup>34</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 46.

<sup>35</sup> Abelshäuser, Werner: Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 93.

<sup>36</sup> Vgl. dazu: Abelshäuser, Werner: Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 93-111; Matz, Klaus-Jürgen: Baden, in: Thierfelder, Jörg /Uffermann, Uwe (Bearb.): a.a.O., S. 38-54; Uffermann, Uwe: Württemberg-Baden, in: ebd.; S. 75-92 und Zauner, Stefan: Württemberg-Hohenzollern, in: ebd., S. 55-74.

## **2.1.2 Die französische Besatzungsmacht**

### **2.1.2.1 Die französische Deutschlandpolitik**

Um die Hintergründe dieses besatzungspolitischen Konflikts zu verstehen, muß man die deutschlandpolitischen Pläne de Gaulles<sup>37</sup> berücksichtigen. Schon kurz nach der Bildung der provisorischen Regierung in Paris im Herbst 1944, erklärte de Gaulle, daß Frankreich bei Entscheidungen über Deutschland mit einbezogen werden müsse. Die definitive Beseitigung der „deutschen Gefahr“ war dabei die wichtigste Aufgabe für die Franzosen, da nur so die Sicherheit Frankreichs gewahrt werden könne. Dies sollte dadurch erreicht werden, daß diesmal der Rhein definitiv die strategisch-militärische Grenze zwischen Franzosen und Deutschen werden sollte. Das Rheinland und die Saar sollten wirtschaftlich und auch politisch mit Frankreich verbunden werden. Das übrige Deutschland sollte in mehr oder minder locker miteinander verbundener Staaten zerstückelt werden.<sup>38</sup>

Durch die wirtschaftlichen Maßnahmen der Besatzungspolitik sowie die Angliederung des Saarlandes und die Internationalisierung des Ruhrgebietes sollte Frankreich die zum Wiederaufbau benötigten Maschinen, Kohlen usw. bekommen. Das Ziel war es also, durch Reparationen und Restitutionsen das französische Wirtschaftspotential auf Kosten des deutschen Potentials zu stärken, um so eine Verschiebung des schwerindustriellen Zentrums Europas vom deutschen auf das französische Territorium zu ermöglichen.<sup>39</sup> Frankreich sollte wieder eine Großmachtrolle übernehmen, damit man die „Gefahr Deutschland“ in den Griff bekommen würde.

---

<sup>37</sup> Vgl. Loth, Wilfried: Die Franzosen und die deutsche Frage, 1979, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 27-48

<sup>38</sup> Vgl. Loth, Wilfried: Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 38 und Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988, S. 2 ff..

<sup>39</sup> Vgl. Loth, Wilfried: Die deutsche Frage ..., a.a.O., S. 38 f..

Damit de Gaulle seine deutschlandpolitischen Pläne verwirklichen konnte, forderte er eine eigene Besatzungszone, welche die preußische Rheinprovinz, Hessen-Nassau, den größten Teil von Hessen, das Saargebiet, die Pfalz und Baden umfassen sollte.<sup>40</sup>

Ende November 1944 wurde Frankreich als viertes Mitglied in der European Advisory Commission (EAC) aufgenommen. Damit war das Ziel einer eigenen Besatzungszone aber noch lange nicht erreicht worden. Erst auf der Konferenz von Jalta am 4.-11. Februar 1945 wurde der Entschluß gefaßt, daß Frankreich eine Besatzungszone zugestanden werden soll, die sich aus den amerikanischen und britischen Zonen zu bilden hatte.<sup>41</sup> Das Zugeständnis einer Besatzungszone hatte de Gaulle hauptsächlich Churchill zu verdanken, denn die Briten befürchteten, daß sich die USA nach dem Krieg sehr schnell aus Europa zurückziehen würden und waren deshalb an der Einbeziehung eines weiteren westlichen Partners interessiert.<sup>42</sup> Die Stärkung der französischen Rolle war aber aus amerikanischer Sicht nicht nur ein bloßer Gefallen an den britischen Verbündeten, denn die Amerikaner waren ja selbst an einem Machtgleichgewicht interessiert. De Gaulle, gegen den Roosevelt ein lebhaftes Mißtrauen hegte, nahm er daher als kleineres Übel in Kauf.<sup>43</sup> Über die genaue Gestalt der französischen Besatzungszone sollte in der EAC beraten werden. Churchill versprach den Franzosen die Saar, die Pfalz und ein Teil der Rheinprovinz, jedoch ohne Köln zu überlassen. De Gaulle war aber damit nicht zufrieden, da die amerikanische Seite keine klare Bereitschaft zur Gebietsabtretung zeigte.

Durch die Rheinüberquerung der 1. französischen Armee hoffte de Gaulle die Ausgangssituation für Frankreich optimieren und so seine Ziele besser erreichen zu können.<sup>44</sup>

Am 5. Juni 1945 unterzeichnete de Lattre in Berlin die Erklärung, mit der die vier Siegermächte die oberste Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen. Damit war für Frankreich eine Besatzungszone und ein Sitz im alliierten Kontrollrat mit Vetorecht gesichert.

---

<sup>40</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945-1952, Düsseldorf 1991, S. 29 ff..

<sup>41</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 29.

<sup>42</sup> Krautkrämer, Elmar: Kriegsende ..., a.a.O., S. 26.

<sup>43</sup> Schoenbaum, David: Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland ..., a.a.O., S. 34.

Ihr Veto legten die Franzosen im alliierten Kontrollrat gegen zentrale deutsche Verwaltungsbehörden<sup>45</sup> und die Zulassung gesamtdeutscher Parteien und Gewerkschaften ein, um so ihre Forderung nach einem in Kleinstaaten zerstückeltes Deutschland durchsetzen zu können.<sup>46</sup> Mit dieser Politik wurde die Viermächteverwaltung Deutschlands gelähmt, da der Kontrollrat ohne eine überzonale Exekutive außerstande war, die in Potsdam vorgesehene einheitliche Besatzungspolitik zu gewährleisten. Ein anderer Effekt dieser französischen Politik war, daß sich die französische Besatzungszone (FBZ) weitgehend von den anderen Besatzungszonen isolierte („Seidener Vorhang“).<sup>47</sup>

Der Streit um das Gebiet der Besatzungszone war aber noch lange nicht beigelegt. Frankreich wollte in den Verhandlungen der EAC durchsetzen, daß ganz Baden zur französischen Besatzungszone gehöre. Die Gebiete Südwürttemberg und die hohenzollerische Provinz Sigmaringen, die den Franzosen statt Gesamtbadens angeboten wurde, waren für de Gaulle nicht von Interesse. Nur die Kreise Lindau und Friedrichshafen sollten der französischen Besatzungszone als Verbindung zum Vorarlberg und Tirol zugeteilt werden.<sup>48</sup> Mit dem Besitz des nördlichen linksrheinischen und des südlich rechtsrheinischen Territoriums wäre der Rhein nicht die Grenze, sondern die Schlagader des französischen Okkupationsgebietes gewesen.<sup>49</sup>

Letztendlich mußte de Gaulle sich aber dann doch mit den ihm angebotenen Gebieten abfinden, da Frankreich auf die Wirtschafts- und Finanzhilfe der USA angewiesen war.<sup>50</sup> Die Hoffnung, die deutschlandpolitischen Pläne durchsetzen zu können, wurde aber nicht aufgegeben.

Frankreichs hoffte, seine Vorstellungen durch eine Schiedsrichterrolle zwischen den unterschiedlichen alliierten Interessen durchsetzen zu können. Am Vorabend der Außen-

---

<sup>44</sup> Krautkrämer, Elmar: Kriegsende ..., a.a.O., S. 21.

<sup>45</sup> „Das französische Veto im Kontrollrat verhinderte im Herbst 1945, daß die von den Sowjets bereits in Ost-Berlin errichteten deutschen Zentralverwaltungen ihre Kompetenzen auch auf die Westzonen erstrecken oder andere überzonale institutionelle Verklammerungen unter deutscher Verantwortung erfolgen konnten.“ Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 3. überarb. und erw. Auflage, München 1995, S. 5.

<sup>46</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 4.

<sup>47</sup> Ebd., S. 3 und Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland ..., a.a.O., S. 4 f..

<sup>48</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 30.

<sup>49</sup> Ebd., S. 30.

<sup>50</sup> Vgl. Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 3 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 16 f..

ministerkonferenz in Moskau (10. März - 24. April 1947) erklärte der Berater des Oberkommandierenden der französischen Zone diese Politik folgendermaßen: „Es genügt, daß Frankreich sich der einen oder der anderen Seite zuwendet, um entweder die Russen in die Isolierung zu drängen oder das Spiel der Angelsachsen wirkungsvoll zu stören.“<sup>51</sup>

Doch gerade in der Moskauer Außenministerkonferenz wurde deutlich, daß Frankreich sich einer Illusion hingeeben hatte. Die Beziehung zur Sowjetunion, der Paris eine zentrale Stellung beigemessen hatte, sank auf dem Nullpunkt.<sup>52</sup> Durch die Verschärfung des Ost-West Konfliktes wurde die Situation für Frankreich immer schwieriger.

Hinzu kam, daß Frankreich vom westlichen Lager abhängig war. So war man z.B. auf die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet,<sup>53</sup> die amerikanischen Finanzhilfen und Lebensmittellieferungen angewiesen.

So kam es am 28. Mai 1946 zum sogenannten Blum-Byrnes-Abkommen, in dem Frankreich ein Kredit zugebilligt wurde. Dieser Kredit verstärkte die Bindung an die USA. Da sich die Wirtschaftslage in Frankreich immer drastischer verschlechterte, und dazu die Proteste in der FBZ wegen der schlechten Ernährungslage und der Demontagen immer stärker wurden, mußte Frankreich mit der Marshall-Plan-Hilfe<sup>54</sup> auch deren politische Implikation akzeptieren: eine integrierte westeuropäische Wiederaufbauplanung und die Schaffung eines westdeutschen Staates.<sup>55</sup> Daher setzte Mitte 1947 eine Umkehr der französischen Konfrontationspolitik gegenüber Deutschland zu einer Politik der Verständigung und Annäherung ein.<sup>56</sup> Langsam schob sich die Idee in den Vordergrund, Deutschland in eine europäische Staatengemeinschaft zu integrieren.<sup>57</sup> Doch die offi-

---

<sup>51</sup> Depeche de J. Tarbé de Saint-Hardouin vom 1.3.1947, zit. nach Lattard, Alain, S. 3.

<sup>52</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 24 f..

<sup>53</sup> Die Kohlenlieferung wurde ab dem Sommer 1946 allein von den Briten kontrolliert.

<sup>54</sup> Die angestrebte Weltwirtschaftsordnung des European Recovery Program (ERP), unter Marshall-Plan bekannt, war dem Freihandel verpflichtet. Das ERP „enthält ein gigantisches Wiederaufbau-, Investitions- und Stabilisierungsprogramm. Dessen Gelingen setzte die Einbeziehung Westdeutschlands voraus, das ökonomisch wiederbelebt und auch dadurch gegen den Kommunismus immunisiert werden sollte.“ Morse, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland ..., a.a.O., S. 9; vgl. auch Kapitel 2.1.3.1.

<sup>55</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 105.

<sup>56</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 19 ff..

<sup>57</sup> Loth, Wilfried: Die Franzosen ..., a.a.O., S. 27-48. L. klassifiziert die Varianten der französischen Deutschlandpolitik mit den Begriffen Dominanzpolitik und Integrationspolitik und zeigt auf, daß beide Wege immer nebeneinander herbestanden haben. Für das erste Konzept steht de Gaulle, das zweite hat seinen Ursprung in der nicht-kommunistischen Résistance. Vgl. dazu auch Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 21 ff..

zielle Regierungspolitik in Paris, die immer mehr von den unerreichbaren Forderungen abwich, unterschied sich besonders nach dem Rücktritt des Administrateur Général der französischen Besatzungszone Emile Laffons<sup>58</sup> im Dezember 1947 oft von den Vorstellungen der führenden Repräsentanten der Militärregierung in der FBZ.<sup>59</sup>

### 2.1.2.2 Die französische Besatzungspolitik

Das Dezentralisierungskonzept, das die Deutschlandpolitik Frankreichs bestimmte, galt auch innerhalb der FBZ, deren einzelne Länder sich nach der Besetzung den verschiedenen Staaten der angestrebten Konföderation angliedern sollten.<sup>60</sup> Der Wunsch de Gaulles, sich im deutschen Südwesten auf Dauer niederzulassen, führte zu einer unterschiedlichen Behandlung der Länder. Das bedeutete, daß Süd-Baden, Südwürttemberg-Hohenzollern und die bald zum rheinland-pfälzischen Land zusammengeschlossenen Nordprovinzen der Zone als administrativ, politisch und wirtschaftlich autonome Einheiten behandelt wurden.<sup>61</sup> Südwürttemberg-Hohenzollern wurde schon deswegen anders als Baden behandelt, weil die agrarische Region<sup>62</sup> für eine Abtrennung vom Deutschen Reich nicht in Frage kam und schon deswegen von Frankreich ungern als Zone akzeptiert wurde.

Die unterschiedliche Behandlung der beiden Länder im Südwesten wird schon an der Einsetzung des Verwaltungspersonals deutlich:

So setzte die französische Militärregierung in Stuttgart, ab Oktober 1945 dann in Tübingen, eine Verwaltung ein, die das Land und seine politische Zusammensetzung repräsentierte. In Karlsruhe dagegen wurde eine unpolitische Verwaltungsspitze aus bürger-

---

<sup>58</sup> Zu Emile Laffon vgl. Kapitel 2.1.2.2.

<sup>59</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 70.

<sup>60</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 13 ff..

<sup>61</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 37.

<sup>62</sup> Vgl. Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 19.

lich-konservativen Beamten berufen. Die Absicht Frankreichs, in Baden größeren Einfluß auszuüben und sich dauerhaft zu behaupten, wird hier ganz deutlich.<sup>63</sup>

Die deutschen Verwaltungen, Parteien und Verbände sollten wegen der unterschiedlichen Behandlung der Länder auf den jeweiligen Landesrahmen beschränkt bleiben. Um verschiedene Finanz- und Wirtschaftsfragen zu erörtern, erlaubten die Franzosen zwar ab Sommer 1946 Informations- und Koordinierungskonferenzen ausgewählter deutscher Fachminister und Ministerpräsidenten, „aber diese Konferenzen mußten von der Militärregierung einberufen werden, welche auch über die Tagesordnung und den Verlauf der Beratungen bestimmte.“<sup>64</sup>

Das Dezentralisierungskonzept, das aus dem Bedürfnis nach Sicherheit entsprang, stand im Gegensatz zur zentralisierten Struktur der zoneneinheitlichen Militärverwaltung.<sup>65</sup> Mit dem Erlaß vom 15. Juni 1945 wurde das französische Oberkommando in Deutschland geschaffen, welches General Pierre Marie Koenig<sup>66</sup> unterstellt wurde. Davor war General de Lattre, der Oberkommandierende der 1. Armee, für die FBZ verantwortlich gewesen. Dieser hatte sich aber mehr um eine maßlose Prestigepolitik gekümmert, als um die Organisation einer funktionsfähigen Besatzungsverwaltung.<sup>67</sup>

---

<sup>63</sup> Vgl.: Matz, Klaus-Jürgen: Baden, in: Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.): a.a.O., S. 39 ff.; Uffelmann, Uwe: Identitätsstiftung in Südwestdeutschland. Antworten auf politische Grenzziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Idstein 1996, S. 185 ff. .

<sup>64</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 14.

<sup>65</sup> Ebd., S. 14; Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: VfZG Jg. 30 (1982), S. 508 ff..

<sup>66</sup> Pierre Marie Koenig (1898-1970): gehörte zum französischen Expeditionskorps in Norwegen. 1941 schloß er sich General de Gaulle an. 1942 stand er an der Spitze einer Forces francaises de l'intérieur (FFI) Brigade und verteidigte mit ihr erfolgreich Bir Hakeim; 1944 wird er Oberbefehlshaber der FFI. Nach der Befreiung von Paris im August 1944 wird er Militärgouverneur der Stadt. Von 1945-1949 ist er Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone in Deutschland. 1949-50 Generalinspekteur der französischen Truppen in Nordafrika; 1950-1951 Vizepräsident des Obersten Kriegsrates; Abgeordneter der gaullistischen Sammelbewegung RPF, Verteidigungsminister in den Kabinetten von Pierre Méndes-France. Vgl. Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., Anm. 15, S. 26.

<sup>67</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 26. Der Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung war mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Da zwischen der Konferenz von Jalta und der Besetzung Deutschlands nur wenige Wochen lagen, konnte man das Personal nicht schulen. Außer der Qualität des Personals kam auch noch die Quantität hinzu. Die beachtliche Größe des Verwaltungsapparats lag nicht nur an einer schlechten Amtsführung, sondern auch an dem Mißtrauen den Deutschen gegenüber und dem Ziel der wirtschaftlichen Ausbeutung, das einer peniblen Kontrolle bedurfte. Lattard, Alain: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik. Der Streit Laffon-Koenig 1945-1947, in: VfZG Jg. 39 (1991), S. 1 ff..



Anfang August wurde mit Emile Laffon<sup>68</sup> der Posten eines Generalverwalters für die FBZ besetzt. Die Dienststelle von Laffon bildete die zivile Verwaltung, obwohl sie den Namen „Gouvernement Militaire“ trug.

Zwischen den beiden höchsten Männern der Zone kam es immer wieder zu Streitigkeiten. Dies lag zu einem daran, daß die Kompetenzen der beiden Dienststellen nicht genau verteilt waren. Ein weiterer wesentlicher Punkt waren die vollkommen unterschiedlichen politischen Grundüberzeugungen:<sup>69</sup> „Diese beiden Spitzen mit ihren Fachabteilungen, die in Baden-Baden nur wenige hundert Meter in ehemaligen Hotels voneinander entfernt lagen, waren Anlaß für ständige Reibungen, Konflikte, Kompetenzgerangel und widersprüchliche Entscheidungen.“<sup>70</sup>

---

<sup>68</sup> Emile Laffon (1907-1958) war von 1935-1939, nach einem abgeschlossenen Jura- und Ingenieurstudium, als Rechtsanwalt tätig. 1943 kam er nach London zu de Gaulle und arbeitete dort bei dem Sozialisten André Philip. Er beschäftigte sich mit der zukünftigen Verwaltungsstruktur Frankreichs. 1944-45 war er Directeur général im Innenministerium; im November 1945 - November 1947 war er Général adjoint au commandant en chef français en Allemagne. 1948-52 war er Vorstandsvorsitzender der Kohlenbergwerke du Nord et du Pas de Calais, danach Generaldirektor der Gesellschaft „Le Nickel“. Vgl. Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., Anm. 23, S. 28.

<sup>69</sup> Vgl. dazu: Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 29-40 und ders.: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 1-35.

<sup>70</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 35.

### 2.1.2.2.1 Die französische Demontagepolitik

Die Ausbeutung des deutschen Wirtschaftspotential war neben dem Sicherheitsbedürfnis eines der Hauptziele der französischen Besatzungspolitik.<sup>71</sup> Frankreich hatte in den fünf Jahren deutscher Besatzung unter der deutschen Ausbeutungspolitik gelitten. Die französische Delegation auf der Reparationskonferenz vom Dezember 1945 bezifferte die Kriegsschäden auf 40 Milliarden Dollar.<sup>72</sup> Die wirtschaftliche Lage war deshalb nach dem Krieg in Frankreich besonders schwierig.<sup>73</sup> Daher ist es verständlich, daß Frankreich versuchte, die wirtschaftliche Lage im eigenen Land auf Kosten des deutschen Wirtschaftspotential zu verbessern.

Durch das Außenhandelsmonopol lenkten die Franzosen den Austausch von Gütern. Dieses nutzten sie in ihrer Zone dazu, Importe so weit wie möglich zu beschränken, Ausfuhren hingegen zu forcieren, von denen über 90% für Frankreich bestimmt waren. So konnten sie Gewinne erzielen und erreichten es, daß die Handelsbilanz bis 1947 im Unterschied zu den anderen westlichen Besatzungszonen einen Aktivsaldo aufwies.<sup>74</sup>

Die französischen Truppen und die Besatzungsverwaltung mußten mit Lebensmitteln aus der Zone versorgt werden, da in Frankreich selbst eine Ernährungskrise herrschte. Dies stieß bei den Deutschen insofern auf Kritik, als das Recht des Besatzungspersonals, die Familie nachkommen zu lassen, sehr weit interpretiert wurde und somit sehr viele den privilegierten Status des Besizers genossen.<sup>75</sup> Auch die Besatzungskosten mußten von den öffentlichen Haushalten der besetzten Länder übernommen werden.<sup>76</sup>

Der Aspekt der Ausbeutungspolitik, der am meisten Widerstand hervorbrachte, war der der Demontagen:

---

<sup>71</sup> Vgl.: Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 15-25, Manz, Matthias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945-1948, Ostfildern 1985 und Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche ..., a.a.O., S. 500-537.

<sup>72</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 104.

<sup>73</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 52.

<sup>74</sup> Vgl.: Manz, Mathias: Stagnation und Aufschwung ..., a.a.O., S. 109 ff..

<sup>75</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 28.

<sup>76</sup> Ebd., S. 14.

Der Abbau von Maschinen und die Zerstörung einiger Fabriken wurde von den Alliierten damit begründet, daß man Deutschland daran hindern wolle, je wieder einen Krieg führen zu können. Ein anderes Ziel der Demontagepolitik war die Wiedergutmachung für die Länder, die unter dem Naziterror gelitten hatten.

Die Franzosen verfolgten dabei eine rigorose Demontagepolitik. So wurde in der FBZ schon mit Demontagen begonnen, bevor die westlichen Alliierten sich auf gemeinsame Listen geeinigt hatten.<sup>77</sup> Im Zeitraum von Beginn der französischen Besatzung bis zum Juni 1946 wurden allein in Südbaden etwa 8700 Maschinen in Wert von ungefähr 32 Millionen Reichsmark abtransportiert.<sup>78</sup> Als in den französischen Besatzungszonen die eigentlichen Reparationsdemontagen gemäß der im Herbst 1947 veröffentlichten Demontageliste begannen, stellte der badische Wirtschaftsminister vor dem Landtag fest, daß man „was den Maschinenpark anbetraf, bereits bis aufs Hemd ausgezogen“<sup>79</sup> war. Der Gewinn, den Frankreich dadurch erzielte, wurde nur zum Teil auf dem deutschen Reparationskonto gutgeschrieben.<sup>80</sup>

Demontage in Deutschland und industrieller Neuaufbau in Frankreich gingen oft Hand in Hand, so wurde z.B. 60% des Maschinenparks der Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) abgebaut. Der größte Teil der Maschinen bildete die Grundlage zur Gründung der Société Française des Engrenages in Paris.<sup>81</sup>

Die Gewerkschaften hatten gegen das französische Bedürfnis der ökonomischen Wiedergutmachung an sich nichts einzuwenden, aber sie wandten sich gegen die von den Franzosen praktizierte Demontagepolitik.<sup>82</sup> Sie lehnten die willkürliche Beschlagnahmung von Maschinen und Demontage ganzer Fabriken ab, da dadurch Arbeitslosigkeit drohte.<sup>83</sup> In Baden und Württemberg-Hohenzollern wurde bald der Verdacht geäußert,

---

<sup>77</sup> Vgl.: Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche ..., a.a.O., S. 526.

<sup>78</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 135.

<sup>79</sup> Zit. nach Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche ..., a.a.O., S. 526.

<sup>80</sup> Vgl. dazu: Manz, Mathias: a.a.O., S. 59 ff..

<sup>81</sup> Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 23.

<sup>82</sup> Vgl. dazu: Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 238-257; Unser, Margit: a.a.O., S. 135-141 und Wirtschaftsminister Veit: Auswirkungen der Demontage in der französischen Zone auf die Wirtschaft Südwestdeutschlands; Rede gehalten in der 52. Sitzung des Landtags von Württemberg-Baden (10.12.1947), Abschrift befindet sich im DGB-Archiv im AdsD, Bestand/62: BaWü 31/191. Auch in der amerikanischen Zone wandten die Gewerkschaften sich gegen die Demontagepolitik der Amerikaner; vgl. dazu Seifert, Christfried: a.a.O., S. 203 f..

<sup>83</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 135.

es gehe bei der französischen Demontagepolitik hauptsächlich darum, lästige Konkurrenz zu beseitigen.

So wurden z.B. bei dem örtlichen Hauptindustriezweig im Schwenninger Raum, der Uhrenindustrie, fast 70% der Produktionsanlagen abgebaut und abtransportiert.<sup>84</sup> Am 12. November 1947 kam es daher in Schwenningen zu einer großangelegten Protestkundgebung. Davor hatte in Württemberg-Hohenzollern eine neue unerwartete Demontagewelle sogar einen Generalstreik (9. August 1947) ausgelöst.<sup>85</sup> Die Streikaktionen waren mit der französischen Besatzungsmacht bis ins Detail abgestimmt. Auf wilde Streiks reagierten die Gewerkschaften äußerst sensibel. Der Generalstreik kann deshalb nicht als ein Aufstand gegen die französische Besatzungspolitik bezeichnet werden.<sup>86</sup>

### 2.1.2.3 Die französische Gewerkschaftspolitik

Alain Lattard und Wolfgang Hecker stellen fest, daß auch die französische Gewerkschaftspolitik von den zwei Hauptdeterminanten der Deutschland- und Besatzungspolitik geprägt wurde, nämlich vom sicherheitspolitischen Denken und vom Willen, den größtmöglichen Nutzen aus der FBZ zu ziehen.<sup>87</sup> Die Franzosen waren nach der Meinung von Hecker und Lattard in der Frage der ökonomische Wiedergutmachung auf die Gewerkschaften angewiesen. Denn für den wirtschaftlichen Aufbau der Zone war die organisierende Tätigkeit und der soziale Ordnungsfaktor der Gewerkschaften notwendig.<sup>88</sup> Heinz Pfefferle weist aber darauf hin, daß diese Instrumentalisierung nur einen sehr eingeschränkten Erfolg haben konnte, da die Reaktion der Basis dies gar nicht zu ließ.<sup>89</sup>

Aus sicherheitspolitischen Gründen war den Franzosen an einem dezentralen Aufbau der Gewerkschaften gelegen. Denn die Gewerkschaften wurden zwar von der Militärre-

---

<sup>84</sup> Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 23.

<sup>85</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 186.

<sup>86</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 238-257 und 261.

<sup>87</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 293 ff. und Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 54 ff..

<sup>88</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 54 ff..

gierung als Faktor der Demokratisierung angesehen, aber auf der anderen Seite galt das grundsätzliche Mißtrauen gegenüber den Deutschen auch den Gewerkschaftern. So kommt Lattard zu dem Fazit: „Je nachdem, ob die Besatzungsbehörden das eine oder das andere dieser zwei widersprüchlichen Elemente betonen wollten, konnte die Gewerkschaftsorganisation über mehr oder weniger Entwicklungs- und Handlungsspielraum verfügen.“<sup>90</sup>

Der Aufbau der Gewerkschaften sollte ein „Aufbau von unten“ sein. Dies wurde mit der Notwendigkeit einer möglichst basisnahen demokratischen Struktur begründet. Außerdem hatte man damit auch zugleich „ein Instrument zur Steuerung des zeitlichen Rahmens für den Gewerkschaftsaufbau in der Hand.“<sup>91</sup> Mit der Verordnung Nr. 6 vom 10. September 1945<sup>92</sup> wurde von der französischen Militärregierung der Wiederaufbau der Gewerkschaften offiziell genehmigt.<sup>93</sup> Die Gewerkschaftsbildung blieb aber auf lokale, rein fachliche Zusammenschlüsse<sup>94</sup> beschränkt. Die Verordnung legte auch fest, daß die Gewerkschaften nur die Berufsinteressen ihrer Mitglieder vertreten durften, damit war jegliche politische Tätigkeit verboten.<sup>95</sup> Um eine Ortsgruppe zu gründen, mußten zwei Kontrollinstanzen durchlaufen werden:

Zuerst mußten die Gründungsmitglieder einen Gesuch beim Bürgermeister und bei der Militärregierung einreichen. Nach deren Genehmigung durfte dann die Gründungsversammlung stattfinden, auf dieser wurde der provisorische Vorstand gewählt und die Satzung ausgearbeitet. Die endgültige Genehmigung wurde von der Militärregierung dann erst nach Billigung der Satzung und der Vorstandsmitglieder erteilt.<sup>96</sup> Die reale Zulas-

---

<sup>89</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 184.

<sup>90</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945-1947, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs ....., a.a.O., S. 183.

<sup>91</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 55.

<sup>92</sup> Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechtes, Verordnung Nr. 6 vom 10. September 1945, in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

<sup>93</sup> Politische Parteien wurden am 13. Dezember 1945 zugelassen. Damit war aber noch nicht die Erlaubnis zur Abhaltung von politischen Veranstaltungen erteilt. Vgl. Unser, Margit: a.a.O., S. 15 ff.

<sup>94</sup> Es galt das Berufsprinzip, d.h. die Mitglieder mußten den gleichen, ähnlichen oder einem mit ihrem Beruf zusammenhängenden Fach angehören.

<sup>95</sup> Wiederherstellung des Gewerkschaftsrechtes, Verordnung Nr. 6 ....., a.a.O..

<sup>96</sup> Ebd.

sungspraxis wich aber stark von der der proklamierten Besatzungspolitik ab.<sup>97</sup> So dauerte die Bearbeitung der Zulassungsanträge oft Monate.<sup>98</sup>

Aber schon vor der Verordnung Nr. 6 gab es zahlreiche Gründungsbestrebungen:<sup>99</sup> So wurde z.B. am 5. Mai 1945 der „Allgemeine freie Gewerkschaftsbund Rastatt und Umgebung“ von ehemaligen Gewerkschaftern gegründet. In Baden-Baden wurde die örtliche Kommandantur am 3. August 1945 über die Gründung des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Baden-Baden und Umgebung“ informiert.<sup>100</sup>

Die Reaktionen der französischen Besatzungsmacht auf die Versuche des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsarbeit unterschied sich in den einzelnen Kreisen der FBZ erheblich. So wurde z.B. in Waldshut der Gewerkschafter August Seebacher vom französischen Ortskommandanten verhaftet, weil er versucht hatte, ohne französische Genehmigung das Gewerkschaftsleben wieder neu aufzubauen.<sup>101</sup> In Rastatt dagegen wurde der Neuaufbau der Gewerkschaft von der örtlichen französischen Besatzungsmacht unterstützt.<sup>102</sup> So wurde die Neugründung des „Allgemeinen freien Gewerkschaftsbund Rastatt und Umgebung“ vom französischen Stadtkommandanten genehmigt. Trotz eines offiziellen Versammlungsverbots durften im Stadt- und Landkreis Rastatt die Gewerkschafter Mitglieder für ihre Organisation gewinnen und ein Büro mit Sprechstunden einrichten. Die Besatzungsmacht setzte sich im Rastatter Kreis aus ehemaligen linken Resistancemitgliedern zusammen und nahm deshalb gegenüber den Gewerkschaften eine freundlichere Haltung ein als Offiziere mit anderer politischer Gesinnung.<sup>103</sup> Diese Beispiele verdeutlichen, daß die Gewerkschaftspolitik der französischen Besatzungsmacht nicht mit einem pauschalen Urteil bewertet werden kann, sondern daß sie differenziert betrachtet werden muß.<sup>104</sup>

---

<sup>97</sup> Henke stellt diese Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis („Politik des als ob“) in mehreren Bereichen der französischen Besatzungspolitik fest, vgl. dazu: Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche ..., a.a.O..

<sup>98</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 90 f.; Unser, Margit: a.a.O., S. 38 f. und Protokoll der BuVo-Sitzung WüGB mit den Vertretern des französisch besetzten Gebietes, Protokoll vom 15.1.1946, S. 3 in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

<sup>99</sup> Vgl.: Unser, Margit, a.a.O., S. 33-35.

<sup>100</sup> Ebd., S. 35.

<sup>101</sup> Ebd., S. 34.

<sup>102</sup> Ebd., S. 34.

<sup>103</sup> Unser, Margit, a.a.O., S. 34.

<sup>104</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 184.

Im April 1946 wurde die zweite Zulassungsphase von der französischen Militärregierung eingeleitet. Die bestehenden Einzelgewerkschaften durften sich nun zu Gewerkschaftsvereinigungen zusammenschließen, zuerst auf Ortsebene zu Ortskartellen, dann zu Landesverbänden der einzelnen Industriezweige und danach durften sich die Landesverbände zu einem Gewerkschaftsbund zusammenschließen.<sup>105</sup> Zwischen der verkündeten Besatzungspolitik und der realen Zulassungspraxis lag aber ein deutlicher Widerspruch. So zog sich die Zulassung von Ortskartellen bis Dezember 1946, in manchen Fällen sogar noch länger, hin.

Langsam setzte aber ein Wandel in der Einstellung der französischen Besatzungsmacht gegenüber den Gewerkschaften ein.<sup>106</sup> Die Militärregierung arbeitete nun enger mit den Gewerkschaften zusammen.

Der Wandel der Einstellung und die Hinnahme stärkerer Zentralisierung der Gewerkschaftsarbeit auf der Ebene der Länder lag unter anderem, an dem steigenden internationalen Druck auf die französische Besatzungspolitik (vgl. Kapitel 2.1.2.1).

Außerdem hatte sich nach Wolfgang Hecker inzwischen deutlich gezeigt, „daß dort [S.K.: in den Gewerkschaften] sozial-partnerschaftlich orientierte und an einer engen Zusammenarbeit mit den Militärbehörden interessierte Kräfte bestimmend waren. Die Besatzungsmacht ging nunmehr davon aus, daß die Gewerkschaften bereit und in der Lage waren, eine Funktion zu erfüllen, welche sie ihnen von Anfang zuzugestehen bereit gewesen war: die Übernahme von Kooperations- und Verwaltungsaufgaben innerhalb der ‘industrial relations’, wodurch die Lösung der zweiten Besatzungsaufgabe: Reparationen, insofern erleichtert werden sollte, als in Betrieben und Arbeitsverwaltungen überhaupt erst einmal übersichtliche Verhältnisse geschaffen wurden.“<sup>107</sup>

Heinz Pfefferle weist darauf hin, daß die These der Instrumentalisierung der Gewerkschaften für die Zwecke der französischen Besatzungspolitik schon wegen der Reaktion der Basis enge Grenzen hatte. „Bei den als elementar empfundenen Fragen der Ernäh-

---

<sup>105</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 74 f.

<sup>106</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 103.

<sup>107</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 55.

rung oder der Demontage kommt es immer wieder zu wilden Streiks, die von der Gewerkschaftsleitung nur mühsam eingedämmt werden können.“<sup>108</sup>

Die stärkere Zentralisierung der Gewerkschaften wurde von der französischen Besatzungsmacht aber nur auf Länderebene zugelassen. Auf dem zweiten Bundestag des Badischen Gewerkschaftsbundes forderte der Vorsitzende Wilhelm Reibel eine trizonale Vereinigung der deutschen Gewerkschaften. Er warf dabei der französisch Militärregierung vor, daß sie den Gewerkschaftern Reisebeschränkungen auferlegen und im Gegensatz dazu den Unternehmern Reisefreiheit gewähren würden.<sup>109</sup>

Aufgrund des politischen Zieles der Dezentralisierung Deutschlands waren die Franzosen gegen eine gesamtdeutsche Gewerkschaft und lehnten deshalb ein Gewerkschaftsgesetz im Kontrollrat ab. Damit blockierten sie eine trizonale Vereinigung der Gewerkschaften.<sup>110</sup> Daher konnte der DGB erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegründet werden.

Auch eine länderübergreifende Gewerkschaftsorganisation innerhalb der französischen Zonen wurde verhindert. Im Juni 1946 wurde zwar beim Baden-Badener Gewerkschaftskartell ein Zonensekretariat eingerichtet, aber es wurde erst im August 1947 offiziell zugelassen. Die nun stattfindenden Treffen der Landesgewerkschaftsbünde<sup>111</sup> hatten nur beratende Funktion und schränkten die Autonomie der einzelnen Bünde nicht ein.<sup>112</sup>

### 2.1.3 Die amerikanische Besatzungsmacht

---

<sup>108</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 184.

<sup>109</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 62.

<sup>110</sup> Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 293.

<sup>111</sup> Protokolle der Zonenkonferenzen der drei Gewerkschaftsbünde der französischen Zone befinden sich im DGB-Archiv im AdsD, Bestand/62: BaWü 31/280.

<sup>112</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 75.



### 2.1.3.1 Die amerikanische Deutschland- und Besatzungspolitik

Das amerikanische Außenministerium beschäftigte sich schon ab 1939 mit Plänen zur außenpolitischen Nachkriegsplanung.<sup>113</sup> Außenminister Cordell Hull vertrat die Ansicht, daß ein freier weltweiter Wettbewerb Wohlstand und Frieden sichern könnte. Ihm schwebte daher ein multinationales wirtschaftspolitisches System (one world multinationalismus) vor, indem alle Länder den gleichen Zugang zu den Rohstoffen und zu den Weltmärkten haben sollten.<sup>114</sup>

Dementsprechend plante man, Deutschland nach dem Krieg langsam wieder in die neue internationale Ordnung einzugliedern. Aufgrund der Erfahrung der Versailler Verträge vertrat man die Ansicht, Deutschland nicht zu sehr unter dem Friedensvertrag leiden sollte, damit der Frieden nach Beendigung des Krieges eine Chance hat. Eine funktionierende Wirtschaft sollte daher einen gesicherten Lebensstandard garantieren und damit eine neue Entstehung nationalsozialistischer Bewegungen verhindern.

Im vollkommenen Gegensatz zu den Deutschlandplänen des Außenministeriums stand der „Morgenthau-Plan“ von 1944. Der Finanzminister Henry Morgenthau vertrat die These, daß die Wiederholung deutscher Aggressionen nur durch die Zerstückelung und Entindustrialisierung Deutschlands verhindert werden könne. Für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung sollten ausschließlich die Deutschen verantwortlich sein.<sup>115</sup>

Der „Morgenthau-Plan“ wurde zwar nie Grundlage der amerikanischen Politik, aber er beeinflusste die Direktive Nr. 1067/8 der Vereinigten Militärischen Stabschefs der USA (Joint Chiefs of Staff - JCS), die bis 1947 die offizielle Leitlinie für die Deutschlandpolitik war.<sup>116</sup> Die Direktive sah eine strikte Kontrolle des politischen Lebens vor, die Öffnung der Schulen wurde von einer umfassenden Entnazifizierung abhängig gemacht und

---

<sup>113</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 29 ff.; vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 19 ff. und Seidl, Michael: a.a.O., S. 47 ff..

<sup>114</sup> Auch in der Atlantik Charta (Punkt 4) wurde die Forderung nach freiem Zugang zum Handel und zu den Rohstoffen der Welt erhoben. Die Absicht der amerikanischen Außenpolitik war, ihrer an Rohstoffbedürfnissen und Exportnotwendigkeiten orientierten Politik nach Ende des Krieges, größtmögliche Einflußmöglichkeiten zu ermöglichen („open door policy“), vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 20-21.

<sup>115</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 48.

<sup>116</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 33 ff..

die deutsche Wirtschaft sollte einer strengen wirtschaftlichen Kontrolle unterstellt werden. Nach der Direktive sollten keine Schritte unternommen werden, die:

- „a) zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands führen könnten oder
- b) geeignet sind, die deutsche Wirtschaft zu erhalten oder zu stärken.“<sup>117</sup>

Der harte Kurs der Direktive stieß aber bei vielen führenden amerikanischen Offizieren auf Kritik, da sie die Meinung vertraten, daß eine zu repressive Politik und eine zu starke Unterdrückung der Wirtschaft die Grundlagen für Chaos, Unzufriedenheit und politische Radikalität seien.<sup>118</sup> Der stellvertretende Militärgouverneur Lucius D. Clay, der der eigentliche Gestalter der deutschen Militärregierungspolitik war, sah deshalb auch das Potsdamer Abkommen als Revision dieser Direktive in wichtigen Punkten an. Da die untersten Dienststellen der Militärregierung aber nach der Direktive JCS 1067/8, die ja die offizielle Regierungsdoktrin darstellte, ausgebildet worden waren, war die amerikanische Besatzungspolitik in den ersten Monaten der Besatzung sehr widersprüchlich.<sup>119</sup> Clay vertrat schon sehr früh ein Konzept des „konstruktiven Wiederaufbaus“<sup>120</sup> Deutschlands. Um den totalen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und eine Verschärfung der angespannten Ernährungslage zu verhindern, strebte die Militärregierung die Einrichtung von Zentralverwaltungen an, um die in Potsdam beschlossene Wirtschaftseinheit verwirklichen zu können. Da die Franzosen aber ihr Veto gegen alle zentralen Einrichtungen einlegten, scheiterten diese Pläne. Clay reagierte darauf hin mit dem Reparationsstopp (3. Mai 1946). Der Stopp der Demontagen stellte ein Druckmittel gegenüber der Sowjetunion und Frankreich dar, um so die Wirtschaftseinheit doch noch durchsetzen zu können.<sup>121</sup>

Die Rede des amerikanischen Außenminister Byrnes im September 1946 in Stuttgart wurde in der damaligen Zeit als Wendepunkt in der amerikanischen Deutschlandpolitik angesehen. Doch Kleßmann weist darauf hin, daß die Rede eigentlich nur eine öffentliche Bestätigung der Leitlinien der Clayschen Politik darstellte.<sup>122</sup>

---

<sup>117</sup> Zit. nach: Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 23.

<sup>118</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 34.

<sup>119</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 48.

<sup>120</sup> Ebd.

<sup>121</sup> Vgl.: Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 99-104.

<sup>122</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 101.

Im Juli 1946 schlug Byrnes den Briten aufgrund der wirtschaftlichen Probleme in Deutschland die Bildung einer Bizone vor. Diese wurde als eine Zwischenlösung mit der Option einer Ausdehnung auf die FBZ und sowjetische Besatzungszone (SBZ) angesehen. Im Herbst 1946 wurde die Bizone gegen den Protest Frankreichs und der Sowjetunion in der Weise vertraglich realisiert, daß fünf bizonale Ämter geschaffen wurden, unter anderem der Verwaltungsrat für Wirtschaft. Aus amerikanischer Sicht war die Bizone bis zur Moskauer Außenministerkonferenz (10. März - 24. April 1947) „primär ein ökonomisch und weniger ein politisch verfaßtes Provisorium.“<sup>123</sup>

Am 5. Juni 1947 hielt der amerikanische Außenminister George C. Marshall seine berühmte Rede, in der er Wirtschaftshilfe, bestehend aus Krediten und Sachlieferungen ankündigte.<sup>124</sup> Das „European Recovery Program“ (ERP)<sup>125</sup> hatte drei wesentliche Gründe,

---

<sup>123</sup> Ebd., S. 101.

<sup>124</sup> Ebd., S. 180 ff..

<sup>125</sup> Als der US-Außenminister Marshall seine Rede hielt, gab es noch keinen ausgearbeiteten Plan. Der sogenannte Marshall-Plan hieß erst ab April 1948 „European Recovery Program“, vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 181.

deren Gewichtung aber schwer umstritten ist:<sup>126</sup>

- 1.) die ökonomische Misere Deutschlands und insbesondere der Bizone
- 2.) die ökonomische politische Stabilisierung Westeuropas
- 3.) die strategische Eindämmung des Kommunismus

Der hohe Stellenwert des Marshall-Plans liegt in der hinter diesem Programm stehenden amerikanischen Stabilisierungspolitik für Europa.<sup>127</sup> Schon die Ankündigung der Hilfeleistungen hat deutsche Rohstoff- und Warenvorräte aktiviert und nach der Währungsreform den inflationären Druck auf die neue Währung gemindert und den Kurs Ludwig Erhards gestützt.<sup>128</sup>

Dem europäischen Wiederaufbauprogramm sahen die Gewerkschaften in den westlichen Zonen mit gemischten Gefühlen entgegen.<sup>129</sup> Die Kritiker befürchteten, daß der Marshall-Plan die Einheit Deutschlands gefährden würde und damit auch den Frieden. Eine Bejahung des Marshall-Plans bedeutete für sie, eine Aufgabe der Neuordnungsvorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft und der Verzicht auf eine gesamtdeutsche Einheitsgewerkschaftsbewegung. Durch die Annahme der Marshall-Plan-Hilfe würde eine Stärkung des imperialistischen und reaktionären Kapitalismus erfolgen.<sup>130</sup> Die Befürworter betonten, daß die europäische Wirtschaft sich ohne amerikanische Hilfe nicht erholen könnte.

Die pragmatische Argumentation zeigte sich schließlich bei der Diskussion um den Marshall-Plan der ideologischen deutlich überlegen.<sup>131</sup> So stimmten schließlich die westzonalen Gewerkschaftsbünde dem Marshall-Plan uneingeschränkt zu.

---

<sup>126</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 182.

<sup>127</sup> Vgl. dazu: Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 28-32.

<sup>128</sup> Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 29.

<sup>129</sup> Besonders stark waren die Auseinandersetzungen um den Marshall-Plan im Badischen Gewerkschaftsbund (BGB). Als in London im März 1948 eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern, der 16 an den Marshall-Plan beteiligten Länder, stattfand, sprach sich der Bundesvorstand des BGB gegen eine Beteiligung aus. Am 13. März 1948 beschloß er eine Entschliebung gegen den Marshall-Plan. Auf einer außerordentlichen Bundesausschußsitzung (BGB) im April wurde diese Entschliebung dann wieder zurückgenommen; vgl. dazu: Unser: a.a.O., S. 201-208 und Faulhaber, Max: a.a.O., S. 245 ff.. Wie auch in den anderen Westzonen setzten sich die Befürworter des Marshall-Plan in den Gewerkschaften durch. So forderte z.B. der Vorsitzende Wilhelm Reibel des Badischen Gewerkschaftsbundes auf dem zweiten Bundeskongreß des BGB (15.-17. Oktober 1948) die französische Besatzungsmacht auf, ihre Demontagepolitik zu beenden und die Marshall-Plan-Hilfe in Anspruch zu nehmen; Unser, Margit: a.a.O., S. 62.

<sup>130</sup> Unser: a.a.O., S. 205 und Faulhaber, Max: a.a.O., S. 246.

<sup>131</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 186.

### 2.1.3.2 Die amerikanische Gewerkschaftspolitik

Zu dem Bereich der Gewerkschaften heißt es in den SHAEF<sup>132</sup>- Handbüchern für die Militärregierung:

„Die Arbeiter werden das Recht zur Bildung demokratischer Gewerkschaften und anderen Formen freiheitlicher wirtschaftlicher Zusammenschlüsse erhalten. Angesichts der langen Jahre nazistischer Indoktrinierung der Arbeiter und der Unterdrückung der Freiheit im Handeln und Denken wird es notwendig sein, die Entwicklung der Gewerkschaften und der Kollektivverhandlungen genau zu überwachen, um sicherzustellen, daß sie nicht als Instrumente zur Wahl von NS-Funktionären zu Gewerkschaftsvertretern und zur Fortführung von NS-Organisationen unter anderem Namen mißbraucht werden.“<sup>133</sup>

Damit waren zwei Grundprinzipien der Gewerkschaftsplanung<sup>134</sup> unter amerikanischer Besatzung festgeschrieben:

a) Die Arbeiter erhielten das Recht, Gewerkschaften zu bilden. Als Aufgabe der Gewerkschaften wurde explizit die Führung von Kollektivverhandlungen genannt. Angesichts der geltenden arbeits- und wirtschaftspolitischen Kontrollmaßnahmen (z.B. Lohn- und Preisstopp) konnten diese Ausführungen nicht als unmittelbar verbindliches Handlungsmuster gelten.

b) Die Gewerkschaften mußten einer strengen Kontrolle durch die Militärregierung unterliegen, da die Arbeiterklasse vom Nationalsozialismus politisch und psychologisch beeinflußt worden sei.<sup>135</sup>

Zum Aufbau demokratischer Gewerkschaften gab es aber am Anfang der Besatzungszeit keine ausführlichen Bestimmungen und Verfahrensregeln.<sup>136</sup> Dies, wie auch organi-

---

<sup>132</sup> Alliiertes Oberkommando der Expeditionsstreitkräfte.

<sup>133</sup> SHAEF, Handbook for Military Government in Germany Prior to Defeat or Surrender, § 787 (c), Dez. 1944, in: 3/416-3, OMGUS; zit. nach Fichter, Michael: a.a.O., S. 75.

<sup>134</sup> Vgl. zur amerikanischen Gewerkschaftspolitik die ausführliche Studie von Fichter, Michael: a.a.O.; Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten in den Metallgewerkschaften Nordbadens 1945-1949, Frankfurt a.M. 1990, S. 34-37; Seidl, Michael: a.a.O., S. 54-61 und Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 38-47.

<sup>135</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 75.

<sup>136</sup> Ebd., S. 128-129.

satorische Mängel und Personalprobleme bei der Bildung der Militärregierung,<sup>137</sup> führte dazu, daß es bis zum Dezember 1945 in der amerikanischen Besatzungszone keine einheitliche Gewerkschaftspolitik gab. Die gewerkschaftlichen Wiederaufbaubestrebungen, die mangels einheitlicher Richtlinien und Koordination unabhängig von einander stattfanden, wurden auf den jeweiligen Ort beschränkt und von der örtlichen Militärregierung zumeist toleriert, aber nicht offiziell zugelassen. Eine Ausnahme, auf die später im Text eingegangen wird, stellt die Gründung des Württembergischen Gewerkschaftsbundes in Stuttgart dar.

Der wesentliche Grund für die unterschiedliche Gewerkschaftspolitik in der US-Zone lag aber hauptsächlich in der Auseinandersetzung innerhalb der US-Militärregierung um zwei gegensätzliche Konzeptionen bezüglich der gesellschaftlichen Aufgaben und des organisatorischen Aufbaus von Gewerkschaften:

#### A) Die „grassroots“-Position

Die Verfechter der „grassroots“-Politik warfen den Gewerkschaften der Weimarer Republik politisches Versagen vor. Ihre Kritik galt besonders den freien Gewerkschaften des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die mit der SPD vor 1933 eng verbunden waren. Daher traten die „grassroots“-Verfechter für den radikalen Neubeginn bei den Gewerkschaften ein.<sup>138</sup> Der Anstoß zur Gründung einer Gewerkschaft sollte nicht von den Organisationskomitees, die sich aus ehemaligen Funktionären des ADGB und seiner Gewerkschaften zusammensetzten, erfolgen, sondern er sollte von den Arbeitern selbst kommen. Die Gründungen der Gewerkschaften sollten daher durch ein demokratisches Wahlverfahren von der betrieblichen Ebene aus erfolgen. Für die grassroots-Vertreter konnte die Arbeiterschaft, die ja vom Nationalsozialismus geprägt worden war, nur durch Gewerkschaften, die von unten her aufgebaut waren, zur Verantwortung und Eigeninitiative erzogen werden.

Die demokratischen von unten aufgebauten Gewerkschaften sollten auch das Wiederaufleben einer anti-sowjetischen Stoßrichtung in den Gewerkschaften verhindern und

---

<sup>137</sup> Ebd., S. 90-94.

<sup>138</sup> Vgl. ebd., S. 23 und S. 129-135.

„den gesellschaftspolitischen Einsatz der Gewerkschaften als militante Vorkämpfer einer sozialistischen Umwälzung“<sup>139</sup> fördern.

#### B) „Free trade unionism“

Die Anhänger des „free trade unionism“, auch unter dem Namen Porter-Rutz-Position bekannt,<sup>140</sup> setzten sich für die Restauration der Weimarer nicht-kommunistischen Gewerkschaften ein. Sie waren dafür, daß die Gewerkschaften unter der Leitung ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre, den sie im Gegensatz zur „grassroots“-Position keine Mitschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus gaben, wiederaufgebaut werden. Die Verfechter des „free trade unionism“ lehnten einen Gewerkschaftsaufbau, der nur von der betrieblichen Ebene aus erfolgte, ab, da sie befürchteten, daß so unabhängige demokratische Eigeninitiativen entstehen könnten, die dann eine grundlegende politische und wirtschaftliche Neuordnung anstreben würden. Von einer von der Spitze her aufgebaute Gewerkschaft versprach man sich eine Kontrolle über die betrieblichen Ebene.

Das Ziel war es, die deutsche Gewerkschaftsbewegung als ein Bollwerk gegen sowjetische und kommunistische Einflüsse aufzubauen. Langfristig sollten die Gewerkschaften dann mithelfen, die Beherrschung Europas durch die Sowjetunion zu verhindern.<sup>141</sup>

Der Konflikt zwischen den beiden Positionen wurde erst Ende 1945 zugunsten des „free trade unionism“ entschieden. Obwohl die meisten Arbeitsoffiziere<sup>142</sup> dem „free trade unionism“ näher standen, gelang es den „grassroots“-Vertretern bis Dezember 1945 immer wieder, ihre Position zur offiziellen Militärregierungsdoktrin zu erheben. Dies lag hauptsächlich daran, daß der Chef der Labor Relations & Standard Branch Mortimer Wolf<sup>143</sup> und der Direktor der Manpower Division<sup>144</sup> Frank J. Mc Sherry, die die „grass-

---

<sup>139</sup> Ebd., S. 23.

<sup>140</sup> Die Bezeichnung Porter-Rutz-Position stammt von Mortimer Wolf und bezog sich auf die „Urheber“ Paul Porter und Henry Rutz, vgl. Fichter, Michael: a.a.O., S. 135.

<sup>141</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 23 f., S. 135-139 und S. 269-272.

<sup>142</sup> Die Detachment-Arbeitsoffiziere waren für Arbeits- und Gewerkschaftsfragen zuständig; vgl. Fichter, Michael: a.a.O., S. 96-99.

<sup>143</sup> Wolf wurde am 7. Juli 1945 von Newman Jeffrey abgelöst.

<sup>144</sup> Die Manpower Division war eine Abteilung der USGCC (Planungs- und Leitungsorganisation der US-Militärregierung; Vorläuferorganisation des OMGUS). Ihre Hauptaufgabe war es, zusammen mit den entsprechenden Abteilungen Großbritanniens und der Sowjetunion die Alliierte Kontrollbehörde in allen

roots“-Politik entschieden vertraten, eine Zeitlang einen beträchtlichen Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik hatten.<sup>145</sup> Da die regionalen und örtlichen Militärkommandeure am Anfang der Besatzungszeit eine starke Stellung innehatten, entsprach die tatsächliche Besatzungspolitik oft nicht den offiziellen Direktiven.<sup>146</sup>

Die sogenannten Augustdirektiven der Manpower - Division (1. August und die überarbeitete Fassung vom 8. August 1945<sup>147</sup>) verkündeten mehrere Aspekte offiziell, die die zukünftige amerikanische Gewerkschaftspolitik bestimmen sollten.

Die Direktive vom 1.8.1945 enthielt sowohl eine „Bekanntmachung über die Wahl von Vertrauensleuten als auch „Richtlinien zur Gewerkschaftsbildung“. Es war nun offiziell erlaubt, betriebliche Vertrauensleute für die Amtsdauer von drei Monaten zu wählen. Bereits vorher von der Militärregierung anerkannte Betriebsausschüsse mußten nun neu gewählt werden, wenn die Arbeiter dies ausdrücklich wollten. Die Verfahrensregelung für die geheimen Wahlen in den Betrieben wurden im Bürgermeisteramt bzw. im Landratsamt ausgehängt. Die Gewählten durften keine ehemaligen Funktionäre der DAF oder Mitglieder der NSDAP sein, ansonsten wurde die Wahl für ungültig erklärt und mußte wiederholt werden.<sup>148</sup>

Für die Gewerkschaftsbewegung wurde festgelegt, daß Gewerkschaftsgründungen auf die Kreisebene beschränkt sein mußten. Mit der Direktive vom 18. August wurde zum erstenmal ausdrücklich die Genehmigung von Gewerkschaften auf lokaler Ebene, Bezirksebene und regionaler Ebene erwähnt. Die Militärregierung wurde angewiesen darauf zu achten, daß sich in den Gewerkschaften keine nationalsozialistischen oder andere feindliche Einflüsse festsetzen. Ehemalige NSDAP-Mitglieder durften daher auch keine Gründungsmitglieder sein. In einem Beruf, Betrieb oder einer Industrie konnten konkurrierende Gewerkschaften zugelassen werden.

---

arbeits- und gewerkschaftspolitische Fragen zu beraten und die Pläne des Kontrollrats, die die Regelung der Arbeitsmärkte und der Gewerkschaften betreffen, durchzuführen. Außerdem sollte die Manpowerdivision dem Militärgouverneur in allen Fragen, die den Aufgabenbereich Arbeits- und Gewerkschaftspolitik in der US-Zone betrafen, beraten. Vgl. dazu: Fichter, Michael: a.a.O., S. 67 f..

<sup>145</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 133-135.

<sup>146</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 57 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 48.

<sup>147</sup> Abgedruckt als Dokument 125 in: Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945-1949, Köln 1987, S. 452-456.

<sup>148</sup> Ebd.



Beim Genehmigungsverfahren sollten Industrie- und Berufsgewerkschaften von der Militärregierung gleich behandelt werden. Bereits bestehende Gewerkschaften durften fortbestehen.<sup>149</sup>

Die Augustdirektiven widersprachen in einigen Punkten der „grassroots“-Position. Die Forderung bereits bestehende Gewerkschaften aufzulösen, konnte von den „grassroots“-Anhängern nicht durchgesetzt werden. Auch die Zulassung konkurrierender Gewerkschaften widersprach der „grassroots“-Position, die Gewerkschaften linear und ausschließlich von der Betriebsebene aus aufzubauen.

Die Augustdirektiven machten auch die Wahl der Vertrauensleute im Betrieb nicht zum Bestandteil der Gewerkschaftsbildung. Gewählte Vertrauensleute konnten zwar einen Antrag auf Gewerkschaftsgründungen stellen, sie wurden aber nicht ausschließlich berücksichtigt, wie dies von den „grassroots“-Anhängern ja gefordert wurde.

In den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den zwei unterschiedlichen Gewerkschaftskonzepten rückte im Herbst 1945 der Württembergische Gewerkschaftsbund (WüGB), der am 9. November vom Arbeitsoffizier für Nord-Württemberg Alfred Bingham<sup>150</sup> genehmigt wurde. Der WüGB stellte damit zu diesem Zeitpunkt die einzige zentral geleitete regionale Gewerkschaft in der Amerikanischen Zone dar, die offiziell genehmigt wurde. Da der WüGB nicht aus Betriebswahlen, sondern aus einem Organisationskomitee entstanden war, wurde er von den „grassroots“-Vertretern stark kritisiert. Am 18. Dezember lehnte die Militärregierung den vom WüGB vorgelegten Satzungsentwurf ab, erlaubte aber das provisorische Dasein fortzusetzen.

Mit den Direktiven im Dezember 1945 konnten sich dann die Vertreter des „free trade unionism“ endgültig durchsetzen. Zwar wurde in der Direktive vom 10. Dezember 1945<sup>151</sup> die Mitwirkung der betrieblichen Vertrauensleuten bei der Bildung von Gewerkschaften ausdrücklich betont, aber die „grassroots“-Forderung waren damit nicht

---

<sup>149</sup> Ebd.

<sup>150</sup> Alfred Bingham (Jurist, Chefredakteur der Zeitung: „Common Sense“) war bis Februar 1946 Arbeitsoffizier für Nordwürttemberg. Er war ein Verfechter des „free trade unionism“. Aufgrund der Initiative Binghams erließ die Militärregierung im amerikanischen besetzten Teil von Württemberg schon im Juli 1945 Direktiven, die den Arbeitnehmern ausdrücklich das Recht Gewerkschaften zu bilden und die Verteilung von gedruckten Informationsmaterial erlaubten. Vgl. Bekanntmachung über die „Arbeiter Rechte in der amerikanischen besetzten Zone Württembergs“, DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien, und vgl. auch Fichter, Michael: a.a.O., S. 110 f..

<sup>151</sup> Abgedruckt als Dokument 130 bei: Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: a.a.O., Köln 1987, S. 463-469.

erfüllt, da das Verfahren der Gewerkschaftsgründung „früher genehmigte Wege der Gewerkschaftsbildung“<sup>152</sup> nicht ausschloß.

Mit den Bestimmungen über demokratische Gewerkschaftswahlen vom 17. Dezember 1945<sup>153</sup>, auch unter Bingham/Cassidy<sup>154</sup>- Plan bekannt, war für Württemberg-Baden die amerikanische Gewerkschaftspolitik endgültig festgelegt.<sup>155</sup> Unter Punkt 1 heißt es:

„Die jetzigen Leiter einer jeden Industriefachgruppe des Württ. Gewerkschaftsbundes und jeder Industriefachgruppe aller unabhängigen Fachgruppen sollen einen Plan entwerfen und der Militärregierung zur Genehmigung vorlegen über die unmittelbare und demokratische Wahl örtlicher Gewerkschaftskartelle aller ihnen angeschlossenen Gewerkschaften.

Dieser Plan soll mindestens folgende Punkte enthalten:

- „a) Unmittelbare Wahl durch die Mitglieder entweder auf der Grundlage der Betriebe bei größeren Gewerkschaften oder bei kleineren Gewerkschaften nach gebührend vorher angekündigten Mitgliederversammlungen. Die Vertretung auf der Grundlage der Betriebsabgeordneten soll in einem gewissen zahlenmäßigen Verhältnis zu den Mitgliedern stehen.
- b) Die Vorschläge sollen durch die Mitglieder frei eingebracht werden. Offizielle Anschläge sind nicht erwünscht. Vorschläge können durch einen Antrag oder mündlich bei den Betriebsversammlungen eingebracht werden.
- c) Die Wahl ist geheim durchzuführen.
- d) Die beteiligten Parteien treffen hinreichende Vorkehrungen für die Wahl durch die Aufstellung von Ordnern und Zählern.
- e) Die Einzelheiten des Wahlvorgangs werden in der Presse und durch Anschläge veröffentlicht.“<sup>156</sup>

Die in den Verwaltungsausschuß Gewählten, sollten dann eine Verfassung entwerfen, die den Mitgliedern zur Annahme, Ablehnung oder Änderung vorzulegen war. Einen

---

<sup>152</sup> Ebd.

<sup>153</sup> Abgedruckt in: DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn und Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Württemberg-Baden 1945-1949, Stuttgart 1951, Anlage 4, S. 14 f. und auch als Dok. 131 in Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: a.a.O., Köln 1987, S. 469 ff..

<sup>154</sup> Georg L. Cassidy war von 1945 bis 1946 Leiter der Operations Branch der Manpower Division, die als Koordinationsstelle zwischen dem Hauptquartier Berlin und den lokalen Arbeitsoffizieren fungierte.

<sup>155</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 44.

<sup>156</sup> Zit. nach: DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn ..., a.a.O., Anlage 4, S. 14.

Monat nach Genehmigung der Satzung sollten die Vorstandswahlen stattfinden. Die Satzung, Fragebögen zu den Vorstandsmitgliedern und ein Verlaufsbericht waren dann der Militärregierung zur Genehmigung vorzulegen.

Im Punkt 3 heißt es:

„Ein Ortskartell oder ein ähnlicher Zusammenschluß, für den örtliche Vereinigungen gestimmt haben, kann aus Vertretern dieser Vereinigungen gebildet werden. Diese Vertreter ersetzen alle vorläufigen Ortskartelle. Sie haben ein Statut zu entwerfen, jeden erstrebten Zusammenschluß vorzuschlagen und gemäß den Verfahren nach §1 und §2 für die Wahl von Leitern zu sorgen.“<sup>157</sup>

Mit den Dezemberdirektiven wurde nun der Übergang vom Aufbau der zentralistischen Einheitsgewerkschaften zur Organisationsform des dezentralen Dachverbandes als Zusammenschluß autonomer Industrie- und Berufsgruppen eingeleitet.<sup>158</sup> In einer weiteren Direktive<sup>159</sup> (11.2.1946) der Militärregierung in Württemberg-Baden wurde nochmals ausdrücklich betont, daß Ortskartelle nur als Zusammenschluß von Industrie- und Berufsgewerkschaften erlaubt werden. Seifert stellt deshalb fest: „Die Verfahrensregeln für den gewerkschaftlichen Aufbau beeinflussten die Auseinandersetzung um die organisatorische Grundlagen entscheidend zugunsten eines föderativen und dem Industrieverbandsprinzip zuwiderlaufenden Aufbaus der württembergisch-badischen Gewerkschaftsbewegung.“<sup>160</sup> Bei dieser Feststellung übersieht Seifert aber, daß die Tendenz zur Schaffung autonomer Industriegewerkschaften in Württemberg-Baden auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sehr stark ausgeprägt war.<sup>161</sup> Die meisten Gewerkschaftsvertreter traten am Anfang hauptsächlich aus pragmatischen Gründen<sup>162</sup> für eine zentralistische Einheitsgewerkschaft ein. Nachdem sich die Gewerkschaftsbewegung zunehmend konsolidierte, bauten sie einige der zentralistischen Elemente wieder ab.<sup>163</sup> Am Beispiel der Frage nach der Organisation der Angestellten (Kapitel 2.2.2.1.1) läßt sich beim WüGB aufzeigen, daß der Trend zu einer föderalistischen Organisationsstruktur

---

<sup>157</sup> Ebd., S. 14.

<sup>158</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 47.

<sup>159</sup> Abgedruckt als Dok. 132, Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: a.a.O., Köln 1987, S. 471 f..

<sup>160</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 192.

<sup>161</sup> Vgl. hierzu: Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ....., a.a.O., S. 85 f..

<sup>162</sup> Ebd. und Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 57.

<sup>163</sup> Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ....., a.a.O., S. 85 f..

schon eindeutig vor dem „Eingreifen“ der amerikanischen Militärregierung einsetzt hatte.

Bei der Einschätzung der amerikanischen Gewerkschaftspolitik wird immer darauf hingewiesen, daß sie den Aufbau der Gewerkschaften verzögerte.<sup>164</sup> Trotz der von Ort zu Ort unterschiedlichen Gewerkschaftspolitik der örtlichen amerikanischen Militärregierung, blieb der Gewerkschaftsaufbau am Anfang der amerikanischen Besatzungszeit mit Ausnahme des WüGB inoffiziell und auf dem jeweiligen Ort beschränkt.

Diese restriktive Behandlung der Gewerkschaftsinitiativen durch die amerikanische Militärregierung hatte nach Fichter zwei Gründe: „So wurde zum einen die Forderungen und Aktivitäten der Antifaschisten abgelehnt, denen man unterstellte, daß sie durch das Medium der Entnazifizierung oder der Zerschlagung des Militarismus radikale wirtschaftliche und soziale Veränderungen anstrebten. Der zweite Bestandteil bezog sich auf die Präsenz der Sowjetunion in Deutschland. Aus der Sicht der „Antiradikalen“ stellte die Sowjetunion eine wachsende und potentiell unkontrollierbare Bedrohung der westlichen Demokratie und des Kapitalismus dar.“<sup>165</sup> Fichter weist darauf hin, daß diese Gründe nicht immer zu einer Verzögerung von Gewerkschaftsbildung führen, sondern daß einige örtliche Militärregierungen ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre beim Aufbau unterstützten, um so eine Radikalisierung der Arbeiter zu verhindern. Als Beispiel dafür führt er den vom Arbeitsoffizier Alfred Bingham offiziell genehmigten WüGB an. Bei der Beurteilung der amerikanischen Gewerkschaftspolitik sollten aber die antikomunistischen Motive, die sicherlich vorhanden waren, nicht überbewertet werden. Denn auch die sicherheitspolitischen und die demokratietheoretischen Überlegungen der Besatzungsmächte bestimmten mindestens ebenso wesentlich wie die amerikanische Gewerkschaftspolitik.<sup>166</sup>

Gerade die „grassroots“-Anhänger, die ja für wirtschaftliche und soziale Veränderungen in der Gesellschaft eintraten, waren für einen Gewerkschaftsaufbau von unten und befürworteten in der ersten Phase den örtlich begrenzten Aufbau der Gewerkschaften. So weist Fichter selbst darauf hin, daß die Arbeitsoffiziere oft nicht wußten, wie sehr sie

---

<sup>164</sup> Vgl. u.a.: Fichter, Michael: a.a.O. und Seifert, Christfried: a.a.O..

<sup>165</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 116-117.

sich auf das Demokratiebewußtsein der Arbeiter verlassen konnten.<sup>167</sup> Die „grassroots“-Anhänger betonten immer wieder, daß die Arbeiterbewegung vor der NS-Machtergreifung versagt habe.<sup>168</sup>

Diese Aspekte zeigt Fichter zwar deutlich auf, aber bei der Beurteilung der amerikanischen Politik vernachlässigt er sie dann.

### 2.1.4 Zusammenfassung

Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Besatzungsmächten<sup>169</sup> ist mit einem pauschal Urteil sicherlich nicht zu erfassen. Besonders am Anfang der Besatzungszeit gab es noch keine einheitliche Politik bezüglich der Gewerkschaften. So war die Einstellung gegenüber den Gewerkschaften von Ort zu Ort unterschiedlich. Dies gilt für die amerikanische wie auch für die französische Besatzungsmacht, wobei die Unterschiede in der FBZ extremer ausgebildet waren.

Die Einstellung der Besatzungsmächte zu den Gewerkschaften war sehr ambivalent. Zum einen brauchte man sie zum Aufbau eines demokratischen Deutschlands. So werden die Gewerkschaften z.B. vor den Parteien zugelassen und ihre Mitarbeit (z.B. in Ernährungs- und Entnazifizierungsausschüssen; beim Aufbau der Arbeitsämter) ist oft erwünscht. Andererseits mußten die Gewerkschaften auch mit vielen Benachteiligungen zurecht kommen. Es dauerte z.B. sehr lange, bis das der DAF übereignete Gewerkschaftsvermögen wieder zurückerstattet wurde. Auch der Einzug von Mitgliederbeiträgen und Mitgliederwerbung wurde von den alliierten Militärverwaltungen am Anfang verboten; die Industrie- und Handelskammern wurden entgegen der Forderungen der Gewerkschaften nicht paritätisch besetzt und außerdem durften diese sich weiträumiger organisieren als die Gewerkschaften. Bis 1948/49 verfügten die Gewerkschaften weder

---

<sup>166</sup> Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 87.

<sup>167</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 117.

<sup>168</sup> Ebd., S. 129-135.

<sup>169</sup> Ich beziehe mich hier nur auf die Besatzungsmächte im deutschen Südwesten, also die französische und die amerikanische Besatzungsmacht.

über Tarifautonomie noch über ein Streikrecht.<sup>170</sup> Auch beim Aufbau ihrer Organisationen stießen die Gewerkschafter immer wieder auf Beschränkungen.

Die Gewerkschaftspolitik der Besatzungsmächte ist nicht nur mit antikommunistischen Motiven und dem Bedenken, daß die „revolutionären“ Kräfte zu stark werden könnten, zu erklären. Vielmehr spielten auch sicherheitspolitische Motive sowie demokratische und „erzieherische“ Komponenten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Hierbei war die Gewichtung der Gründe ganz unterschiedlich; dies wird in der Kontroverse um die Gewerkschaftspolitik zwischen den „grassroots“- und „free trade unionism“-Vertretern und in der Auseinandersetzung zwischen Laffon und Koenig in der FBZ deutlich.

Mit Zunahme des Kalten Krieges mehrten sich auch die kommunistischen Motive. Aber in allen drei Besatzungszonen im Südwesten Deutschlands zeigte sich sehr früh, daß in den Gewerkschaften die an einer engen Zusammenarbeit mit der Militärregierung interessierten Kräfte dominierten.

In der FBZ wurden Landesberufsgewerkschaften viel später zugelassen als in der amerikanischen Besatzungszone. Aufgrund des politischen Zieles der Dezentralisierung Deutschlands waren die Franzosen gegen eine gesamtdeutsche Gewerkschaft. Sie blockierten nicht nur eine trizonale Vereinigung der Gewerkschaften, sondern auch eine länderübergreifende Gewerkschaftsorganisation innerhalb der französischen Zonen wurde verhindert.

Die Verordnungen zur Bildung der Gewerkschaften von der Besatzungsmacht verhinderte nicht nur einen schnellen Gewerkschaftsaufbau, sondern sie nahmen auch Einfluß auf die Organisation der Gewerkschaften. Die Franzosen hielten dabei länger an einem Aufbau von unten fest. Beide Besatzungsmächte traten für einen föderalistischen Gewerkschaftsaufbau ein. Das heißt, sie setzten sich für relativ selbständige Einzelgewerkschaften ein, die sich dann zu einem Bund zusammenschlossen.

Die amerikanische Militärregierung unterstützte schon vor den Dezemberdirektiven 1945 den Aufbau des WüGB, obwohl er nicht aus Betriebswahlen hervorging. Dies lag daran, daß der Arbeitsoffizier für Nord-Württemberg Alfred Bingham ein Anhänger des „free trade unionism“ war.

---

<sup>170</sup> Klinga, Stefan/Klose, Jürgen: a.a.O., S. 4 f. und Pfefferle: a.a.O., S. 183.

Insgesamt wird deutlich, wie sehr die Besatzungsmächte den Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen einschränkten und beeinflussen.

Inwiefern dadurch ein Neubeginn der Gewerkschaften verhindert wurde, kann nur beurteilt werden, wenn man die innergewerkschaftlichen Vorstellungen über den Neuaufbau der Gewerkschaften näher beleuchtet.

Dies ist Inhalt und Ziel des folgenden Kapitels.

## 2.2 Der Neubeginn der Gewerkschaften

„Viele Fabriken waren 1945 zerstört. Die Produktion hörte schlagartig auf, da es sich größtenteils um Kriegsproduktion gehandelt hatte. Viele Betriebsleiter und Direktoren waren geflüchtet oder unauffindbar. Die Arbeiterschaft mußte zu Selbsthilfemaßnahmen greifen. Sie leiteten die Fabriken und Betriebe mit Unterstützung der technischen Fachkräfte und brachten die Produktion wieder in Gang. Alle vorhandenen Möglichkeiten wurden ausgenutzt. Es gab Betriebe, die zu einer nie gekannten Produktion übergingen. Sie stellten Kochtöpfe, Herde, Feuerzeuge und andere nützliche Dinge her. Diese schnelle Umstellung gelang nur durch das geschlossene Eintreten der Belegschaften, durch zähes Arbeiten bei der Aufräumung der Werkstätten, bei der Wiederherstellung der Gebäude und der Reparatur der beschädigten Maschinen.“<sup>171</sup>

So beschreibt Max Faulhaber<sup>172</sup> im „Badischen Gewerkschaftler“ die Situation der Betriebe nach dem Krieg. Um die gewaltigen Aufgaben in der Nachkriegszeit, wie z.B. den Wiederaufbau der Betriebe, Beschaffung von Nahrung und Kleidung und die Entnazifizierung der Gesellschaft, angehen zu können, bildeten sich direkt nach der Besetzung des Südwestens durch amerikanische und französische Truppen Betriebsausschüsse und antifaschistische Komitees. Die Ausschüsse wurden von den Militärregierungen nicht verboten, solange ihre Tätigkeit nicht vorwiegend politisch war oder den Bereich eines einzelnen Betriebs offensichtlich überschritt. Ein Verbot hätte nämlich Probleme beim Produktions- und Wiederaufbau mit sich bringen können. Die Betriebsausschüsse wurden aber nicht offiziell anerkannt<sup>173</sup> und waren auf den Betrieb beschränkt. Der Hand-

---

<sup>171</sup> Faulhaber, Max: Neues Betriebsräterrecht, in: „Der Badische Gewerkschaftler“, 15.10.1947; zit. nach: Faulhaber, Max: a.a.O., S. 261 ff..

<sup>172</sup> Max Faulhaber (geb. 1904): ab 1923 Mitglied der KPD; 1933 Verhaftung; emigriert nach Frankreich; kehrt 1945 nach Baden zurück und beteiligt sich am Wiederaufbau der KPD und der Gewerkschaften ; zeitweise Vorstand und Betriebsrätesekretär des Badischen Gewerkschaftsbundes; 1. Vorsitzender und Bezirksleiter der IG Chemie in Baden; F. wir am 17.10.1951 entlassen und aus der Organisation ausgeschlossen, weil er angeblich gegen die Fuldaer Beschlüsse (12.12.1950) verstoßen hätte. Der „Fall Faulhaber“ führte zu heftigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, die mit dem zuspitzenden Spannungen zwischen den Kommunisten und Sozialdemokraten zu tun hatten. Vgl. dazu: Faulhaber, Max: a.a.O. und Haumann, Heiko: „Der Fall Max Faulhaber“ ..., a.a.O..

<sup>173</sup> Die amerikanische Militärregierung erlaubte im Juli 1945 die Personalvertretung in den Betrieben auf Grund des Betriebsrätegesetzes von 1920. Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 erfuh-



lungsspielraum, der den Ausschüssen zugestanden wurde, variierte jedoch sehr stark.<sup>174</sup> Er war abhängig von der jeweiligen Einstellung der örtlichen Militärregierung und von den Erfordernissen der Situation vor Ort.

Einige dieser Betriebsausschüsse wandten sich an die Militärregierung mit der Bitte, Gewerkschaften bilden zu dürfen. Zur selben Zeit traten in vielen Orten mit der gleichen Absicht ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre, die sich in eigenen Komitees organisiert hatten, an die Militärregierung heran. Viele dieser ehemaligen Funktionäre engagierten sich auch in den betrieblichen bzw. lokalen Komitees, um zusammen mit diesen ihre Organisationen wieder aufzubauen.<sup>175</sup> Das Ziel der Gewerkschaftsbildung war es, die praktischen Aufgaben der Betriebsausschüsse auf breiterer Basis zu organisieren, um so langfristige wirtschaftliche, politische und soziale Ziele durchsetzen und damit ein „neues“ Deutschland aufbauen zu können.<sup>176</sup>

Mielke<sup>177</sup> weist darauf hin, daß für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit die von der Betriebsebene her kommenden Versuche des Gewerkschaftsaufbaus eher unbedeutend waren. Die meisten Gewerkschaftsgründungen gingen auf die einzelnen Gruppen ehemaliger Gewerkschaftsfunktionäre zurück.<sup>178</sup> Dies wirft die Frage auf, inwiefern man von einem Neubeginn in der Arbeiterbewegung reden kann.

Um den wirklichen Neubeginn der Arbeiterbewegung beurteilen zu können, muß man nach den Bedingungen fragen, unter denen dieser stattgefunden hat. Die Zeit nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus wird oft als „Stunde Null“ bezeichnet. Dieser Ausdruck birgt die Vorstellung des totalen Zusammenbruch Deutschlands und den Glauben an einen völligen Neuanfang in sich. Dieser Neubeginn fand aber bekanntermaßen nicht in einem völligen politisch ökonomischen Vakuum statt.<sup>179</sup>

---

ren die Betriebsräte dann eine offizielle Anerkennung in allen Zonen; vgl. Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber ..., a.a.O., S. 153 f..

<sup>174</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 104 ff..

<sup>175</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 191 ff..

<sup>176</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 104.

<sup>177</sup> Vgl. dazu Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ....., a.a.O., S. 74-87.

<sup>178</sup> Vgl. auch: Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 56 f..

<sup>179</sup> Die Zeit nach dem Krieg wird oft auch als Zusammenbruchgesellschaft bezeichnet. „Der Prozeß der territorialen Zersplitterung Deutschlands erreichte seinen Höhepunkt im Zusammenbruch. Die stückweise

Das bedeutet, daß man nicht nur die ökonomischen und besatzungspolitischen Bedingungen berücksichtigen muß, sondern daß man sich auch fragen muß, welche Personen mit welchen Erfahrungen und von welchen Traditionen geprägt, die Arbeiterbewegung wieder aufbauen konnten.

Der Versuch, diese Fragen für die gesamte Arbeiterbewegung im Südwesten zu beantworten, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Da die Gründungen spontaner lokaler oder betrieblicher antifaschistischer Gruppen und Aktionsausschüsse (Antifa) aber ein Versuch einer strukturell neuen Formierung von Arbeiterbewegung darstellten<sup>180</sup>, können sie beim Neubeginn der Gewerkschaften nicht ignoriert werden.

### **2.2.1 Die Antifa-Bewegung - Chance eines Neubeginns?**

Nach Ende des Krieges - in manchen Orten auch schon kurz vor dem Kriege - bildeten sich in Deutschland spontan lokale oder betriebliche antifaschistische Gruppen und Aktionsausschüsse.<sup>181</sup> Die Antifas gingen am Anfang meistens aus Widerstandszirkeln in den industrialisierten Städten, also in den Hochburgen der Arbeiterbewegung, hervor. Im Laufe des Sommers 1945 breitete sich die Antifa-Bewegung auch in kleineren Orten aus, so daß z.B. im Bodenseegebiet ein ganzes Netz antifaschistischer Ausschüsse entstand.

In der Stadt Stuttgart, die in der Weimarer Zeit das Zentrum der Arbeiterbewegung im Südwesten Deutschlands gewesen war, gab es sogar eine große Anzahl von antifaschis-

---

Besetzung durch die verbündeten Armeen vom September 1944 (Aachen) bis zum Mai 1945 und der unterschiedliche Grad der Kriegs betroffenheit schufen neue unterschiedliche Bedingungen. Die materiellen Zerstörungen setzten Rahmenbedingungen, von denen die gesamte gesellschaftliche Rekonstruktion entscheidend mitbestimmt wurde. Die Zerstörung bestimmten nicht zuletzt die Aktivitäten der sich vom ersten Tag der Befreiung spontan reorganisierenden Arbeiterbewegung.“ Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 164 f. und vgl. auch Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 37 ff.

<sup>180</sup> Vgl. Klönne, Arno: a.a.O., S. 280 ff.; Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 120 ff.; Ders.: Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen ..., a.a.O., S. 26-43; Unser, Margit: a.a.O., S. 29 ff. und Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 36 ff.

<sup>181</sup> Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O..

tischen Komitees, die meistens unabhängig voneinander entstanden waren (z.B. in Feuerbach, Vaihingen, Möhringen, ...).<sup>182</sup> Die Mitglieder setzten sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern, Zentrumsangehörigen und Demokraten zusammen.<sup>183</sup> Vom Schwerpunkt ihrer sozialen Zusammensetzung her waren die Ausschüsse eine Vertretungsform der Arbeiterschaft.

In der ersten und einzigen Nummer des Mitteilungsblattes des Stuttgarter Kampfkomitees gegen den Nationalsozialismus vom 7. Mai 1945 werden die Aufgaben des Komitees erläutert:

„Als vordringlichste Aufgaben stehen vor dem deutschen Volk: Ausrottung des Nationalsozialismus mit Stumpf und Stiel, Vernichtung des preußischen Militarismus, Kampf gegen Hunger und Elend, Sicherung der Volksernährung, Kampf gegen das Wohnungselend, sofortiger großzügiger Wohnungsbau, Abwälzung aller Kriegslasten auf die Schultern der Schuldigen, Bildung einer sozialen, demokratischen Volksregierung, Schaffung freundschaftlicher Beziehung zur Sowjetunion und allen anderen Völkern.

Wer entschlossen ist für die Forderungen einzutreten und entschieden zu kämpfen, der scharf sich um das Banner des „Kampfkomitees gegen den Nationalsozialismus“

Es lebe die Einheitsfront aller Antifaschisten!

Es lebe ein demokratisches, sozialistisches Deutschland!“<sup>184</sup>

Die Antifa-Bewegung hatte sich die Entnazifizierung der Wirtschaft, Verwaltung und Kultur und die Wiedergutmachung des vom deutschen Nationalsozialismus verursachten Elends zum Ziele gesetzt. Außerdem wollten sie beim Wiederaufbau und bei der Linderung der Notlage der Bevölkerung helfen. Die hauptsächliche Tätigkeit der Aus-

---

<sup>182</sup> Vgl. zur Antifabewegung in Stuttgart: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 22-47 und Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 503-602.

<sup>183</sup> Vgl. Bericht des späteren Leiters des Bezirks Stuttgart, Willi Bleicher, über den Versuch eines Neubeginns in den Jahren 1945 bis 1947, abgedruckt in: Scherer, Peter/Schaaf, Peter (ausgewählt und bearb.): Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 bis 1949, Stuttgart 1984, S. 572 ff..

<sup>184</sup> Kampfkomitees gegen den Nationalsozialismus: Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus, in: Der Stuttgarter Aufbau, Nr. 1 Stuttgart 7. Mai 1945, abgedruckt in: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 26.

schüsse war daher von den Alltagsproblemen bestimmt: Wiederaufbau von Betrieben, Lebensmittelversorgung, Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung usw..<sup>185</sup>

Die Antifa-Bewegung waren trotz aller lokalen Unterschiede von der gemeinsamen Tendenz bestimmt, „die vor 1933 in der deutschen Arbeiterbewegung herrschende Aufspaltung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Linie und die Abschottung parteipolitischer und gewerkschaftlicher Vertretungsformen voneinander zugunsten dieser oder jener Variante einer neuen Einheit hinter sich zu lassen.“<sup>186</sup>

Der Einfluß dieser Ausschüsse war jedoch nur von kurzer Dauer. Diese Zeit bezeichnet Klönne als eine „Durchgangsphase zur konventionellen Vertretungsformen der Arbeiterbewegung.“<sup>187</sup> Das Scheitern der Antifa-Bewegung lag zu einem an den Besatzungsmächten und zum anderen an der Antifa-Bewegung selbst. Die Antifa-Bewegung war zunächst ein Aktivismus von Wenigen, die die Massen nicht mobilisieren konnten.<sup>188</sup> Dies lag mit daran, daß die fluktuierenden Organisationen zwar oft auf lokaler Ebene vernetzt waren, aber es wurde nie eine Homogenität erreicht, um die Ansätze der Neuorientierung durchsetzen zu können.<sup>189</sup> Es fehlte nicht nur an mangelnder Organisation, sondern auch an fehlender Programmatik.<sup>190</sup>

Der politische Konsens der Antifa-Bewegung orientierte sich an der Erfahrung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus und war somit rückwärts gerichtet.<sup>191</sup> Die Erfahrung, daß die Gewerkschaften und die Linksparteien 1933 dem Faschismus ohne geschlossenen Widerstand<sup>192</sup> unterlegen waren, war für den Widerstand prägend. Den Grund für das Versagen der Arbeiterbewegung gegenüber den Nationalsozialismus sah man in der Zersplitterung der Parteien und Gewerkschaften und in der Unterschätzung des Nationalsozialismus.<sup>193</sup> Daher wurde die Einheit der Arbeiterbewegung im Widerstand immer wieder heraufbeschworen. So heißt es z.B. in einem Flugblatt des Verbandes der

---

<sup>185</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 30.

<sup>186</sup> Klönne, Arno: a.a.O., S. 281.

<sup>187</sup> Ebd., S. 281.

<sup>188</sup> Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 714.

<sup>189</sup> Ebd.

<sup>190</sup> Uffelmann, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 50.

<sup>191</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 45.

<sup>192</sup> Vgl. u.a.: Buschak, Willy: a.a.O., S. 19-49; Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 82-104.

<sup>193</sup> Vgl.: Buschak, Willy: a.a.O., S. 19 ff..

Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, Bezirk Weiden vom März 1933:

„Hinter uns liegt ein Zeitraum von 14 Jahren [S.K.: Weimarer Republik], in dem wir versuchten, durch Beteiligung an der Staatsmacht auf dem Weg zum Sozialismus voranzukommen. Möge die Niedertracht und die Lüge der Gegner vorläufig auch den Sieg aus des Volkes Not davongetragen haben und uns abgedrängt und der Verfolgung preisgegeben. Aber unsere Zeit wird bald wieder kommen und dann werden wir mit verdoppelter Freude die Freiheit begrüßen, dann haben wir gelernt wohin das Proletariat kommt, wenn es sich gegenseitig befehdet und bekämpft. Der Faschismus will das Böse und schafft das Gute, die Einheit der Arbeiterklasse, ohne der (!) ein wirksamer Aufstieg nicht denkbar ist. Deshalb Freundinnen und Freunde! Stärkt die gewerkschaftliche Kampffront, haltet dem Verband die Treue trotz Not und Verfolgung. Wir sind und bleiben eine Schicksalsgemeinschaft und die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft.“<sup>194</sup>

Aber die Erfahrungen des deutschen Faschismus reichten für eine einheitliche Arbeiterklasse nicht aus. Klönne weist darauf hin, daß zu mindestens die Sozialdemokraten und Kommunisten, die aus dem Exil kamen, die Meinung hatten, daß das Fehlverhalten der jeweils anderen Richtung den Faschismus verursacht habe.<sup>195</sup> Auch Niethammer sieht einen wesentlichen Grund im Scheitern der Antifa-Bewegung in dem Bemühen der aus der Emigration, Konzentrationslagern und innerer Emigration zurückkehrenden Funktionären, die alten Organisationen „von oben“ her wieder aufzubauen.<sup>196</sup> Diese Funktionäre „sahen in der lokalen Aktion einen Störfaktor, den sie unterbinden und aus dem sie ihr Potential herausziehen wollten.“<sup>197</sup>

Es kam erschwerend hinzu, daß die jungen Arbeitskräfte keine Erfahrung mit gewerkschaftlicher und politischer Arbeit hatten. Sie waren ja von der DAF, HJ und NSDAP geprägt.<sup>198</sup> So kamen die wichtigen politischen Impulse hauptsächlich von ehemaligen

---

<sup>194</sup> Flugblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abtlg. Keramischer Bund, Bezirk Weiden, den 9. März 1933, abgedruckt in Buschak, Willy: a.a.O., S. 31.

<sup>195</sup> Klönne, Arno: a.a.O., S. 284.

<sup>196</sup> Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration ..., a.a.O., S. 37.

<sup>197</sup> Ebd., S. 37.

<sup>198</sup> Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration ..., a.a.O., S. 35.

Gewerkschafts- oder Parteifunktionären, die natürlich von ihren alten Organisationen sozialisiert waren.<sup>199</sup> So berichtet Max Faulhaber vom Parteitag der KP am 30./31. März 1946 in Singen (Südbaden): „Der Erfolg des Singener Parteitages bestand darin, daß die Partei in dieser Zeit eine große Aktivität entwickelte und organisatorisch schnell wuchs, qualitativ war ein guter Kern da. Das waren hauptsächlich Leute so von meinem Jahrgang, die die ganze Weimarer Zeit mitgemacht hatten und mit der KPD großgeworden waren.“

Bei den jüngeren Arbeitern, die 1945 in den Betrieben arbeiteten, war aufgrund der Nazizeit das politische Bewußtsein sowohl in besonderen gewerkschaftlichen als auch in allgemeinpolitischen Fragen auf einem sehr niedrigen Niveau.“<sup>200</sup> Daß diese Feststellung nicht nur für die KP galt, macht der Bericht des Gewerkschafters Kruse aus dem Ortskartell Mühlacker deutlich: „Es besteht in unserem Kreise allgemein ein großer geistiger Hunger. Die Jungen wissen gar nichts darüber, was die Gewerkschaften überhaupt bedeuten. (...)“<sup>201</sup>

Aber auch die ablehnende Haltung der Besatzungsmächte trug wesentlich zu der kurzen Lebensdauer der Antifas bei. „Diesen Aktionsausschüssen mißtrauten aber alle Alliierten, weil ihr Potential und ihre Aktionsform schwer zu kontrollieren war, und sie verboten sie.“<sup>202</sup> Diese Einschätzung Niethammers trifft sicher auf die Sowjets, Amerikaner und Briten zu, die die Antifas schon wenige Wochen nach der Besetzung verboten hatten, weil sie ein Vorgriff auf die noch nicht erlaubte parteipolitische Tätigkeit seien.<sup>203</sup>

---

<sup>199</sup> Klönne weist darauf hin, daß nach dem Krieg nicht nur die Konkurrenz zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten weiterhin existierte, sondern daß auch die Trennung zwischen traditionssozialistischer und mileuchristlicher Organisationen fortbestand. „Die Integration katholisch geprägter Teile der Arbeiterschaft in die CDU/CSU in den Jahren 1945 bis 1947 erst gab dieser neuen Partei jene Schlüsselfunktion, die sie dann für die Gründungs- und Aufbauphase der Bundesrepublik strukturbestimmend werden ließ; umgekehrt hätte eine „andere Arbeiterpartei“ damals nur dann Chancen gehabt, sich durchzusetzen und den Gegenpol zur CDU/CSU zu bilden, wenn sie auch die katholische Richtung der Arbeiterbewegung umschlossen hätte.“ Klönne, Arno: a.a.O., S. 284.

<sup>200</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 225.

<sup>201</sup> BuVo-Sitzung WüGB mit den Bezirksleitern und den Vertretern der Ortskartelle, Protokoll vom 16. März 1946, S. 3; in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen/Besprechungen.

<sup>202</sup> Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration ..., a.a.O., S. 37.

<sup>203</sup> Der Umgang der örtlichen Militärregierung mit den antifaschistischen Ausschüssen hing oft mit der Einstellung der zuständigen Offiziere ab, diese konnte von Sympathie bis absolute Ablehnung reichen. Vgl. Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 636.

Im Gegensatz dazu wurden die Ausschüsse in der FBZ aber erlaubt.<sup>204</sup> Nach Niethammer hatten die Franzosen aber aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Amerikanern wenig Spielraum für eine eigene Politik.<sup>205</sup> Das dies nicht ganz zutrifft, wird schon daran deutlich, daß die Antifas in der FBZ auch nach der Zulassung von Parteien (Jahreswende 1946/1947) nicht offiziell verboten wurden und manche als Arbeitsgemeinschaften bis 1947 fortbestanden.<sup>206</sup>

Die Haltung der Franzosen gegenüber den antifaschistischen Ausschüssen war sehr unterschiedlich, da es an der Spitze der Militärregierung kein einheitliches Konzept gab. Für den Administrateur Général der französischen Besatzungszone Emile Laffon hatten die Antifas bis zur Parteizulassung in seinen Demokratisierungsplänen eine Schlüsselrolle inne.<sup>207</sup> Laffon vertrat ein Demokratisierungskonzept in Stufen, das sich hauptsächlich auf das verbliebene Potential der deutschen Arbeiterbewegung stützen sollte. Die Antifas sollten für eine Übergangszeit eine demokratische Aufklärungs- und Erziehungsfunktion erfüllen, „bevor mit den Gewerkschaften eine soziale Ordnungs- und mit den Parteien ein politischer Gestaltungsfaktor geschaffen werden konnte.“<sup>208</sup> Diese Überlegungen widersprachen den Vorstellungen von Général Koenig und seinem Kabinett. Diese sahen die Antifa-Bewegung als einen unberechenbaren Faktor an, auf den man sich gar nicht erst einlassen sollte. Diese Haltung war von sicherheitspolitischen Überlegungen und dem Wunsch nach einer reibungslos funktionierenden Verwaltung geprägt.<sup>209</sup> Da es keine einheitliche Vorstellungen über den Umgang mit der Antifa-Bewegung gab, war deren Duldung und Unterstützung entscheidend von der Einstellung des Besatzungspersonals vor Ort abhängig.<sup>210</sup>

Hochburgen der Antifa-Bewegung in Baden waren der Rastatter Kreis<sup>211</sup> und das Bodenseegebiet (Radolfzell, Singen, Überlingen...), aber auch in den anderen Gebieten

---

<sup>204</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 40 und Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 636 f..

<sup>205</sup> Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 121.

<sup>206</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 40.

<sup>207</sup> Ebd., S. 23-36, S. 36-42 und S. 76-82.

<sup>208</sup> Ebd., S. 81.

<sup>209</sup> Ebd., S. 41.

<sup>210</sup> Ebd., S. 40.

<sup>211</sup> Der Rastatter Kreis, zu dem die Stadt Gaggenau (Sitz des Automobilwerks Daimler-Benz) gehört, hatte die höchste industrielle Dichte im französisch besetzten Teil Badens.

Badens gab es zahlreiche antifaschistische Ausschüsse. Auffällig ist, daß die Antifa-Bewegung in Württemberg-Hohenzollern viel weniger ausgeprägt war als in Südbaden. Der einzige antifaschistische Ausschuß von relativer Bedeutung war der von ehemaligen SPD- und KPD - Mitgliedern gegründete „Antifaschistische Block“<sup>212</sup> in Tübingen.<sup>213</sup>

Daß gerade in Baden die Antifas große Bedeutung erlangten, hatte mehrere Ursachen:

Die besatzungspolitischen Vorstellungen der Besatzungsadministration waren in Baden unmittelbar spürbar, da diese ja ihren Sitz in Baden-Baden hatte. Außerdem gab es im Unterschied zu Württemberg-Hohenzollern nicht so viele Remigranten, die sich an einer übergeordneten Planung ausrichteten.<sup>214</sup> In Württemberg-Hohenzollern gingen die Reorganisationsbemühungen deutschen politischen Lebens hauptsächlich von den Kommunalverwaltungen, den Landräten und der provisorischen Landesregierung aus. Die Sozialdemokraten nahmen dabei eine führende Stellung ein, obwohl sie in der Zeit der Weimarer Republik in Süd-Württemberg kaum hatten Fuß fassen können.<sup>215</sup>

### 2.2.2 Gründungen von Gewerkschaften

Gleich nach dem Krieg gab es in vielen Orten die ersten Zusammenkünfte von ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären, die sich zum Ziel setzten, ihre alten Organisationen wieder aufzubauen. Der Versuch des Neuaufbaus der Gewerkschaften verlief zumeist unabhängig von den antifaschistischen Ausschüssen, obwohl viele Gewerkschafter in diesen tätig waren.<sup>216</sup> Die höheren Gewerkschaftsfunktionäre versuchten, die Gewerkschaften von oben nach unten wieder aufzubauen.<sup>217</sup>

---

<sup>212</sup> Der „Antifaschistische Block“ wurde im April 1945 gegründet. Anfang Mai trat Carlo Schmid der Antifa bei, um die kommunistische Dominanz des Ausschusses zu überwinden. Ihm gelang es bürgerliche Demokraten zur Mitarbeit zu gewinnen. Ende Mai wurde der Block in „Demokratische Vereinigung“ umgenannt. Vgl. dazu Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 59 f.

<sup>213</sup> Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 59.

<sup>214</sup> Ebd., S. 57-63.

<sup>215</sup> Ebd., S. 57.

<sup>216</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 30.

<sup>217</sup> Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration ..., a.a.O., S. 37.



Auch die Aktivitäten der ehemaligen Funktionäre waren von der Erfahrung der Niederlage der Arbeiterbewegung gegenüber dem deutschen Faschismus geprägt. Aus dieser Erfahrung heraus bestand ein breiter Konsens darüber, die Zersplitterung der Gewerkschaften zu überwinden. Daher war die Mehrheit sich einig darüber, daß die Richtungsgewerkschaften der Weimarer Republik überwunden und statt dessen eine parteipolitische und konfessionell neutrale Einheitsgewerkschaft gegründet werden sollte.<sup>218</sup>

Über die Organisationsform der Einheitsgewerkschaft bestand aber keine Einigkeit. So war es umstritten, ob das Industriegewerkschaftsprinzip (ein Betrieb, eine Gewerkschaft) konsequent durchgesetzt werden sollte, oder ob die Arbeiter, Angestellten und Beamten eine eigene Gewerkschaft gründen sollten.

Im nächsten Abschnitt des Kapitels wird auf die Gründung der Gewerkschaftsbünde in den drei Ländern des deutschen Südwestens eingegangen. Am Beispiel des WüGB und des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden wird die Organisationsdiskussion innerhalb der Gewerkschaften näher beleuchtet.

### **2.2.2.1 Die Gründung des Württembergischen Gewerkschaftsbundes (WüGB)**

Die Hochburg der Arbeiterbewegung in Württemberg war die Stadt Stuttgart.<sup>219</sup> Dort hatten schon die württembergischen Gewerkschaften in der Zeit der Weimarer Republik ihr Zentrum gehabt, und auch der Deutsche Metallarbeiterverband hatte dort seinen Sitz. Selbst nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten am 2.

---

<sup>218</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 100; Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 57 und Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 85 f..

<sup>219</sup> Der südwestdeutschen Arbeiterbewegung kam in der Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik aber kein überproportionales Gewicht zu. Vgl.: Müller, Werner: Gewerkschaften und Tarifbewegung, in: Schneider, Herbert (Hrsg.): Verbände in Baden-Württemberg, Stuttgart 1987, S. 183 f..

Mai 1933 hatten einige der in Stuttgart gebliebenen ehemaligen Funktionäre des ADGB untereinander Kontakt gehalten.<sup>220</sup>

So kam es schon am 27.4.1945 zu einem Treffen mit ehemaligen ADGB-Bezirksleitern und christlichen Gewerkschaftern, bei dem über die zukünftige Gewerkschaftsarbeit gesprochen wurde.<sup>221</sup> Bei diesem Treffen waren u.a. folgende Personen<sup>222</sup> anwesend: Gottlieb Sigmund<sup>223</sup>, Heinrich Hansmann, Markus Schleicher<sup>224</sup>, Eugen Fischer, Paul Keller, Erich Steinmayer, Karl Pöhlmann, Josef Eckle, Christian Härle. Als Ergebnis der Beratungen überreichten sie unter dem Namen „Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes,“ den neuen Oberbürgermeister von Stuttgart Arnulf Klett einen Brief, dem er dem französischen Stadtkommandanten überbringen sollte.

In diesem Brief heißt es: „Die unterzeichneten Vertreter der 1933 durch Gewalt aufgelösten Freien Gewerkschaften bieten der Militärregierung und der Stadtverwaltung ihre Mitarbeit bei der Wiederinstandsetzung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens

---

<sup>220</sup> So hatte z.B. Wilhelm Leuschner einige Kontaktpersonen in Stuttgart, unter anderen die Sozialdemokraten David Steter und Christian Härle. Josef Ersinger und der ehemalige Staatspräsident von Württemberg (1928-1933) Eugen Bolz hatten Kontakte zu dem sogenannten „Kaiser Kreis“.

Wilhelm Leuschner: 1888 geboren; von Beruf Holzbildhauer; 1919-1926 Vorsitzender des ADGB-Ortsausschusses Darmstadt und Landessekretär der Freien Gewerkschaften Hessen; hessischer Innenminister von 1928-1933; nachdem die sozialdemokratische Regierung in Hessen gestürzt wurde, war er 2. Vorsitzender des ADGB. In Freiburg wurde L. von den Nationalsozialisten verhaftet. Unter anderem wurde er ins KZ Papenburg und ins KZ Lichtenburg gebracht. Im Juni 1934 war L. wieder in Freiheit. 1936 übernimmt er ein Fabrikunternehmen von Bierzapfhähnen, in dem hauptsächlich ehemalige Gewerkschafter und Sozialdemokraten tätig waren. Leuschner hatte Kontakt zu Moltke und später zum Kreis um Goerdeler. L. stand auch mit dem christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser und seinem „Kreis“ in Kontakt. Am 29.9.1944 wurde Leuschner in Berlin-Plötzensee gehängt. Vgl. Buschak, Willy: „Arbeit im kleinsten Zirkel“ a.a.O., S. 239-260.

<sup>221</sup> Schleicher, Markus: Kurzbericht über die Gründung des Württembergischen Gewerkschaftsbundes vom 31. Mai 1945, DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien und Der provisorische Vorstand des Württ. Gewerkschaftsbundes: Informationsbericht über den Neuaufbau der Gewerkschaften in Württemberg vom 12.2.1946, DGB-Archiv im AdsD, Bestand/62: BaWü 31/70; vgl. auch : Seifert, Christfried: a.a.O., S. 21 ff..

<sup>222</sup> Namen aller teilnehmenden Personen sind in: Schleicher: Kurzbericht über die Gründung ..., a.a.O., S. 1.

<sup>223</sup> Sigmund war vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten Vorsitzender des württembergischen Textilarbeiterverbandes des ADGB.

<sup>224</sup> Markus Schleicher (1884-11.3.1951): gelernter Schreiner; ab 1901 Mitglied im Holzarbeiterverband und ab 1904 in der SPD; von 1920-1933 ist Sch. Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes und Mitglied des Bundesausschusses des ADGB. Vom Mai bis Juli 1933 ist er in Haft. Danach zieht er von Berlin in den Schwarzwald. 1937 geht Sch. nach Stuttgart. Ab 1945 ist er Vorsitzender des WüGB, später Vorsitzender des GWB. 1946 wird er Mitglied der vorläufigen Volksvertretung in Württemberg-Baden und Vorsitzender des Zonenausschusses und des Zonensekretariats der Gewerkschaften der US-Zone. Ab 1949 ist Sch. 1. Vorsitzender der IG Holz und 1950 wird er zum 1. Vorsitzenden des Landesbezirks Würt-

an. Sie ersuchen zu diesem Zwecke mit der Stuttgarter Arbeiterschaft in geeigneter Weise in Verbindung treten zu dürfen.“<sup>225</sup>

Der Kontakt mit der französischen Militärregierung fand aber erst statt,<sup>226</sup> nachdem die Gewerkschafter sich am 1. Mai 1945 formell unter dem Namen „Stuttgarter Gewerkschaften“ organisiert hatten. Schleicher, Eckle und Härle wurden in den Vorstand gewählt. Schon ein Tag später wurden Vertreter der Stuttgarter Gewerkschaften - unter anderem Markus Schleicher, Paul Keller - vom Kommandanten der Militärregierung empfangen. Schleicher verlangte bei diesem Treffen:

- „1) gleichberechtigte Mitwirkung der Gewerkschaften beim Wiederaufbau der Wirtschaft.
- 2) sofortige Beseitigung der nationalsozialistischen Betriebsvertretungen und Ersatz durch alte Gewerkschafter.
- 3.) Wahrung der Arbeitnehmer-Interessen in der Sozialversicherung.“<sup>227</sup>

Der französische Kommandant erlaubte den Gewerkschaftern, aufgrund der Dringlichkeit der genannten Aufgaben, Betriebsräte einzusetzen, einen Plan für Sofortmaßnahmen zum Wiederaufbau von Betrieben und der Nahrungsversorgung vorzulegen.<sup>228</sup> Außerdem gestattete er ihnen, beim Wiederaufbau des Arbeitsamtes Stuttgart, der Ortskrankenkassen und bei der Sozialversicherung zu helfen.<sup>229</sup> Die offizielle Anerkennung der „Stuttgarter Gewerkschaften“ konnte aber nicht erreicht werden. Der Kommandant betonte, daß die Mitarbeit der Gewerkschaften im zulässigen Rahmen der Militärgesetze bleiben müsse.<sup>230</sup> Dies bedeute auch, daß Publikationen und Versammlungen verboten seien.

---

temberg-Baden des DGB gewählt. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 50, S. 407 und DGBSt Ordner: Markus Schleicher (Persönliches 1945).

<sup>225</sup> Brief vom 26.4.1945 an Arnulf Klett vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, im DGBSt Ordner: Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes.

<sup>226</sup> Schleicher: Kurzbericht über die Gründung ..., a.a.O., S. 1.

<sup>227</sup> Ebd.

<sup>228</sup> Der provisorische Vorstand des Württ. Gewerkschaftsbundes: Informationsbericht... a.a.O., S. 1.

<sup>229</sup> Schleicher: Kurzbericht über die Gründung..., a.a.O., S. 1.

<sup>230</sup> Ebd.

Am 8. Mai 1945 traf sich Markus Schleicher mit Major Dureau. Von diesem Treffen berichtete Schleicher später:

„Ich bin am 8. Mai 1945 zu einer Besprechung mit der Militärregierung für Württemberg nach der Neuen Weinsteige 56 gerufen worden. Dort traf ich den Beauftragten der Militärregierung, Herrn Major Dureau, an. Dieser erklärte mir, er sei mit der Schaffung eines württembergischen Landesamt für Arbeit beauftragt. Er wünsche, daß ihm zur Beratung und Unterstützung geeignete Gewerkschaftsvertreter vorgeschlagen werden.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Sachwalter der Deutschen Arbeiterfront bei Annäherung der alliierten Truppen aus Stuttgart geflohen sind und die arbeitende Bevölkerung somit keinerlei Gemeinschaftsvertretung besitzt, habe ich vorgeschlagen, einen neuen „Württembergischen Gewerkschaftsbund“ zu gründen, in dem alle früheren Gewerkschaftsrichtungen zu einer einheitlichen Organisation zusammengefaßt werden sollten. Herr Major Dureau war mit diesen Vorschlag einverstanden. Er hat mir den Auftrag gegeben, den Württembergischen Gewerkschaftsbund vorläufig ins Leben zu rufen.“<sup>231</sup>

Am 11.5.1945 wurde dann ein Organisationsausschuß unter dem Namen „Württembergischer Gewerkschaftsbund“ gebildet.<sup>232</sup> Mit der Gründung des WüGB wollte man auch die Erlaubnis zur Mitgliederwerbung, Öffentlichkeitsarbeit und die offizielle Anerkennung durch die Militärregierung. Mit diesen Wünschen wandte man sich nicht nur an die Franzosen, sondern auch an die Amerikaner, die seit Mai an den Verhandlungen des WüGB mit den Franzosen teilnahmen. Die Amerikaner waren zu keiner definitiven Zusage bereit. Sie forderten die Vertreter des WüGB auf, u.a. ein notariell beglaubigtes Protokoll über die rechtmäßige Wahl des Präsidiums und der Gründung des WüGB vorzulegen.<sup>233</sup>

---

<sup>231</sup> Notarielles Gründungsprotokoll des WüGB, im DGBSt Ordner: Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes, S. 4-5.

<sup>232</sup> „Eine Anzahl von Männern, die im Jahre 1933 von der Nationalsozialistischen Regierung gewaltsam aus ihren Ämtern entfernt und seit 12 Jahren verfolgt wurden, haben sich unter dem Namen „Württembergischer Gewerkschaftsbund“ zu einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation zusammengeschlossen. Es handelt sich durchweg um Männer, die das Württembergische Wirtschaftsleben auf Grund ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit genau kennen und die das Vertrauen der Württembergischen Arbeiterschaft besitzen [...]“ Brief von Markus Schleicher an Major Dureau vom 11. Mai 1945, im DGBSt Ordner: Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes.

<sup>233</sup> Schleicher: Kurzbericht über die Gründung... a.a.O., S. 4 f.; vgl. auch Seifert, Christfried: a.a.O., S. 54 ff.

So erklärten dann unter Anwesenheit eines Notars 12 Bezirksleiter des ADGB, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes des ADGB, der Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten im Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) und vier Bezirksleiter der christlichen Gewerkschaften am 31. Mai 1945 ihr Einverständnis zur „Zusammenfassung in einem einheitlichen Württembergischen Gewerkschaftsbund.“<sup>234</sup> „Herr Markus Schleicher erklärt weiter, daß auch die Anhänger der früheren Hirsch-Dunkerschen-Gewerkschaften in den neu gegründeten Gewerkschaftsbund gleichberechtigte Aufnahme finden können.“<sup>235</sup>

Am 8. Juni erklärten dann auch Johannes Streubel und Kurt Haselsteiner, „daß sie namens der Hirsch-Dunkerschen-Gewerkschaften dem Württembergischen Gewerkschaftsbund beitreten.“<sup>236</sup> Damit waren aller früheren Gewerkschaftsrichtungen im WüGB vereinigt.

Auf der Gründungsversammlung am 31.5.1945 wurden einstimmig durch Handaufheben Markus Schleicher (ehemaliger Funktionär des Deutschen Holzarbeiterverbandes im ADGB) zum Präsident, Gottlob Sigmund (Deutscher Textilverband im ADGB) und Max Ehrhardt<sup>237</sup> (Zentralverband der Angestellten) als Stellvertreter gewählt. Für die einzelnen Berufsgruppen und Industrien wurden fünfzehn Betriebsleiter eingesetzt.<sup>238</sup>

Der Gründungsvorgang ging damit von ehemaligen Gewerkschaftsfunktionären aus. Es fanden keine Wahlen in den Betrieben statt. Die Gründungsmitglieder beriefen sich auf die Wahlen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. So heißt es im notariellen Gründungsprotokoll: „Zur Beurkundung des Gründungsvorganges wurden die vorstehend genannten Herren hierher gebeten, die von den Arbeitern in freier Wahl in ihre

---

<sup>234</sup> Notarielles Gründungsprotokoll ..., a.a.O., S. 5.

<sup>235</sup> Ebd.

<sup>236</sup> Nachschrift vom 27.7.1945, die an den Auszug aus dem notarielle Gründungsprotokoll des WüGB geheftet wurde, ist im DGBSt Ordner: Französische Zone, S. 5. Die Notarielle Urkunde über den Beitritt der ehemaligen Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften befindet sich im DGBSt Ordner: Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes.

<sup>237</sup> Max Ehrhardt: geb. 1894 in Sprottau (Schlesien); von 1919-1933 war er Sekretär des Zentralverbandes der Angestellten in Leipzig und Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, Bezirk Württemberg-Baden. Am 2. Mai 1933 wird er verhaftet. Nach seiner Entlassung lebte er in Stuttgart. 1946 wird er Mitglied des Zonenausschusses der Gewerkschaften der US-Zone. Außerdem wird er Vorsitzender des Angestelltenverbandes Württemberg-Baden und Mitglied des Bundesvorstandes des WüGB. 1947 wird er der Leiter des Zonensekretariats der Angestelltenverbände der US-Zone. 1948 gründete er den DAG für die Westzone mit; er wird Landesverbandsleiter der DAG Württemberg-Baden und Mitglied des Hauptvorstandes der DAG. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anmerkung 74, S. 409.

<sup>238</sup> Namen der Bezirksleiter siehe Notarielles Gründungsprotokoll ..., a.a.O., S. 1-4.

Stellung berufen worden sind. Zwar wurden diese Herren von der Nazi-Regierung Jahre hindurch an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert. Trotz Verfolgung und Gefängnis hat keiner von ihnen der Nazi-Regierung gegenüber auf die Vertrauensstellung verzichtet, die er in freier Wahl von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft erhalten hatte. Aus diesem Grunde sind die Erschienenen auch heute noch die berufenen Gewerkschaftsvertreter.<sup>239</sup>

Nach der Gründung hoffte man, daß die französische Militärregierung den WüGB bald offiziell anerkennen würde, und daß man danach in ganz Württemberg mit Gewerkschaftern Kontakt aufnehmen dürfe, um den Aufbau der Gewerkschaften in Württemberg zentral koordinieren zu können. Die Franzosen traten aber, wie ja schon im Kapitel 2.1.2.3 aufgezeigt wurde, für einen dezentralen Aufbau der Gewerkschaften ein. Deshalb wurde der zentrale Aufbau der Gewerkschaft in ganz Württemberg untersagt. Die französische Militärregierung verbot auch die Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit. Auch das von der DAF beschlagnahmte Vermögen und die Büroräume, wurden den Gewerkschaftern trotz mehrmaliger Bitten nicht zurückgegeben. So existierte der „Württembergische Gewerkschaftsbund“ (WüGB) während der französischen Besetzung Stuttgarts vom 21. April - 8. Juli 1945 lediglich als gewerkschaftlicher Funktionskörper ohne Mitgliederbasis.<sup>240</sup> Er wurde von der französischen Besatzungsmacht als ein von ihren Entscheidungen abhängiger beratender Ausschuß angesehen.

Als am 8. Juli 1945 die Amerikaner Stuttgart von den Franzosen übernahmen, war das Schicksal des WüGB ungewiß, da die Amerikaner an ihrem Grundsatz, nur örtliche Gewerkschaften zuzulassen, festhielten.

Durch die Initiative des Arbeitsoffiziers für Nordwürttemberg Alfred Bingham, der ja ein Vertreter des „free trade unionism“ war (vgl. Kapitel 2.1.3.2), wurden schon sehr früh Direktiven erlassen, in denen das Recht der Arbeitnehmer auf Bildung freier Gewerkschaften betont wurde.

Die Militärregierung stellte Juli 1945 fest, daß die sozialdemokratischen und katholischen Kräfte bei der Gewerkschaftsbildung vorherrschen und die Funktionäre koopera-

---

<sup>239</sup> Ebd., S. 5.

<sup>240</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 25.

tiv wären. Als Ausnahme nennen sie die kommunistisch geprägte Entwicklung in Heilbronn.<sup>241</sup> Um einer Radikalisierung vorzubeugen, sollte den sozialdemokratischen Funktionären gestattet werden, die Gewerkschaftsbewegung in Württemberg weiter auszubauen.<sup>242</sup> Deshalb förderte Bingham die Aufbauarbeit Schleichers im WüGB.

Am 13. Juli 1945 überreichte Bingham Markus Schleicher eine Bekanntmachung über die „Arbeiter Rechte in der amerikanisch besetzten Zone Württembergs,“<sup>243</sup> in der es unter anderem hieß:

„Um die Gründung und Betätigung von Gewerkschaften und anderer Vereinigungen möglich zu machen, sind jetzt öffentliche Versammlungen erlaubt. Die Veranstalter einer solchen Versammlung müssen eine schriftliche Erlaubnis von der örtlichen Militär Regierung haben. Drucksachen und Rundschreiben, die Informationen über Gewerkschaften und anderer Arbeitervereinigungen enthalten, desgleichen über ihre Funktionäre und Organisation, dürfen, wenn sie durch die örtliche Militär Regierung genehmigt sind, ausgegeben werden. Jegliche politische Tätigkeit ist zur Zeit verboten.

Insbesondere sind, wie von General Eisenhower festgelegt, Streiks, die mittelbar oder unmittelbar die militärische Lage gefährden, verboten.“<sup>244</sup>

Diese Bestimmungen galten aber nur für Fach- und Ortsgewerkschaften, Betriebsräte und Verbrauchergenossenschaften (Konsumvereine).<sup>245</sup> Unter dem Einfluß Bingham wurde dem WüGB aber erlaubt, provisorisch fortzubestehen und mit den örtlichen Gewerkschaften in Verbindung zu treten, um diesen beim Aufbau behilflich sein zu können.

---

<sup>241</sup> Fichter, Michael: a.a.O., S. 111.

<sup>242</sup> Ebd. und vgl. dazu auch: Seifert, Christfried: a.a.O., S. 48-52.

<sup>243</sup> DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/ Genehmigungen/ Richtlinien.

<sup>244</sup> Ebd., S. 1.

<sup>245</sup> Diese grundsätzlich positive Haltung gegenüber den Gewerkschaften verhinderte aber nicht, daß die gewerkschaftlichen Initiativen in Nordwürttemberg wie auch in den anderen Gebieten Deutschlands von Ort zu Ort je nach Einstellung der Militärkommandantur unterschiedlich behandelt wurden, vgl. Fichter, Michael: a.a.O., S. 111 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 48 ff..

Auf einer Konferenz der Betriebsleiter in Stuttgart am 24. Juli 1945 wurden „Richtlinien für den Aufbau des Württembergischen Gewerkschaftsbundes“ beschlossen, die im August durch einige Ausführungsbestimmungen ergänzt wurden.<sup>246</sup>

In diesen Richtlinien wird der undemokratische Gründungsprozeß gerechtfertigt:

„Die militärische und wirtschaftliche Lage Württembergs bedingt eine straffe Zusammenfassung der Gewerkschaftsbewegung zu einer geschlossenen Organisation. Eine freie Entfaltung der Gewerkschaften auf demokratischer Grundlage wird erst nach ihrer vollendeten Neubildung im ganzen Land und nach Einberufung einer Bundesversammlung möglich sein. Bis dahin muß aus Gründen der Disziplin und der Zweckmäßigkeit die Beschlußfassung über alle wichtigen Gewerkschaftsfragen beim Bundesvorstand liegen.“<sup>247</sup> Die Beitragseinnahmen sollten nach Abzug der Verwaltungskosten an den Bundesvorstand abgeführt werden. Trotz dieses zentralen Aufbaus wurde den einzelnen Gewerkschaftsgruppen ein „Eigenleben hinsichtlich der Agitation und Organisation, wie auch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen noch festzulegender Satzung [...]“<sup>248</sup> zugestanden.

In der Ausführungsbestimmung Nr. 1 vom 14. August 1945 wird der Zweck des Württembergischen Gewerkschaftsbundes definiert:

„Zweck des Württembergischen Gewerkschaftsbundes ist die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Religiöse und parteipolitische Fragen sind hiervon ausgenommen. Dagegen gehört es auch zu den Aufgaben des Bundes, nationalsozialistische Einflüsse und Auswirkungen tatkräftig zu bekämpfen und für freiheitliche und demokratische Lebensformen einzutreten.

Der Zweck des Bundes soll erreicht werden durch:

1. Einheitlichen Zusammenschluß aller Werktätigen zu gemeinschaftlichem Handeln.
2. Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.
3. Gleichberechtigte Mitwirkung in der privaten und der öffentlichen Wirtschaft.
4. Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes.

---

<sup>246</sup> „Richtlinien für den Aufbau des Württembergischen Gewerkschaftsbundes“ sowie die Ausführungsbestimmungen des Bundesvorstandes sind im DGB-Archiv im AdsD Bestand/62: BaWü 31/70 und im DGBSt Ordner: Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes.

<sup>247</sup> Punkt 1, „Richtlinien für den Aufbau ....“, a.a.O..

<sup>248</sup> Punkt 2, ebd..



5. Pflege und Verteidigung der sozialen Einrichtungen und Versicherungen zum Schutze der Kranken und Invaliden.
6. Gewerkschaftliche, wirtschaftliche und technische Belehrung der Mitglieder in Wort und Schrift.
7. Jugendbildung. Einwirkungen auf das Lehrlingswesen; Unterhaltung von Lehrlings- und Jugendabteilungen.
8. Pflege der Geselligkeit und der Solidarität. Förderung eines freien, geistigen und kulturellen Lebens unter Ausschaltung aller faschistischen Gedankengänge.
9. Pflege des Geistes friedlicher Völkerverständigung durch Zusammenarbeit mit der Internationalen Gewerkschaftsbewegung.<sup>249</sup>

Obwohl die Richtlinien einen undemokratischen und zentralistischen gewerkschaftlichen Neubeginn vorsahen, wurden sie am 30. August von der amerikanischen Militärregierung genehmigt.

Am 9.11.1945 wurde dann der WüGB im amerikanisch besetzten Teil Württembergs von der Militärregierung Württemberg-Baden offiziell zugelassen.<sup>250</sup> Damit war der WüGB zu diesem Zeitpunkt die größte Gewerkschaftsorganisation in der US-Zone und die einzige, die oberhalb der Kreisebene aktiv sein durfte.<sup>251</sup>

Am 18. Dezember lehnte die Militärregierung den vom WüGB vorgelegten Satzungsentwurf ab und hob damit die offizielle Zulassung des WüGB wieder auf. Der WüGB und die bis dahin gebildeten Kreiskartelle durften lediglich als Provisorium weiter existieren. Begründet wurde dieser Schritt von der amerikanischen Militärregierung mit dem Hinweis, daß sie einen Gewerkschaftsaufbau von oben ablehnten und die meisten Ortskartelle der Region noch keine Funktionäre gewählt hätten. Diese Begründung erstaunt deshalb, weil die Militärregierung bis jetzt eng mit dem Bundesvorstand des WüGB zusammengearbeitet hatte.<sup>252</sup>

---

<sup>249</sup> Ausführungsbestimmung Nr. 1 vom 14. August 1945, im DGB-Archiv im AdsD Bestand/62: BaWü 31/70.

<sup>250</sup> Genehmigung zur Bildung einer Gewerkschaft, in: DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien.

<sup>251</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 63.

<sup>252</sup> Ebd., S. 151.

Seifert weist darauf hin, daß das Eingreifen der Militärregierung eine Einmischung in die Diskussion um die Organisation des gewerkschaftlichen Aufbaus war, zugunsten der Vorstellungen des Bundesvorstandes, der für einen föderalistischen Aufbau eintrat.<sup>253</sup>

Um diese These beurteilen zu können, muß erst auf diese organisatorischen Streitigkeiten, die in allen Gewerkschaftsbünden des deutschen Südwesten auftraten, eingegangen werden.

---

<sup>253</sup> Ebd.

### 2.2.2.1.1 Der Streit um den organisatorischen Aufbau des WüGB

Bei der Diskussion um den organisatorischen Aufbau war die Einrichtung einer Einheitsgewerkschaft unumstritten.<sup>254</sup> Hauptsächlich zwei Fragen enthielten aber großes Konfliktpotential:

1. Wie selbständig sollten die Einzelgewerkschaften von der Zentralgewerkschaft sein?  
Wer hat die Finanz- und Tarifhoheit?
2. Welches Organisationsprinzip soll man dem Aufbau der Gewerkschaften zugrunde legen?

**Zu 1.:** Die ehemals kleineren Verbände befürworteten oft eine zentralisierte Gewerkschaftsbewegung mit dem Hinweis, daß eine zentrale Gewerkschaft eine starke Kampfkraft hätte. In Nordwürttemberg setzte sich besonders die Metallgewerkschafter für die Wiederherstellung ihres selbständigen Industrieverbandes im Rahmen eines Bundes ein. Beispielsweise kämpfte der Metall-Bezirksleiter Hans Joachim Brümmer<sup>255</sup> vehement für die Bildung selbständiger Ortsverwaltungen.<sup>256</sup> Da die Metallorganisationen mit 35 000 Mitgliedern die mit Abstand größte Gruppierung in der Gewerkschaftsbewegung darstellte, hatten die Gegner von selbständigen Industriegewerkschaften einen schweren Stand.

Ab Oktober 1945 begannen sich an den einzelnen Orten die Ortsverwaltungen der Industriegruppen als selbständige Organe zu bilden. Die gewerkschaftliche Verbindung erfolgte über die Ortskartelle.<sup>257</sup>

---

<sup>254</sup> Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., S. 142-156.

<sup>255</sup> Hans Joachim Brümmer: geb. am 13.12.1886 in Tauberbischofsheim; 1904 tritt er in den Schmiedeverband ein und 1906 wird er Mitglied der SPD. Er ist Mitbegründer der USPD in Mannheim. Von November 1918 bis Januar 1919 ist er Minister für militärische Angelegenheiten in der badischen Volksregierung. 1919 wird er Bevollmächtigter des deutschen Metallarbeiterverbandes in Mannheim. 1923 kehrt er zur SPD zurück. Von 1924-1928 ist er Mitglied des badischen Landtages. 1927 ist er Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter Verbandes für Württemberg und Baden-Pfalz. 1934 wird er verhaftet und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er ist Gründungsmitglied des WüGB und 1946 wird er Vorsitzender des Industrieverbandes Metall Württemberg-Baden und Mitglied des Zonenausschusses der Gewerkschaften der US-Zone. 1948 und 1952-56 ist er Vorsitzender der IG Metall. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anmerkung 84, S. 409 f..

<sup>256</sup> Vgl. dazu auch: DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 148.

<sup>257</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 145.

**Zu 2.:** Bei der Diskussion um das Organisationsprinzip herrscht grundsätzlich Einigkeit in der Befürwortung des Industriegewerkschaftsprinzips (ein Betrieb - eine Gewerkschaft), aber die Frage, wie konsequent es umgesetzt werden sollte, war aufs Heftigste umstritten. Dabei spielte besonders die Frage nach der Organisation der Angestellten eine große Rolle.

Viele Bezirksleiter und Gewerkschafter aus den Stuttgarter Betrieben traten für eine zentral organisierte Einheitsgewerkschaft, in der alle Beamten, Angestellten und Arbeiter organisiert sein sollten, ein. Dies widersprach aber den Vorstellungen der ehemaligen Funktionäre der Angestelltengewerkschaften.

Max Ehrhardt, der ehemalige Bezirksleiter des Zentralverbandes der Angestellten, hatte schon am 15. Mai 1945 mit Gewerkschaftern der 1933 aufgelösten Angestelltengewerkschaften einen Arbeitsausschuß gebildet, der sich mit Organisationsfragen beschäftigte.<sup>258</sup> Der Ausschuß billigte eine Stellungnahme zur Organisation der Angestellten<sup>259</sup> von Max Ehrhardt. Diese Stellungnahme gab er am 17. Mai im Württembergischen Gewerkschaftsbund ab.

In dieser machte er deutlich, daß er eigentlich für eine selbständige Angestelltengewerkschaft eintrete, in der die ehemaligen freien, christlichen und hirsch-dunckerschen Angestelltenorganisationen vereinigt seien. Der einheitlichen Zusammenfassung der Arbeiter und Angestellten stimme er nur zu, weil die französische Militärregierung klar gemacht habe, daß „für den Wiederaufbau und die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmerschaft und für die Neuorganisation eines Landesarbeitsamtes und eines Landesversicherungsamtes nur ein Gewerkschaftsbund ins Leben gerufen werden dürfe.“<sup>260</sup>

Ehrhardt forderte aber eine föderalistische Organisationsstruktur, d.h. er wollte die Angestellten innerhalb des Gewerkschaftsbundes getrennt von den Arbeitern organisiert sehen. Er wies darauf hin, daß die Trennung von Arbeiter- und Angestelltengewerk-

---

<sup>258</sup> Ehrhardt, Max: „Unser Weg von 1945 bis 1949“, in: DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn und Entwicklung ... a.a.O., S. 8.

<sup>259</sup> Abgedruckt in: DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn und Entwicklung ... a.a.O., Anlage 5, S. 16-22.

<sup>260</sup> Ebd. S. 18.

schaften eine Tradition aus der Weimarer Zeit sei,<sup>261</sup> die er nicht gerne aufgeben wolle, weil die Angestellten, wie auch die Beamten, eine andere Stellung als die Arbeiter einnehmen würden.<sup>262</sup>

Nach der Gründungsversammlung des WüGB standen die Gewerkschafter vor der Aufgabe, einen Plan für den organisatorischen Aufbau des WüGB und eine Satzung zu entwerfen. Zu diesem Zwecke wurde ein Organisationsausschuß unter der Leitung Gottlieb Sigmunds gebildet.

Der Arbeitsausschuß der Angestelltenvertreter legte am 24.6.1945 dem Organisationsausschuß einen „Entwurf zum Organisationsaufbau der Angestelltenverbände“<sup>263</sup> vor. In diesem Entwurf wurde der Vorschlag unterbreitet, einen „Allgemeinen Angestelltenverband“ zu gründen, „der die männlichen und weiblichen Mitglieder in folgenden Abteilungen erfaßt:

Abteilung K (Kaufmännische Angestelltengruppen)

Abteilung B (Büro- und Behördenangestelltengruppen)

Abteilung W (Werkmeister und verwandte Berufsgruppen)

Abteilung T (Techn. Angestellte und Beamte und verwandte Berufsgruppen)<sup>264</sup>

Diese Abteilungen sollten sich wiederum in Fachgruppen unterteilen.

Nach den Plänen der Angestelltenfunktionäre sollte in der Satzung des WüGB festgelegt werden, daß die Organisation der Angestellten grundsätzlich durch die im WüGB vertretenen besonderen Angestelltenverbände erfolgen sollte. „Die Organisierung durch andere im WüGB vertretene Verbände ist nur mit Zustimmung des Landesausschusses für Angestellte zulässig.“<sup>265</sup>

Die Überlegungen dieses Organisationsentwurfs flossen in einen Satzungsentwurf des Organisationsausschusses ein.<sup>266</sup> In diesem ging man von dreizehn autonomen Verbän-

---

<sup>261</sup> Ebd. S. 19.

<sup>262</sup> Ebd. S. 18.

<sup>263</sup> Abgedruckt in: ebd., Anlage 6, S. 22-25.

<sup>264</sup> Ebd. S. 22.

<sup>265</sup> Ebd. S. 23.

<sup>266</sup> Ehrhardt, Max: „Unser Weg von 1945 bis 1949“, a.a.O., S. 9.

den aus, die sich zu einem Bund als Dachverband zusammenschlossen. Die Bundesspitze war in ihren Handlungen von diesen Einzelverbänden abhängig. Dieses Konzept wurde von Markus Schleicher, Hans Brümmer, dem ehemaligen Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter Verbands, und anderen ehemaligen ADGB-Bezirkssekretäre mitgetragen.<sup>267</sup>

Der Plan stieß aber auf heftigen Widerstand. Der Vorsitzende des Organisationsausschusses Gottlieb Sigmund legte am 30.6. einen eigenen Entwurf<sup>268</sup> vor, in dem er für einen zentralen Gewerkschaftsaufbau eintrat. Nach diesem Entwurf sollte die Zentralgewerkschaft in acht Industrie- und fünf Berufsgruppen gegliedert sein. Diese Gruppen sollten hauptsächlich für fachliche Aufgaben zuständig sein, die entscheidenden Kompetenzen in verbands-, tarif- und wirtschaftspolitischen Fragen sollten bei der Bundesspitze liegen. Dies galt auch für die Finanzhoheit. Sigmund sah auch eine obligatorische Mitgliedschaft vor.

Um seine Position zu stärken, veröffentlichte der Vorsitzende des Organisationsausschusses ohne Zustimmung des Präsidiums des WüGB den vorläufigen Satzungsentwurf des Organisationsausschusses in einer Plenarversammlung.

Mit dieser Veröffentlichung erreichte er, daß sich Widerstand gegen die föderative Konzeption und die selbständigen Berufsverbände der Angestellten erhob.<sup>269</sup> Da die Angestelltenvertreter wegen der schwierigen Verhältnissen nach Kriegsende auf die Hilfe der Arbeiter angewiesen waren, lenkten sie ein.<sup>270</sup> In der Vorstandssitzung am 9.7. 1945, in der über die beiden Entwürfe verhandelt wurde, gab der Angestelltenausschuß eine Erklärung ab. Darin heißt es unter Punkt 2:

„Mit Rücksicht darauf, daß die gewerkschaftliche Zusammenfassung nur auf das Gebiet Württemberg beschränkt werden muß, sind die Vertreter der Angestellten nicht gegen eine einheitliche Organisation dergestalt, daß der WGB [S.K.: WüGB] eine Einheitsorganisation mit einer Gliederung nach Industrie- oder Berufsgruppen ist und die Finanzierung nach völlig einheitlichen Gesichtspunkten und zentral erfolgt. Sie gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß selbst bei Anerkennung einer zentralen Zusammenfas-

---

<sup>267</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 28.

<sup>268</sup> In: DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien.

<sup>269</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 30.

<sup>270</sup> Ebd., S. 30.

sung den einzelnen Industrie- und Berufsgruppen die im Rahmen des Ganzen vertretbare Selbständigkeit verbleibt, ohne die die Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben und lebendiges Mitarbeiten der Gewerkschaftsmitglieder nicht denkbar ist.

Die räumliche Begrenztheit des Organisationsgebiets und die zu erwartende Zahl der organisationsfähigen Arbeitnehmer sowie die Notwendigkeit eines möglichst geschlossenen und konzentrierten Einsatzes der personellen und sachlichen Kräfte der Gewerkschaftsbewegung lassen es nach Ansicht der Angestelltenvertreter für unbedingt ratsam erscheinen, unter den obwaltenden Umständen die Einheitsorganisation und die zentrale Finanzierung zu empfehlen.

Wenn sich die Angestelltenvertreter für eine solche Regelung aussprechen, dann geben sie damit unbestreitbar eine gewisse Selbständigkeit auf, die bis 1933 in der Angestelltenbewegung bestanden hat. Das gilt für beide Vorschläge, die jetzt zur Debatte und zur Entscheidung stehen. Die Angestelltenvertreter hoffen aber, daß in der engeren und praktischen Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeitergruppen stets das erforderliche Verständnis für die speziellen Interessen der Angestellten gefunden würde.

Die Angestelltenvertreter erklären aber ausdrücklich, daß ihre Stellungnahme zur Frage der Organisation nur für das Organisationsgebiet Württemberg gilt. Würde die Frage das ganze Reichsgebiet als Organisationsgebiet betreffen, dann würden die Angestelltenvertreter wiederum grundsätzlich die Bildung selbständiger Berufsverbände mit entsprechender Spitzenorganisation anstreben.<sup>271</sup> Für den Fall, daß es zu einer zentralen Einheitsorganisation kommen würde, hatten die Angestelltenvertreter einen weiteren Vorschlag<sup>272</sup> ausgearbeitet.

Die Debatten um die Organisation kamen erst mit den „Richtlinien für den Aufbau des Württembergischen Gewerkschaftsbundes“ und deren Ausführungsbestimmungen<sup>273</sup> zu einem vorläufigen Abschluß. Die in diesen Richtlinien und deren Ausführungsbestimmungen beschlossene Organisationsstruktur stellte nicht nur die Grundlage für den Ge-

---

<sup>271</sup> Zit. nach: Ehrhardt, Max: „Unser Weg von 1945 bis 1949“, in: a.a.O., S. 10.

<sup>272</sup> Abgedruckt in: DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn und Entwicklung ... a.a.O., Anlage 7, S. 25.

<sup>273</sup> „Richtlinien für den Aufbau ...“, a.a.O..

werkschaftsaufbau in der US-Zone dar, sondern sie wirkten sich auch auf Württemberg-Hohenzollern aus.<sup>274</sup>

In der vom Bundesvorstand beschlossenen Ausführungsbestimmung Nr. 2 vom 24.7.1945 wird der organisatorische Aufbau des WüGB näher beschrieben:

**„Industrielle und berufliche Gliederung des WGB [WüGB]**

Organisatorisch gliedert sich der Württembergische Gewerkschaftsbund in folgende Industrie- und Berufsgruppen:

**A. Arbeiter**

Industriegruppe Bau, Stein und Erde  
Industriegruppe Chemie  
Industriegruppe Druck und Papier  
Industriegruppe Holz  
Industriegruppe Metall  
Industriegruppe Nahrungs- und Genußmittel  
Industriegruppe Schuhe und Leder  
Industriegruppe Textil und Bekleidung  
Berufsgruppe Land- und Forstwirtschaft  
Berufsgruppe Verkehr, öffentliche Betriebe und Verwaltungen

**B. Angestellte**

Berufsgruppe Büro- und Behördenangestellte  
Berufsgruppe Bühnengenossenschaft  
Berufsgruppe Kaufmännische Angestellte  
Berufsgruppe Musikergenossenschaft  
Berufsgruppe Technische Angestellte und Beamte  
Berufsgruppe Werkmeister und verwandte Berufe

**C. Beamte**

Die berufliche Gliederung für Beamte steht noch offen.  
Weitere Ausführungsbestimmungen und Ergänzungen erläßt der Bundesvorstand.<sup>275</sup>

Mit diesem Organisationsaufbau war das einheitsgewerkschaftliche Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ aufgegeben worden. Die einzelnen Industrie- und Berufsgruppen waren nun unter einem Dach zusammengefaßt, aber damit war die Trennung der Angestellten- und Arbeitergewerkschaften nicht vollkommen überwunden. Die Auseinandersetzung um die Organisation der Angestellten zog sich bis zur bundesweiten Gründung des DGB<sup>276</sup> und der Bildung einer eigenständigen Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) im Jahre 1949 hin.<sup>277</sup>

---

<sup>274</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 63.

<sup>275</sup> Ausführungsbestimmung Nr. 2 vom 24.7.1945, im DGB-Archiv im AdsD Bestand/62: BaWü 31/70.

<sup>276</sup> Der DGB wurde 1947 in der britischen Zone gegründet.

<sup>277</sup> Markus Schleicher setzte sich für die Integration der Angestelltenverbände in den DGB ein. Zwischen ihm und Hans Böckler kam es darüber zu einer heftigen Auseinandersetzung.



Obwohl man auf die konsequente Durchsetzung des Industriegewerkschaftsprinzip verzichtet hatte, war der Aufbau des Gewerkschaftsbundes zentralistisch. Die „Beschlüßfassung über alle wichtigen Gewerkschaftsfragen“<sup>278</sup> lag beim Bundesvorstand.

Dies war eindeutig ein Kompromiß: Markus Schleicher und Hans Brümmer hatten ja einen Satzungsentwurf des Organisationsausschusses unterstützt, in dem von dreizehn autonomen Verbänden, die sich zu einem Bund als Dachverband zusammenschlossen, ausgegangen war. Da Markus Schleicher sich auch dafür eingesetzt hatte, daß die entscheidenden Kompetenzen beim Bundesvorstand lagen, war der Kompromiß wohl in seinem Sinne. Die zentralen Elemente des Gewerkschaftsbundes ermöglichten dem Bundesvorstand, einen schnellen landesweiten gewerkschaftlichen Aufbau in die Wege zu leiten.<sup>279</sup> Auf der anderen Seite konnte durch die föderalistischen Elemente der Gewerkschaftsbund für alle Organisationsformen offengehalten werden.<sup>280</sup> Damit hatte Schleicher erreicht, daß die Angestelltenorganisation im Bund blieb.

Brümmer, Schleicher und andere Mitglieder des Bundesvorstandes bejahten eine Umstrukturierung nach vollzogenem Aufbau.<sup>281</sup>

Die Ausführungen zeigen, daß die Weichen für die nicht konsequente Durchsetzung des Industriegewerkschaftsprinzips schon vor dem massiven Eingreifen der amerikanischen Militärregierung gestellt worden waren.

Dies stimmt auch mit den Ausführungen Siegfried Mielkes überein:

„Unbestritten bleibt, daß sich die amerikanische Militärregierung seit Anfang 1946 intensiv für die Durchsetzung selbständiger Industriegewerkschaften auf Landesebene einsetzte. Da innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung bereits zu diesem Zeitpunkt [S.K.: Ende 1945/Anfang 1946] eine permanent wachsende Tendenz zugunsten des Industrieverbandsprinzips feststellbar war, bedurfte es aber nicht - wie so oft behauptet - des ‘massiven Eingreifens’ der amerikanischen Militärregierung, um die Entscheidung zugunsten dieses Organisationsprinzips zu erzwingen.“<sup>282</sup>

---

<sup>278</sup> „Richtlinien für den Aufbau ...“, a.a.O..

<sup>279</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 67.

<sup>280</sup> Ebd., S. 63.

<sup>281</sup> Ebd., S. 67.

<sup>282</sup> Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften ....., a.a.O., S. 86.

Dies erklärt auch die Feststellung Seiferts,<sup>283</sup> daß der WüGB in späteren Dokumenten und Darstellungen über seine Gründungsgeschichte die Ablehnung der Satzung des WüGB im Dezember 1945 durch die Militärregierung als geringfügige Abweichung des Aufbauwegs übergeht.<sup>284</sup>

---

<sup>283</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 151 f..

<sup>284</sup> Seifert ist die Meinung Mielkes bekannt. In der Anmerkung 273 weist er darauf hin, daß Mielke den Einfluß der Besatzungsmacht auf die Gewerkschaften verkennt. Bezogen auf das amerikanisch besetzte Baden sei die Aussage „schlichtweg falsch“; ebd., S. 423. Nach meiner Meinung hat Seifert selbst herausgearbeitet, daß im Württembergischen Gewerkschaftsbund die führenden Gewerkschafter für föderalistische Elemente beim Organisationsaufbau eintraten; ebd., S. 142-194. Ob sich das Industriegewerkschaftsprinzip ohne den Einfluß der US-Militärregierung hätte konsequent durchsetzen können, will ich schwer bezweifeln. Auch Seifert führt keine Belege an, die aufzeigen, daß die Vertreter eines zentralistischen Aufbaus sich in Württemberg gegen die Befürworter föderalistischer Elemente hätten durchsetzen können. Auf das amerikanisch besetzte Baden trifft Seiferts Aussage eher zu. Hier hatte man der Zentralgewerkschaft den Vorzug gegeben. Hier bleibt aber die Fragen offen, ob die badischen Gewerkschaftsfunktionäre bei der Bildung eines gesamtdeutschen Bundes sich mit ihren Vorstellungen hätten durchsetzen können. Im Kapitel 2.2.2.2 gehe ich näher auf die badischen Verhältnisse ein.

### 2.2.2.2 Der Weg zum Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden (GWB)

Der WüGB erhob den Anspruch, die Gewerkschaften in ganz Württemberg zu organisieren.<sup>285</sup> Da dies auf den Widerstand der französischen Militärregierung stieß, entschloß man sich im Januar 1946, den gewerkschaftlichen Aufbau in den beiden Landeshälften getrennt zu vollziehen.

Ab November 1945 fanden die ersten offiziellen Gespräche zwischen den nordbadi-schen Gewerkschaftsbünden aus Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg und dem WüGB statt, in denen unter anderem über einen Zusammenschluß in einem gemeinsamen Gewerkschaftsbund diskutiert wurde.

Am 5.2.1946 kam es zu einer Konferenz der badischen und württembergischen Gewerkschaftsvertreter aus der US-Zone, bei der eine Empfehlung herausgegeben wurde, welche den Mitgliedern den Zusammenschluß in einem württembergisch-badischen Gewerkschaftsbund nahelegte. Außerdem wurde eine paritätisch besetzte Sechzehnerkommission eingerichtet, die sich mit allen Fragen in bezug auf die Bildung des gemeinsamen Gewerkschaftsbundes auseinandersetzen sollte.<sup>286</sup>

Die Bildung eines württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes war aber mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Beim Aufbau der Gewerkschaften hatte man nämlich in Baden einen anderen Weg eingeschlagen als in Württemberg:

Im amerikanisch besetzten Baden hatte sich der Aufbau von zentralistischen Einheitsgewerkschaften durchgesetzt.<sup>287</sup> Der „ADGB Karlsruhe und Umgebung“<sup>288</sup> war z.B. nach seiner Gründung im Spätsommer 1945 eine zentralistische Einheitsgewerkschaft, die in dreizehn Fachgruppen unterteilt war. Im Unterschied zu den anderen nordbadi-schen Gewerkschaftsbünden<sup>289</sup> waren den Angestellten zwei eigene Fachgruppen zuge-

---

<sup>285</sup> Vgl. dazu: BuVo-Sitzung WüGB, Protokoll vom 26.11.45, in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen und Besprechungen; Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 59-70 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 156.

<sup>286</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 171.

<sup>287</sup> Vgl. Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O.; Seidl, Michael: a.a.O. und Schottmüller, Silvia: a.a.O..

<sup>288</sup> Vgl.: Schottmüller, Silvia: a.a.O. und Protokoll über die erste konstituierende Gewerkschaftsbildung des „ADGB Karlsruhe und Umgebung“ am 18. Juli 1945, in: DGBSt Ordner: WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien.

<sup>289</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 168.

standen worden: eine Gruppe für technische und eine für kaufmännische Gewerkschaften.<sup>290</sup>

Die einzelnen Fachgruppen hatten keine relevanten gewerkschaftlichen Befugnisse. Die einzelnen Mitglieder mußten direkt dem Bund beitreten. Diesem oblag auch die Finanzhoheit.<sup>291</sup>

Am 22.11.1945 fand das erste offizielle Treffen von Vertretern der badischen Ortskartelle in Karlsruhe statt. Auf diesen Treffen kam es zu Gesprächen mit Vertretern vom WüGB und den nordbadischen Gewerkschaftsbünden, in denen neben sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen auch die Möglichkeit eines landesweiten Gewerkschaftsbundes erörtert wurde.

Zu diesem Zeitpunkt verfolgten die badischen Gewerkschaften das Ziel, einen (Nord-) Badischen-Gewerkschaftsbund zu gründen. Besonders der FDGB Heidelberg hielt dies für notwendig, um bei einem möglichen Zusammenschluß mit dem WüGB den eigenen Organisationsaufbau nicht opfern zu müssen.<sup>292</sup> Zu diesem Zusammenschluß der nordbadischen Kartelle kam es jedoch nicht. Da es diesbezüglich an Zeitdokumenten mangelt, stellt Seidl folgende Vermutung auf: „Es ist jedoch wahrscheinlich, daß dieser Zusammenschluß am Veto der Militärregierung scheiterte. Angesichts der inneramerikanischen Auseinandersetzungen [vgl. Kapitel 2.1.3.2] über die ‘richtige’ Gewerkschaftspolitik und der Kritik an der Zulassung des zentralistischen WüGB [S.K: WüGB], wagte die Militärregierung von Nordbaden es mit Sicherheit nicht, eine Organisation zu legitimieren, die aufgrund ihres zentralistischen Aufbaus noch weniger den geforderten ‘Demokratisierungskriterien’ und dem ‘Prinzip des Aufbaus von unten’ entsprach.“<sup>293</sup>

Die nordbadischen Gewerkschaften stießen mit ihren Organisationsvorstellungen immer wieder auf Widerstände der US-Militärregierung.<sup>294</sup> Die Gewerkschaften waren am An-

---

<sup>290</sup> Ebd., S. 61.

<sup>291</sup> Ebd., S. 54.

<sup>292</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 98.

<sup>293</sup> Ebd., Anm. 135, S. 442.

<sup>294</sup> Vgl. dazu: Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 38-48 und 61-99; Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 54 ff., Seidl, Michael: a.a.O., S. 77-104 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 39-48 und 157-160.

fang nur widerwillig bereit, ihre Organisationsstrukturen zu ändern.<sup>295</sup> Besonders der FDGB Heidelberg trat vehement für die zentralistische Einheitsgewerkschaft ein.<sup>296</sup> Auch der „ADGB Karlsruhe und Umgebung“ wehrte sich lange gegen die Bildung relativ autonomer Einzelverbände. Schottmüller stellt fest, daß die Gründe hierfür nicht eindeutig aus den Unterlagen zu entnehmen sind, daß aber „‘zwischen den Zeilen’ immer wieder die Befürchtung einer Verselbständigung dieser Fach- bzw. Industrieverbände und damit die Gefahr einer Zersplitterung der Gewerkschaften wie vor 1933“<sup>297</sup> durchklingt.

Die erste nordbadische Gewerkschaftsgruppe, die sich für das Industrieverbandsprinzip aussprach, waren die Metalller.<sup>298</sup> Bei einem Treffen der Metallgewerkschafter aus Mannheim, Karlsruhe und Heidelberg mit den Kollegen aus Stuttgart am 14. März 1946 in Mannheim sprach sich Paul Schreck (KPD),<sup>299</sup> der früher immer den Gedanken der Zentralgewerkschaft verfochten hatte, für das Industrieverbandsprinzip aus.

Diese Umorientierung der Mannheimer Fachgruppe Metall hängt nach Dietrich mit den innerverbandlichen Machtstrukturen innerhalb des ADGB Groß-Mannheim zusammen.<sup>300</sup> Nach den ersten gewerkschaftlichen Wahlen 1946 verloren die Kommunisten, die vorher ungefähr gleichstark wie die Sozialdemokraten im ADGB vertreten waren, wesentlich an Einfluß. Nur die Fachgruppe Metall, die mitgliederstärkste Fachgruppe im ADGB Mannheim, war noch in den Händen der Kommunisten verblieben. Daher plä-

---

<sup>295</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 158; Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 56 und Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 69.

Seidl weist darauf hin, daß weder im Bericht der 1. Generalversammlung des ADGB Groß-Mannheim vom 22.12.1945 noch in anderen Unterlagen Hinweise zu finden waren, die auf Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des ADGB gemäß den Anweisungen der US-Militärregierung hingewiesen hätten. „Der ADGB verstand sich weiterhin als anerkannte zentralistische Einheitsorganisation aller Beschäftigten, die sich lediglich aus Gründen der besseren Organisierbarkeit in Fachgruppen untergliederte, denen jedoch keinerlei Selbständigkeit zustand.“ Seidl, Michael: a.a.O., S. 95.

<sup>296</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 98.

<sup>297</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 58.

<sup>298</sup> Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 69 ff., Schottmüller, Silvia: a.a.O., Anm. 392, S. 57 und Seidl, Michael: a.a.O., S. 99 f..

<sup>299</sup> Paul Schreck (1892-1948): Mitbegründer der KPD in Mannheim (1919); Landtagsabgeordneter der KPD in Baden (1925-1928); Reichstagsabgeordneter der KPD (1928-1933); KZ Kislau (1933-1935); führende Tätigkeit im Widerstand (1935-1939); KZ Buchenwald (1939-1945); Mitbegründer der KPD und der Gewerkschaften in Mannheim (1945); Leiter der Mannheimer Ortsverwaltung des Industrieverbands Metall und 2. Vorsitzender des Industrieverbandes Metall Württemberg-Baden (ab 1946); Mitglied des Landtages Württemberg-Baden (1946-1948). Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 143, S. 414 und Faulhaber, Max: a.a.O., S. 363 f..

dierte Paul Schreck nun für das Industrieverbandsprinzip, weil er die relative Autonomie eines Industrieverbandes der Abhängigkeit einer Fachgruppe innerhalb einer von Sozialdemokraten dominierten Zentralgewerkschaft vorzog.<sup>301</sup>

An diesem Beispiel sieht man deutlich, daß nicht nur der Einfluß der Militärregierung dem Industrieverbandsprinzip zur Durchsetzung verhalf, sondern auch innergewerkschaftliche Überlegungen.

Am 14. April 1946 fiel beim ersten offiziellen Zonentreffen der Gewerkschaften der US-Zone in Frankfurt<sup>302</sup> schließlich die Entscheidung für das Industrieverbandsprinzip als tragendes Element des Organisationsaufbaus.<sup>303</sup> In einem Minimalkonsens einigte man sich darauf, daß die Bildung von Industrieverbänden für die Alltagsarbeit der Tarif- und Lohnpolitik und die Aufgaben der Wirtschaft notwendig sei, und daß die allgemeinen wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben wie auch die kulturelle Betreuung der Mitglieder eine enge organisatorische und finanzielle Bindung der Industrieverbände in einem Landesgewerkschaftsbund erfordere.<sup>304</sup>

Auf die Streitpunkte Berufsverband der Angestellten und Zentralisierung der Gewerkschaftsfinanzierung ging man dabei nicht ein.

Der Minimalkonsens war auf zwei Vorbereitungstreffen<sup>305</sup> hart errungen worden. Letztendlich konnte sich Schleicher, Brümmer<sup>306</sup> und Richter (Hessen) mit ihrem Drängen

---

<sup>300</sup> Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., S. 69 ff. und Seidl, Michael: a.a.O., S. 99 f..

<sup>301</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 100.

<sup>302</sup> Niederschrift über die Tagung der Vertreter der Militärregierung in der amerikanischen Zone mit den Vertretern der Gewerkschaften der 3 Länder und des Gebietes von Bremen am 14. April 1946 in Frankfurt (Main), in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen/Besprechungen.

<sup>303</sup> Die Entscheidung für das Industrieverbandsprinzip entsprach auch einer Empfehlung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB). Am 14.2.1946 hatte in Stuttgart ein Treffen zwischen Abgeordneten des WGB und badischer und württembergischer Gewerkschafter stattgefunden. Vgl. Seidl, Michael: a.a.O., S. 99 und Anm. 147, S. 443.

<sup>304</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 165 f. und Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 57.

<sup>305</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung der Gewerkschaftsvertreter von Württemberg, Baden, Bayern und Großhessen am 4.3. 1946 in Stuttgart, in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen/Besprechungen und Niederschrift über die Konferenz der gewerkschaftlichen Zonenvertreter am 9. April 1946 in Stuttgart, in: ebd..

<sup>306</sup> Hans Joachim Brümmer trat dabei vehement für die Bildung von Industrieverbänden ein: „Die Meinungsverschiedenheiten über den Aufbau waren auch bei uns vorhanden. Wenn über Wirtschaftsdemokratie gesprochen wird, muß man wissen, was wir uns darunter vorstellen. Die Meinungen gehen hierüber auseinander. Wir sind uns darüber klar, daß die Lösung der großen Aufgaben nur im Reichsmaßstab erfolgen kann. Wenn wir die letzten zwölf Jahre nicht gehabt hätten, so fragt es sich, ob wir dann zu einer einzigen zentralen Gewerkschaft gekommen wären. In keinem Land der Welt hat sich eine solche herausgebildet. Wir wollen keine Gewerkschaften wie sie 1933 waren. Aber wenn wir eine zentrale Gewerkschaft bilden würden, gäbe es später keine Reichsorganisation. Man sagt, die Mitglieder sollen bestim-

auf Industrieverbände durchsetzen. Daß es zu diesem Konsens kam, lag an der Einsicht, daß man der amerikanischen Militärregierung gegenüber geschlossen auftreten zu müssen.<sup>307</sup>

Nach dem Abrücken der nordbadischen Gewerkschaften vom Konzept der zentralistischen Einheitsgewerkschaft, galt es, die Organisationsstrukturen der Industrieverbände in Nord-Württemberg und Nord-Baden anzugleichen, um danach Landeszusammenschlüsse bilden zu können.<sup>308</sup> Dabei standen die Fragen nach der Finanzhoheit und einem eigenen Berufsverband der Angestellten im Mittelpunkt, wobei in erster Linie zu klären war, wer für die Einziehung und Verwaltung der Beiträge zuständig sei.

Die nordbadischen Gewerkschaften traten dafür ein, daß die Kassenführung bei den Bundesorganen verbleibt.<sup>309</sup> Für Schleicher war die Frage der Kassenführung eine wesentliche: „Mit dem Beitragseinzug ist die ganze Frage der Gewerkschaftsarbeit, der Mitgliederwerbung und der Verwaltung eng verbunden. Auch für die Lohnpolitik ist sie bedeutungsvoll.“<sup>310</sup> Für Schleicher stellte also die Mitgliederwerbung und Verwaltung, die ja auch für die Finanzierung der Gewerkschaften zuständig ist, ein untrennbares Ganzes dar, das in der Verantwortung nur eines gewerkschaftlichen Organes liegen sollte. Daher plädierte er für die Übertragung der Kassenführung auf die Industrieverbände.<sup>311</sup>

Die am 15.2.1946 eingerichtete Sechzehnerkommission beschloß am 16.5.1946, daß die Einzelverbände sich auf ihren landesweiten Verbandstagen mit der Frage der Kassenführung auseinandersetzen und beim Gründungskongreß des GWB entsprechende An-

---

men. Diese haben noch keine Schulung und Erfahrung. Viele wissen nichts von der Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialpolitik, daher können sie auch nicht über den Gewerkschaftsaufbau aus eigener Erkenntnis entscheiden. Unsere Erfahrungen müssen dabei zugrunde gelegt werden.“ Niederschrift über die Konferenz ... am 9. April 1946, a.a.O., S. 5.

<sup>307</sup> So äußerte sich z.B. Schiefer am 9. April 1946: „Wir müssen den Amerikanern eine gemeinsame Auffassung vortragen. Wir müßten sagen: Wir wollen Industrieverbände. Wir sind uns nur nicht einig in der Finanzfrage und hinsichtlich der Verteilung der Gelder.“ Niederschrift über die Konferenz ... am 9. April 1946, a.a.O., S. 3.

<sup>308</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 100.

<sup>309</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 170 f..

<sup>310</sup> Niederschrift über die Konferenz ... am 9. April 1946, a.a.O., S. 2.

<sup>311</sup> Ebd. und Seidl, Michael: a.a.O., S. 103.

träge einreichen sollten.<sup>312</sup> Mit Ausnahme der Drucker sprachen sich alle Einzelverbände auf den Verbandstagen für eine eigene Finanzhoheit aus.<sup>313</sup>

Auf dem Gründungskongreß des GWB, der vom 29. August bis zum 1. September 1946 im Saal der Salamanderwerke in Stuttgart-Kornwestheim<sup>314</sup> stattfand, wurde dann auch folgerichtig beschlossen, daß die Kassen- und Finanzverwaltung ab 1.1.1947 den Industrieverbänden übertragen werde. Von den Einnahmen der einzelnen Verbände bekam der Bund ein Drittel der Einnahmen zur Deckung seiner Verwaltungskosten und zur Bildung eines Solidaritätsfonds.

Auf dem Gründungskongreß in Kornwestheim schlug Brümmer hinsichtlich der Frage nach der Organisation der Angestellten dem Bundestag vor, „daß an den bis jetzt bestehenden Organisationsverhältnissen vorerst nichts geändert wird. Das heißt, daß die Verhältnisse in Württemberg und Baden auf diesem Gebiet so bleiben wie sie gegenwärtig sind, in der Erwartung, daß die Zeit die bestehenden Meinungsverschiedenheiten klärt. Ich glaube bestimmt, wenn wir in einem Jahr auf dem nächsten Bundestag nochmals zu diesem Problem Stellung nehmen müssen, dann wird manches ein anderes Gesicht als heute haben. Ich möchte sie daher bitten, dieser Lösung zuzustimmen.“<sup>315</sup>

Mit der Annahme dieses Vorschlages vertagte man also das Problem der Angestelltenorganisation. Aber eigentlich war damit eine Entscheidung zugunsten der Befürworter einer Sonderorganisation der Angestellten gefallen. Denn mit dem Beschluß, die gegenwärtigen Verhältnisse beizubehalten, erkannte man offiziell die Berufsverbände an. Mit der Existenz eines selbständigen Angestelltenverbandes in Württemberg und dem Vorhandensein von badischen Befürwortern eines autonomen Angestelltenverbandes<sup>316</sup> war es nur eine Frage der Zeit, bis der Berufsverband sich auch auf Nord-Baden ausdehnen würde.<sup>317</sup>

---

<sup>312</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 171 und Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 58.

<sup>313</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 175.

<sup>314</sup> Zum Gründungskongreß des GWB vgl.: Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946, GZ Nr. 2, 15.9.1946, S. 19-28; GZ Nr.3 1.10.1946, S. 39-45 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 179-189.

<sup>315</sup> In: Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden ..., a.a.O., S. 75.

<sup>316</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 61-67.

<sup>317</sup> Seidl, Michael: a.a.O., S. 102



Damit hatten sich die Organisationsvorstellungen der Vertreter des WüGB durchsetzen können.

Mit der Gründung des GWB in Kornwestheim trat der erste Gewerkschaftsbund innerhalb der US-Zone aus der provisorischen Phase heraus. 163 Delegierte, die etwa 260 000 Mitglieder von 15 Einzelgewerkschaften vertraten,<sup>318</sup> stimmten dem Zusammenschluß des WüGB und der nordbadischen Gewerkschaften zu. Zu den Gästen gehörten unter anderen der Ministerpräsident von Württemberg-Baden Reinhold Maier, Kultusminister Theodor Heuss und der Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett.

In den Bundesvorstand des WBG wurden Markus Schleicher (Präsident), Adolf Engelhardt (Stellvertreter), Hans Rueß<sup>319</sup> (Bundeskassierer), Wilhelm Kleinknecht<sup>320</sup> (Sekretär) und Franz Xaver Rödlach<sup>321</sup> (Sekretär) gewählt.

### **2.2.2.3 Der Weg zum Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern (GB SWH) - Orientierung an Stuttgart?**

In Württemberg-Hohenzollern war die Arbeiterbewegung eher schwach vertreten. Dies lag daran, daß in Württemberg-Hohenzollern mit seiner agrarischen Grundstruktur<sup>322</sup> die Mittel und Kleinbetriebe dominierten. Industrielle Großbetriebe waren kaum vorhanden und Schwerindustrie gab es gar nicht.<sup>323</sup> Hinzu kommt, daß die für die moderne

---

<sup>318</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 179.

<sup>319</sup> Hans Rueß: KPD Mitglied; vor 1933 im Deutschen Metallarbeiterverband tätig; 1933 Verhaftung und Einlieferung ins KZ Heuberg, später Dachau; 1939 erneute Verhaftung und bis 1945 KZ Buchenwald; 1945 Mitbegründer der Gewerkschaften in Esslingen. R. war der einzige Kommunist der im Buvo vertreten war. Im WüGB war kein Kommunist im Buvo vertreten gewesen, mit Ausnahme von Ludwig Becker, der sein Amt aber nicht antrat. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 258, S. 422.

<sup>320</sup> Wilhelm Kleinknecht (1893-1966): ehemaliger Funktionär der Ortsverwaltung Stuttgart des Gesamtverbandes Öffentliche Betriebe und Verkehr; 1933 Verhaftung; 1946 wird er Landtagsmitglied der SPD; 1951 - 1960 DGB-Landesbezirksvorsitzender Baden-Württemberg. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 456, S. 450.

<sup>321</sup> Franz Xaver Rödlach (1883-1947): ehemaliger Bezirksleiter des Zentralverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen; 1946 Landtagabgeordneter der CDU. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 456, S. 450.

<sup>322</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 16-47 und Abelshäuser, Werner: Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 93-111.

<sup>323</sup> Großbetriebe befanden sich z.B. in Friedrichshafen, vgl. dazu: Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 64-79.

und entwickelte Arbeiterklasse typische Konzentration in Regionen, Städten, Industriezweigen und Großbetrieben in Württemberg-Hohenzollern fast vollständig fehlte.<sup>324</sup> Hier gab es daher auch keine Zentren der Arbeiterbewegung, die mit den historischen Hochburgen der Arbeiterbewegung (z.B. Ruhrgebiet, Berlin, Werftindustrie an der Küste, Stuttgart, Mannheim) vergleichbar gewesen wären. Deshalb orientierten sich die Gewerkschafter in Württemberg-Hohenzollern bei ihren Bemühungen, die Gewerkschaften wieder aufzubauen, an Stuttgart. Der WüGB erhob seit seiner Gründung den Anspruch, ganz Württemberg zu vertreten.<sup>325</sup> In Stuttgart hoffte die Gewerkschaftsspitze, daß die französische Militärregierung eine gesamtwürttembergische Gewerkschaft tolerieren würde.

Diese Hoffnung wird in verschiedenen Schreiben von Markus Schleicher deutlich. So heißt es in einem Bericht an die Betriebsleiter:

„Die erste Besprechung mit dem Vertreter der französischen Regierung hat bereits stattgefunden. Er betonte die völlige Unabhängigkeit der französischen Zone von den Amerikanern. Im Grunde genommen hätten die Franzosen keine Ursache, Württemberg als Verwaltungseinheit zu zerreißen, aber Befehle irgendwelcher Art würde seine Regierung von den Amerikanern nicht entgegennehmen.

Es besteht wohl die Möglichkeit für die französische Zone, die Verwaltungseinheit der Gewerkschaften anzustreben. Es sei auch möglich, daß der Württ. Gewerkschaftsbund den französischen Orten beim Aufbau der Gewerkschaften Hilfe leiste. Bisher waren

---

<sup>324</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 16-48. Er zählt dort die Besonderheiten Württemberg-Hohenzollerns (z.B. konstante Bevölkerungszahl, Dominanz ländlicher Gebiete, Fehlen von Großindustrie ...) auf und stellt gleichzeitig die Behauptung auf, daß Württemberg-Hohenzollern für führende Politiker von vornherein nur ein Provisorium war. Pfefferle zeigt aber auf, daß es ein südwürttembergisches Sonderbewußtsein gegeben hat. Gerade die Besonderheiten des Landes „begünstigt[en] eine ‘konservativ-klerikale Grundeinstellung weiter Teile der Bevölkerung’, ein besonderes Sozialklima der Kooperationsbereitschaft und Kompromißsuche und eine spezifische ‘politische Kultur Württemberg-Hohenzollerns’.“ In: Pfefferle, Heinz: Politische Identitätsbildung im neugeschaffenen Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952 - Orientierungen für die neuen Bundesländer seit 1990? In: Mütter, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Regionale Identität im vereinten Deutschland. Chance und Gefahr, Weinheim 1996, S. 106. Diese spezifische politische Kultur hatte auch Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung in Württemberg-Hohenzollern. Vgl. zur Thematik politische Identität in Württemberg-Hohenzollern: ebd., S. 101-115 und ders.: Politische Identitätsbildung in Württemberg-Hohenzollern (1945-1952) - Die Renaissance oberschwäbischen Regionalbewußtseins, Weinheim 1997.

<sup>325</sup> Vgl. dazu: Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 59-70 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 17-68.

von den Franzosen nur örtliche Gewerkschaften zugelassen, die Vereinigung der Gewerkschaften bleibe einer späteren Regelung vorbehalten.<sup>326</sup>

Schleicher schlug bei einer Unterredung mit einem französischen Vertreter der Militärregierung vor, statt nur örtliche Berufsgewerkschaften, wie es ja die Verordnung Nr. 6 vorschrieb, Kreisgewerkschaften zuzulassen, „weil sonst die kleineren Berufe gar nicht zu lebensfähigen Gebilden gedeihen können.“<sup>327</sup> Dieser Vorschlag wurde aber von der französischen Militärregierung nicht angenommen.

In der Sitzung des Vorstandes des WüGB vom 26.11.1945 berichtet Franz Xaver Röd- lach über eine Besprechung mit der französischen Militärregierung in Tübingen: „Bei diese Besprechung kam immer wieder zum Ausdruck, daß die Franzosen den Aufbau ganz von unten her durchgeführt wissen wollen, und daß sie vorerst nicht bereit sind, den WüGB für ihr Gebiet zuzulassen. Sie sind zwar damit einverstanden, daß von den Vertretern des Bundes den Kollegen in den einzelnen Orten beim Aufbau geholfen wird, aber die neu gegründeten Gewerkschaften dürfen sich vorerst dem Bund nicht anschlie- ßen.“<sup>328</sup>

Da die Franzosen auf ihre Position beharrten und die amerikanische Militärregierung die Satzung des WüGB im Dezember 1945 ablehnte, beriet sich der Vorstand des WüGB zusammen mit Vertretern aus Württemberg-Hohenzollern auf einer Vorstandssitzung am 15.1.1946 über die Lage in der Französischen Zone.<sup>329</sup> Die Sitzung wurde von Mar- kus Schleicher eröffnet. Nach dem Sitzungsprotokoll stellte er fest:

„Unsere gewerkschaftliche Arbeit ist weitgehend abhängig von der allgemeinen politi- schen Gestaltung. Formell ist zwar die Regierung in Stuttgart auch für das südliche Württemberg zuständig. Es ist aber so, daß in Tübingen das dortige Landesdirektorium sich weitgehend selbständig gemacht hat. [...] Jedenfalls haben wir im französischen Gebiet mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es war daher notwendig, einmal eine

---

<sup>326</sup> Schreiben von Markus Schleicher an die Bezirksleiter vom 22.10.1945, in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

<sup>327</sup> BuVo-Sitzung WüGB mit den Bezirksleitern, Protokoll vom 19.11.45, in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen und Besprechungen.

<sup>328</sup> BuVo-Sitzung WüGB, Protokoll vom 26.11.45, in: DGBSt Ordner: Vorstandssitzungen und Bespre- chungen.

<sup>329</sup> BuVo-Sitzung WüGB mit den Vertretern des französisch besetzten Gebietes, Protokoll vom 15.1.1946 in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

Aussprache herbeizuführen. Man kann von hier aus die Sache nicht leiten, ohne daß im französisch besetzten Gebiet selbst eine Leitung vorhanden ist.“<sup>330</sup>

Da über diesen Punkt Konsens herrschte, wurde ein Ausschuß, in den Karl Gengler<sup>331</sup>, Fritz Fleck<sup>332</sup>, Ludwig Becker<sup>333</sup> und Christian Benz gewählt wurden, gegründet. Dieser Ausschuß sollte für das Gebiet Württemberg-Hohenzollern die Neugründungen der Gewerkschaften überregional koordinieren.<sup>334</sup>

Damit war der Weg zu einem getrennten Gewerkschaftsaufbau eingeschlagen worden. Fritz Fleck betonte in dieser Sitzung, daß die Gewerkschaftsarbeit in Württemberg-Hohenzollern sich nach Stuttgart orientieren würde: „Wir müssen uns in unserem Gebiet in allem, was wir tun, nach den Weisungen und Richtlinien des WüGB richten, ob es den Franzosen paßt oder nicht.“<sup>335</sup>

Trotz der allgemeinen Bereitschaft des Ausschusses zur Zusammenarbeit mit dem WüGB mußte man sich nach den politischen Verhältnissen in der französischen Zone richten.<sup>336</sup> Je stärker sich in Württemberg-Hohenzollern eine gewisse Selbständigkeit abzeichnete, desto mehr war der WüGB gezwungen, die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung in Württemberg-Hohenzollern zu gestatten.<sup>337</sup>

Heinz Pfefferle weist darauf hin, daß trotz der traditionellen Bindung an Stuttgart ein Eigenprofil bei der südwürttembergischen Gewerkschaft entsteht.<sup>338</sup> Dies sieht man z.B. an der Einbeziehung der Kirche in die Gewerkschaftsarbeit. Nach Pfefferle hat dies nicht nur mit der starken Stellung der Kirchen in Württemberg-Hohenzollern zu tun,

---

<sup>330</sup> Ebd., S. 1.

<sup>331</sup> Karl Gengler war bis 1933 Vorsitzender des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften für Württemberg.

<sup>332</sup> Fritz Fleck war bis 1933 Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, Bezirk Württemberg.

<sup>333</sup> Ludwig Becker (geb. 1892): bis 1932 Mitglied des württembergischen Landtages (KPD); bis 1933 Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Württemberg; 1937-1945 KZ-Haft in Buchenwald; stellvertretender Bürgermeister in Schwenningen; zum stellvertretenden Präsidenten des WüGb gewählt, übte die Funktion aber nie aus; beim Aufbau des GB SWH beteiligt; Mitglied der beratenden Landesversammlung Württemberg-Hohenzollern und dann Mitglied des Landtages; 1951 Austritt aus der KPD; 1953-1959 Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., Anm. 236, S. 421.

<sup>334</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 70.

<sup>335</sup> BuVo-Sitzung WüGB mit den Vertretern des französisch besetzten Gebietes, Protokoll vom 15.1.1946, S. 3 in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

<sup>336</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 92.

<sup>337</sup> Pfefferle, Heinz: Politische Identitätsbildung in Württemberg-Hohenzollern ..., a.a.O., S. 163.

<sup>338</sup> Ebd., S. 164.

sondern auch damit, daß die ehemals christliche Gewerkschaftsbewegung stärkeren Einfluß hat als in Württemberg-Baden.<sup>339</sup> Dies wird in einem Briefwechsel zwischen Fritz Fleck und Markus Schleicher deutlich. Besonders argwöhnisch wird dabei von Schleicher die Tätigkeit des ehemaligen Vorsitzenden des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften für Württemberg Karl Gengler beobachtet. In einem Brief von Schleicher an Fleck vom 15. November 1945 heißt es dazu:

„Es kann bestimmt damit gerechnet werden, daß unsere Bezirksleiter im Laufe der nächsten Woche das französische Gebiet bereisen können, um den örtlichen Gewerkschaftsvertretern einen einheitlichen Aufbauplan vorzuschlagen. So eilig wie gegenwärtig der Gewerkschaftsaufbau von einzelnen Ortsgrößen betrieben wird, ist die Sache nicht. So mutet mich die Gründungsversammlung, die K. Gengler in Rottweil veranlassete, mehr als eigenartig an. Was haben die Behörden, die Kirchen, die Industrie, der Handel und das Gewerbe schließlich mit der Gründung von Arbeitergewerkschaften zu tun.“<sup>340</sup>

Die Tätigkeiten Genglers scheint des öfteren ein Thema bei den Briefwechseln zwischen den beiden Gewerkschaftern und Parteigenossen zu sein. So schreibt Fritz Fleck am 15. März 1946:

„Insbesondere gefällt mir die Rolle nicht, die Karl Gengler in der franz. besetzten Zone auf den verschiedensten Gebieten, sei es die Gewerkschaft oder die Sozialversicherung, spielt.

Es wäre vielleicht nicht abwegig, einmal wieder eine Besprechung anzusetzen, in der wir gerade zu diesem Punkt bestimmte Richtlinien festlegen. Wir haben keine Lust, uns in irgendeiner Form von der führenden Stellung, die die freien Gewerkschaften immer hatten, verdrängen zu lassen.“<sup>341</sup>

Dieser Briefwechsel zeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung in Württemberg-Hohenzollern gegenüber Nord-Württemberg einen eigenen Weg einschlug. Er zeigt desweiteren auch die ab und zu auftretenden Spannungen zwischen den ehemaligen freien

---

<sup>339</sup> Ebd.

<sup>340</sup> Brief, S. 1, in: DGB-Archiv im AdsD Bestand/62: BaWü 31/70.

<sup>341</sup> Brief in: DGBSt Ordner: Französische Zone.

und ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, wobei diese nicht von so großer Bedeutung waren.<sup>342</sup>

Nach der Verkündung der Verordnung Nr. 6<sup>343</sup> vom 10. September 1945, in welcher der Wiederaufbau der Gewerkschaften von der französischen Militärregierung offiziell genehmigt wurde,<sup>344</sup> fanden in Württemberg-Hohenzollern bis zum Januar 1946 einige wenige Gründungsversammlungen von örtlichen Berufsgewerkschaften statt.<sup>345</sup> Diese Neugründungen der Gewerkschaften vollzogen sich unter wesentlicher Beteiligung ehemaliger Funktionäre aus der Zeit der Weimarer Republik.<sup>346</sup>

Auf den Gründungsversammlungen mußte nach der Verordnung Nr. 6 der provisorische Vorstand gewählt und die Satzung ausgearbeitet werden. Die endgültige Genehmigung wurde von der Militärregierung dann erst nach der Billigung der Satzung und der Vorstandsmitglieder erteilt. Die Bearbeitung der Zulassungsanträge dauerte oft mehrere Monate.

Mit der Verfügung Nr. 54 vom 12. April 1946 durften dann Ortskartelle und Landesberufsgewerkschaften gegründet werden. Wie schon bei der Verordnung Nr. 6 vom 10. September 1945 war ein deutlicher Widerspruch zwischen der proklamierten Besatzungspolitik und der realen Zulassungspraxis zu erkennen.<sup>347</sup> So zogen sich die Zulassungen von Ortskartellen bis Jahresende 1946, in Biberach sogar bis August 1947, hin.<sup>348</sup>

Der am Anfang des Jahres gebildete Ausschuß konnte nun durch die Verfügung Nr. 54 mit der Aufgabe der landesweiten Koordination des Gewerkschaftsaufbaus beginnen.

Auf Anregung von Vertretern der Militärregierung in Tübingen wurde am 17. Mai 1946 in Balingen eine Landeskonzferenz von Delegierten aller bis dahin zugelassenen Ge-

---

<sup>342</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 184.

<sup>343</sup> In: DGBSt Ordner: Französische Zone.

<sup>344</sup> Vgl. Kap. 2.1.2.3: Die französische Gewerkschaftspolitik

<sup>345</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 70.

<sup>346</sup> Beispiele hierfür sind: Reutlingen: Christian Benz; Tuttlingen: Fritz Fleck, Rottweil: Karl Gengler. Vgl. Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 59-97.

<sup>347</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 96.

<sup>348</sup> Ebd.

werkschaften einberufen.<sup>349</sup> Auf dieser ersten Landeskonferenz waren Vertreter der Militärregierung Tübingen und Balingen und des Staatssekretariats anwesend. Auch der WüGB war mit einer Delegation vertreten.<sup>350</sup>

Auf der Landestagung wurde Karl Gengler (Rottweil), Fritz Fleck (Tuttlingen), Ludwig Becker (Schwenningen) und Christian Benz (Reutlingen) in den Landesvorstand gewählt. Damit war der vom WüGB eingesetzte Koordinationsausschuß durch Wahlen bestätigt worden. Gleichzeitig war damit der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern (GB SWH) ins Leben gerufen worden.

Bis zur ersten Landeskonferenz des GB SWH am 5.10.1946 in Tuttlingen wurden beschleunigt örtliche Berufsgewerkschaften aufgebaut, da die Landesberufsgewerkschaften Zusammenschlüsse von örtlich bereits existierenden Berufsgewerkschaften sein sollten. In dieser Phase der Gewerkschaftsentwicklung ist ein Wandel in der Einstellung der französischen Besatzungsmacht gegenüber den Gewerkschaften feststellbar. Die französische Militärregierung arbeitete nun mit Vertretern der neuen Gewerkschaften eng zusammen.

Diese Unterstützung der Militärregierung hatte vor allem zwei Beweggründe:

1. Der öffentliche internationale Druck auf die französische Besatzungsmacht wurde immer größer. Man wollte deswegen die festgestellten Defizite im Gewerkschaftsaufbau beseitigen.<sup>351</sup>
2. Die erste Kreistagswahl in Württemberg-Hohenzollern schuf für die französische Besatzungspolitik günstige politische Verhältnisse: die CDU war eindeutig Wahlsieger. In der Sozialdemokratie konnten sich Kräfte wie z.B. Staatsrat Schmid und Fleck, die gegen eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten, durchsetzen.<sup>352</sup>

Auf der Landeskonferenz des GB SWH am 5.10.1946 in Tuttlingen wurden die Grundlagen gelegt für die Bildung von Landesberufsgewerkschaften. Über die künftige Organisationsstruktur wurde folgender Beschluß gefaßt:

---

<sup>349</sup> Ebd., S. 97-108.

<sup>350</sup> Ebd., S. 109 ff..

- „1. Die Bildung der Landesgewerkschaften wird einheitlich beschlossen.
2. Sofern die Angestellten eigene Verbände gründen wollen, legen wir Wert darauf, daß nicht eine Vielzahl errichtet wird, sondern
  - a) ein Verband für Angestellte der Privatwirtschaft
  - b) ein Verband der Angestellten und Beamten der öffentlichen Verwaltung
3. Der Landesvorstand wird beauftragt, die Einberufungen von Konferenzen zur Gründung der einzelnen Landesgewerkschaften vorzunehmen [...] die Satzungen werden in der Konferenz selbst erstellt, dort wird auch der Vorstand gewählt [...].“<sup>353</sup>

Die Vertreter des Prinzips „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ konnten sich nicht durchsetzen. Die Trennung von Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, die auch die französische Militärregierung unterstützte, war damit festgeschrieben.

Auch bei der ersten ordentlichen Bundesgeneralversammlung am 15.2.1947 in Tuttlingen konnte sich die organisatorische Trennung durchsetzen. Mit der Bestätigung der Satzung war das Prinzip „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ auch satzungsgemäß aufgegeben worden. Die Diskussion um die Angestelltengewerkschaft war damit aber nicht beendet. Die Meinungsverschiedenheiten über den organisatorischen Aufbau zogen sich bis zur Gründung des DGB hin.

Mit der Genehmigung der Satzung und der Wahl des Bundesvorstandes (1. Vorsitzender: Fritz Fleck; 2. Vorsitzender: Ludwig Becker; Beisitzer: Karl Gengler, Christian Benz) war die offizielle Gründung des GB SWH vollzogen. Damit war eine demokratisch legitimierte Ländervertretung geschaffen worden.<sup>354</sup>

---

<sup>351</sup> Ebd., S. 103.

<sup>352</sup> Ebd.

<sup>353</sup> Protokoll der Landeskonferenz der Gewerkschaften Südwürttemberg und Hohenzollern am 15.10.1946 in Tuttlingen, zit. nach Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 106

<sup>354</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 114.



#### 2.2.2.4 Die Gründung des Badischen Gewerkschaftsbundes (BGB)

Am 2. Juni 1946 fand in Offenburg ein Treffen aller in Südbaden neu gegründeten Gewerkschaften statt.<sup>355</sup> Bei diesem ersten überregionalen Treffen der südbadischen Gewerkschaften wurde heftig über die zukünftigen gewerkschaftlichen Aufgaben diskutiert. Es wurde dabei betont: „Nicht nur Lohngestalten, sondern Wirtschaftsgestalten ist die Hauptaufgabe der Gewerkschaften.“<sup>356</sup> Damit war gemeint, daß die Gewerkschaft durch paritätische Mitbestimmung im Betrieb, in den Industrie-, Handels- und Landwirtschaftskammern die Wirtschaft kontrollieren sollte. Auch das Problem der Entnazifizierung in den Kammern und Betrieben wurde angesprochen.<sup>357</sup>

Man war sich einig, daß diese Aufgaben nicht von örtlichen Berufsgruppen gelöst werden könnten. Daher kam immer wieder das Thema „Vereinigung in Industrieverbände“ auf.<sup>358</sup> Zu diesem Zeitpunkt war aber ein solcher Organisationsaufbau von der französischen Militärregierung noch nicht erlaubt. Um die Bildung von Ortsausschüssen, die genauso wie die Bildung von Landesverbänden der Gewerkschaften durch die Verfügung Nr. 59 der französischen Militärregierung vom 11. April 1946 erlaubt waren, voranzutreiben, wurde ein verbindlicher Satzungsentwurf für die Bildung von Ortsausschüssen beschlossen.<sup>359</sup>

Im Juli 1946 gründeten Delegierte der örtlichen graphischen Gewerkschaften aus den Bezirken Freiburg, Lahr, Lörrach, Offenburg, Villingen, Baden-Baden und Konstanz eine Landesvereinigung der Gewerkschaften des Graphischen Gewerbes. Dies war die erste Landesvereinigung im französischen Baden. Am 20. Oktober 1946 wurde diese Landesvereinigung offiziell zugelassen. Der lange Zeitraum zwischen der Verfügung Nr. 59 und der ersten offiziellen Zulassung einer Landesvereinigung hatte seine Ursache in den Auflagen der französischen Militärregierung. Wie auch schon in Württemberg-Hohenzollern läßt sich ein Widerspruch zwischen proklamierter Besatzungspolitik und

---

<sup>355</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 52-55.

<sup>356</sup> Mathias Schneider (Baden-Baden), in: Protokoll über die Landeskonferenz der Gewerkschaften in der französischen Zone Badens am 2. Juni im 1946 in Offenburg, S. 4 f.; zit. nach: Unser, Margit: a.a.O., S. 52.

<sup>357</sup> Ebd., S. 52 f.

<sup>358</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 53.

realer Zulassungspraxis feststellen.<sup>360</sup> Die Militärregierung verlangte, daß die vorhandenen örtlichen Gewerkschaften sich erst zu Ortsausschüssen zusammenschließen sollten. Die Ortsausschüsse bestimmten dann Delegierte für eine Studienkommission, welche die Abgrenzung und Zuständigkeit für die Einzelgewerkschaften festsetzen mußten.<sup>361</sup>

Am 20. Oktober 1946 fand die zweite Offenburger Konferenz statt. Hier traten 34 mit Mandat versehene Delegierte zu der verlangten Studienkommission zusammen und schafften die Grundlage für den Zusammenschluß örtlicher Gewerkschaften in Landesvereinigungen. Man einigte sich hinsichtlich der Bezeichnung der Landesverbände auf den Namen „Landesvereinigung der Gewerkschaften des ... Gewerbes - Industrie in der französisch besetzten Zone Badens“. Außerdem wurde der Vorschlag einer Zehnerkommission zur Abgrenzung von 16 Berufs- und Industriegewerkschaften angenommen.<sup>362</sup> Damit war auch in Südbaden das einheitdgewerkschaftliche „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ durchbrochen.<sup>363</sup>

Nachdem die Vorschläge durch die französische Militärregierung genehmigt worden waren, konnten die Gründungen von Landesvereinigungen im französisch besetzten Baden vorangetrieben werden. Die Delegierten hatten schon in Offenburg die Absicht geäußert, die noch zu gründenden Landesvereinigungen zu einem späteren Zeitpunkt in einem Gewerkschaftsbund zu vereinigen.

In den darauffolgenden Monaten fanden viele Gründungen von Landesverbänden für die jeweilige Gewerkschaftsgruppe statt. Am 30.12.1946 trafen sich die Vorstände der bis dahin genehmigten Landesvereinigungen in Freiburg. In dieser Sitzung wurde die Gründung des Badischen Gewerkschaftsbundes beschlossen<sup>364</sup> und man gab sich ein provisorisches Statut. Außerdem wurde ein provisorischer Bundesvorstand gebildet, der in einer Tagung im Januar noch erweitert wurde.<sup>365</sup>

---

<sup>359</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 236-242.

<sup>360</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 96.

<sup>361</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 238 f..

<sup>362</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 54.

<sup>363</sup> Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 239.

<sup>364</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 56.

<sup>365</sup> Rundschreiben des vorläufigen Badischen Gewerkschaftsbundes „an die Ortsausschüsse zur gefälligen Weitergabe an die Vorstände der örtlichen Gewerkschaften“ vom 16.1.1947, im: DGB-Archiv im AdSD, Bestand/62: BaWü 31/65.

In einem Rundschreiben vom Januar 1947 an die Ortsausschüsse informiert der provisorische Bundesvorstand die Gewerkschaften:

„Als Abschluß des Aufbaues der Gewerkschaften in der französisch besetzten Zone Badens haben die Vorsitzenden der bis jetzt genehmigten Landesvereinigungen in einer Sitzung vom 30. Dezember 1946 in Freiburg beschlossen, sich zu einem Gewerkschaftsbund zu vereinigen. Damit dürfte, solange die Zonengrenzen nicht aufgehoben sind und eine Vereinigung aller Landesgewerkschaften in einem Deutschen Gewerkschaftsbund nicht möglich ist, der Schlußstein beim Aufbau der Gewerkschaftsbewegung in der französisch besetzten Zone Badens gesetzt sein. Nun gilt es, an den möglichst einheitlichen Aufbau der Gewerkschaften und ihrer Landesvereinigungen zu gehen und durch ihre zentrale Stelle - dem 'Badischen Gewerkschaftsbund' - die Forderung der Arbeitnehmerschaft gegenüber Landesverwaltung, Behörden und Industrie zu Gehör und zur Geltung zu bringen.

Dies kann natürlich nicht geschehen ohne den gemeinsamen Willensausdruck aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer. Die Vorsitzenden der Landesvereinigungen halten sich nicht für befugt, von sich aus über den Kopf ihrer Mitgliedschaften eine Institution arbeiten zu lassen, ohne die nötigen Vollmachten zu besitzen. Irgendwo aber muß ein Anfang gemacht werden, um die Vorarbeiten zu leisten, die notwendig sind, den Mitgliedern die Möglichkeit zu dieser Willensäußerung zu geben. [...]“<sup>366</sup>

Der „von oben“ gegründete Gewerkschaftsbund bekam schließlich seine demokratische Legitimation auf der offiziellen Gründungsversammlung für den Badischen Gewerkschaftsbund am 1. und 2. März, die im Freiburger Gewerkschaftshaus stattfand.<sup>367</sup> Dem neu gegründeten BGB gehörten insgesamt neun Landesvereinigungen an, er hatte über 60 000 Mitglieder in 22 Ortskartellen.<sup>368</sup>

Wilhelm Reibel,<sup>369</sup> der den Vorstand im provisorischen Bundesvorstand innehatte, wurde in der Freiburger Versammlung in seinem Amt bestätigt. Die weiteren durch Wahl

---

<sup>366</sup> Ebd.

<sup>367</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 57-65.

<sup>368</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 241 und Unser, Margit: a.a.O., S. 57.

<sup>369</sup> Wilhelm Reibel (1897-1963): Mitglied der SPD, ab 1932 Vorsitzender des Verbandes der deutschen Buchdrucker; 7. - 8. 1933 KZ Heuberg; mehrfache Verhaftungen; nach dem Krieg Vorsitzender der IG Druck und Papier in Baden, ab Herbst 1945 Vorsitzender des BGB; 1950 Bezirksleiter des DGB in Frei-

bestätigten Mitglieder waren: Stellvertreter: Josef Vogel, Kassierer: Heinrich Breitenbach,<sup>370</sup> Betriebsrätesekretär: Max Faulhaber, die Beisitzer: Karl Weber und Gustav Maurer sowie Peter Kappes<sup>371</sup> als Schriftleiter.

Vom 18.-20. Juli trafen sich Delegierte, die auf Landeskonferenzen gewählt worden waren, in Freiburg zum ersten Bundestag des BGB, der das höchste Gremium des BGB war.<sup>372</sup> Als Gäste waren unter anderen der Badische Staatspräsident Leo Wohleb, der Gouverneur de Péne und Fritz Fleck vom GB SWH Gewerkschaftsbund anwesend.

Fritz Fleck hob in seiner Begrüßungsrede die gemeinsamen Ziele und Aufgaben beider Bünde hervor und betonte, daß ein Zusammenschluß der Gewerkschaften über die Zonengrenzen hinweg eine Voraussetzung für eine gute Gewerkschaftsarbeit sei.

Auf dem Bundestag wurden die Forderungen erhoben, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen und das volle Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften gesetzlich zu verankern. Aufgrund der katastrophalen Ernährungslage in Baden befürworteten die Delegierten einen Antrag an die badische Landesregierung, in dem vorgeschlagen wurde, die Gewerkschaften in das Staatskommissariat für Ernährung als Vertreter der Verbraucher aufzunehmen.<sup>373</sup>

Bei der Wahl des Bundesvorstandes wurde Wilhelm Reibel (SP) als erster Vorsitzender bestätigt. Max Faulhaber (KP) wurde zum zweiten Vorsitzenden, Josef Vogel<sup>374</sup> (BCSV) zum dritten Vorsitzenden und Heinrich Breitenbach zum Kassierer gewählt.<sup>375</sup>

---

burg; 1951-59 stellvertretender Vorsitzender des DGB Landesbezirks Baden-Württemberg, 1960-1963 Vorsitzender des Bezirks. Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 361 und Stuttgarter Zeitung vom 18.1.1963 und Stuttgarter Nachrichten vom 18.1.1963.

<sup>370</sup> Heinrich Breitenbach (1898-1970): ehemaliger Gewerkschaftssekretär des Fabrikarbeiterverbandes in Nienburg/Weser; Mitglied der SPD; 1946-1947 Geschäftsführer des Ortsausschusses der Gewerkschaften in Feiburg. Vgl.: Faulhaber, Max: a.a.O., S. 345.

<sup>371</sup> Peter Kappes (1889-1960): ehemaliger Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB in Freiburg; 1946 verantwortlicher Redakteur des „Badischen Gewerkschaftler“, 1945-1960 Stadtrat der SPD in Freiburg; 1952-1955 Regierungsrat im Regierungspräsidium in Freiburg. Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 355.

<sup>372</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 57.

<sup>373</sup> Ebd., S. 59.

<sup>374</sup> Josef Vogel (1883-1975): ab 1921 Stadtverordneter in Freiburg (Zentrum); in der christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig; ab 1933 von seinen Ämtern enthoben; ab 1946 Erster Vorsitzender der Landesvereinigung des Post- und Telegraphenwesens im BGB; 1949 Bezirksleiter der Deutschen Postgewerkschaft in Südbaden. Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 367.

<sup>375</sup> Ebd.

Mit der Sanktionierung der Satzung durch die Delegierten kam der organisatorische Aufbau der nordbadischen Gewerkschaftsbewegung zu einem vorläufigen Abschluß.<sup>376</sup>

### 2.2.3 Zusammenfassung

Die Chancen für einen Neuanfang der Arbeiterbewegung, der die Weimarer Traditionen vollkommen überwindet, waren eher gering. Dies lag nicht nur an dem durch die Besatzungsmächte eingeengten Handlungsspielraum, sondern auch an Ursachen, die in der Arbeiterbewegung selbst und den Bedingungen in Deutschland zu finden sind.

Im deutschen Südwesten scheint die Gewerkschaftsbildung hauptsächlich von ehemaligen Funktionären geprägt worden zu sein. Diese versuchten durch Organisationskomitees die Bildung der lokalen Gewerkschaften zu fördern und zu beeinflussen. Dadurch daß eine Gewerkschaftsspitze den Gewerkschaftsaufbau koordinierte, war es möglich, trotz aller Schwierigkeiten, relativ schnell eine intakte Gewerkschaftsorganisation aufzubauen.

Der Aufbau von örtlichen und landesweiten Gewerkschaftsorganisationen im Südwesten stieß dabei auf den Widerstand beider Besatzungsmächte. Der BGB und GB SWH konnten erst zwei Jahren nach dem Krieg ihre offizielle Gewerkschaftstätigkeit aufnehmen.

Der Aufbau der Gewerkschaften fand also hauptsächlich von oben statt. Ob dadurch der Aufbau einer „neuen“ Arbeiterbewegung, die ihre Legitimation und „Antriebsfeder“ von der Basis der Betriebe erhält, verhindert worden ist, kann angezweifelt werden.

So lag das Scheitern der Antifa-Bewegung, die ja Ansätze zu einer Neuorientierung aufzeigte, nicht nur an den ehemaligen Funktionären, die von ihren alten Organisationen geprägt waren, und an der Politik der Besatzungsmächte, sondern auch daran, daß man die breite Bevölkerungsbasis nicht motivieren konnte. Die Schwierigkeit der Aktivie-

---

<sup>376</sup> Ebd., S. 60.

rung der Massen geht einerseits auf die mangelnde Organisation und Programmatik der Antifas zurück,<sup>377</sup> andererseits gestaltete sich auch eine Politisierung auch deswegen als schwierig, weil die überwiegende Mehrheit von drängenden Alltagsproblemen (Ernährungslage, Wohnungsnot, ...) in Anspruch genommen war.

Außerdem waren die Arbeiter von 12 Jahren Nationalsozialismus geprägt; gerade die Jüngeren hatten mit demokratischen Gewerkschaften und Parteien keine Erfahrung.

Die Antifa-Bewegung stellte sich so als „als eine Durchgangsstufe im Aufbau der Arbeiterbewegung dar, die mit der Regeneration der Subkultur die Handlungs- und Organisationsfähigkeit der Arbeiter erst wieder vorbereitete.“<sup>378</sup> Die Antifas konnten ihre Vorstellungen von einer einheitlichen Arbeiterbewegung und einem Aufbau von unten nicht umsetzen.<sup>379</sup>

Uwe Uffelman sieht es daher als notwendig an, diese Ansätze „mehr als gedachte denn als gelebte Möglichkeiten menschlich-gesellschaftlicher Existenz [...] zu akzentuieren.“<sup>380</sup>

Welchen Einfluß die Ansätze eines Aufbaus von unten und die Einheitsperspektive der Arbeiterbewegung auf die Entwicklung der Arbeiterparteien im Einzelnen hatte, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Da die traditionellen Arbeiterparteien im deutschen Südwesten nach dem Krieg aber sehr schnell wieder entstanden, ist anzunehmen, daß der Versuch des Aufbaus einer einheitlichen Arbeiterpartei bis auf wenige Ausnahmen<sup>381</sup> nur ein theoretischer Ansatz war, der nicht durchgesetzt werden konnte.

In der Gewerkschaftsbewegung war dagegen nach dem Krieg der Aufbau einer die Richtungsgewerkschaften überwindenden Einheitsgewerkschaft unumstritten.

Den Gewerkschaften gelang es eine tragfähige Organisation zu etablieren, die 1949 in den DGB eingegliedert werden konnte. Damit wurden die wiederaufgebauten Gewerk-

---

<sup>377</sup> Niethammer, Lutz u.a.: Arbeiterinitiative 1945, a.a.O., S. 714.

<sup>378</sup> Ebd..

<sup>379</sup> Ebd.

<sup>380</sup> Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 29.

<sup>381</sup> Z.B. die vereinigte Arbeiterpartei in Singen am Hohentwiel, vgl. Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik ..., a.a.O., S. 51-56.

schaften zu einem wesentlichen Element in der demokratischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Das Ziel einer Einheitsgewerkschaft für ganz Deutschland mußte aber, aufgrund des sich immer mehr zuspitzenden Ost-West Konfliktes, aufgegeben werden.

Auch die Vorstellung einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft konnte sich nicht durchsetzen.<sup>382</sup> Sie unterlag den Vertretern des föderalistischen Gewerkschaftsaufbaus in der Organisationsdiskussion, die dabei von der französischen wie auch von der amerikanischen Militärregierung unterstützt wurden. Der föderalistische Aufbau der Gewerkschaften darf aber nicht ausschließlich dem Eingreifen der Besatzungsmächte zugeschrieben werden. Am Beispiel der Organisationsdiskussionen des WüGB kann man vielmehr sehen, daß der „föderalistische Flügel“ schon vor den Dezemberdirektiven der amerikanischen Militärregierung eine Führungsstellung innehatte.

---

<sup>382</sup> Mit der Gründung des DGB hatte sich das föderalistische Organisationsmodell vollkommen durchgesetzt. Der DGB ist ein Dachverband, in dem sich die autonomen Industrieverbände, die in Berufsgruppen und Sparten unterteilt und nach Region gegliedert sind, zusammengeschlossen haben.

### 2.3 Gewerkschaftliche Tätigkeitsfelder

Die Gewerkschaften verstanden sich als eine antifaschistische Kraft, die deshalb ein wesentliche Funktion beim demokratischen Wiederaufbau von Staat und Gesellschaft inne haben sollte. Aufgrund ihrer antifaschistischen Einstellung traten sie für eine aktive Beteiligung an der Entnazifizierung von Wirtschaft und öffentlichen Leben ein.<sup>383</sup>

Die Gewerkschaften waren sowohl in der amerikanischen wie auch in der französischen Besatzungszone Pflichtmitglieder der Entnazifizierungskommissionen, allerdings hatten sie in diesen Kommissionen nicht den erwünschten Einfluß.<sup>384</sup> So blieb die Entnazifizierung der Gesellschaft hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurück. Besonders die politische Säuberung der Wirtschaft wurde von den Gewerkschaften als ungenügend kritisiert. Immer wieder beklagten sie, daß man „die Großen laufen läßt“.<sup>385</sup>

Pfefferle weist aber auch darauf hin, daß sich der Nachdruck, mit dem die Entnazifizierung als wichtig betont wurde, auch innerhalb der Gewerkschaften nicht einheitlich und stark genug war.<sup>386</sup> So kommt es z.B. bei einer Konferenz des Bundesvorstandes mit Vertretern der Ortskartelle über Fragen der Entnazifizierung zu einer heftigen Diskussion zwischen Schleicher und dem Vorsitzenden der Stuttgarter Ortsverwaltung Metall, Simon Kraus<sup>387</sup>.<sup>388</sup> Dabei machte Schleicher klar, daß er dafür eintrete, bei Fragen der Entnazifizierung Zurückhaltung an den Tag zu legen, um „nicht die ganze Verantwor-

---

<sup>383</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 118.

<sup>384</sup> Vgl. zur Thematik Entnazifizierung und Gewerkschaften im deutschen Südwesten: Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 120-147; Seifert, Christfried: a.a.O., S. 89-100 und Unser, Margit: a.a.O., S. 176-185.

Vgl. zur Thematik Besatzungsmacht und Entnazifizierung: Henke, Klaus-Dietmar: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945, in: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland ..., a.a.O., S. 127-135 und ders.: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981; Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1955-1949. Konzeption und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991; ders.: Die „auto-èpuration“. Der französische Sonderweg in der Entnazifizierung, in: Wolfrum/Fäßler/Grohnert (Hrsg.): Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und politischer Wiederaufbau im französisch besetzten Baden 1945-1949, München 1996, S. 165-187.

<sup>385</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 120-147; Seifert, Christfried: a.a.O., S. 89-100 und Unser, Margit: a.a.O., S. 176-185.

<sup>386</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 186.

<sup>387</sup> Simon Kraus (1886-1949): Ab 1921 Mitglied der KPD; 1921-1933 1. Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter Verbands; 1944 wird er verhaftet, KZ Dachau; 1945 wird er Leiter der Stuttgarter Metallgewerkschaft; im Frühjahr 1946 arbeitet er im Arbeitsministerium als Ressortdirektor.

<sup>388</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 148.



tung auf die Gewerkschaften zu ziehen.“<sup>389</sup> Er wandte sich damit gegen ein zu aktives Engagement der Gewerkschaften, für das Kraus plädierte.

Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld war die Hilfe beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Für die Gewerkschaften, die den Unternehmern eine nicht unerhebliche Schuld an der Machtergreifung der Nationalsozialisten zuwies, war eine Wirtschaftsdemokratie eine wesentliche Grundlage für einen demokratischen Staat. Um diese durchzusetzen, mußten den Arbeitnehmern bzw. deren Vertretern Mitbestimmungsrechte in allen wirtschaftlichen Bereichen zugesichert werden.

Zum Wiederaufbau gehörte aber auch die Wiederinstandsetzung der Betriebe und der Infrastruktur, die Beseitigung der Wohnungsnot, die Sicherung der Ernährungs- und Versorgungslage. Diese Tätigkeiten machten in der Nachkriegszeit den bestimmenden Anteil der gewerkschaftlichen Aktivitäten aus.

Um beurteilen zu können, ob die Gewerkschaften ihre programmatischen Ansprüche realisieren konnten, wird im folgenden auf zwei Tätigkeitsfelder der Gewerkschaften näher eingegangen: Der Kampf der Gewerkschaften um bessere Lebensbedingungen, weil er einen wesentlichen Anteil der gewerkschaftlichen Aktivität beanspruchte, und der Versuch, die Mitbestimmungsrechte in der Wirtschaft zu verwirklichen, da sie eine entscheidende Rolle innerhalb der gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen spielten.

### **2.3.1 Der Kampf für bessere Lebensbedingungen**

Zu Beginn der Besatzung wurde der von den Nationalsozialisten verfügte Lohnstopp von 1936 erneuert und bis zum Herbst 1948 lediglich in Ausnahmen gelockert.<sup>390</sup> Die

---

<sup>389</sup> zit. nach Seifert, Christfried: a.a.O., S. 148.

<sup>390</sup> Vgl. zur sehr eingeschränkten Lockerung des Lohnstopps: Kontrollratsdirektive Nr. 14 vom 12. Oktober 1945 und die Ergänzung dieser Direktive (13.09.1946), abgedruckt als Dokument 14 und 26, in: Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: a.a.O., Köln 1987, S. 135 f. und S. 166 f..

Tarifpolitik als traditionelles Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften war damit sehr eingeschränkt. Stattdessen wurden sie dafür nach dem Krieg mit neuen Aufgaben konfrontiert:

Eine der dringendsten war die Bekämpfung der Ernährungs- und Versorgungsprobleme. Durch die Kriegszerstörungen, Flüchtlingsströme, den Schwarzmarkt sowie Mißstände bei der Verteilung und Teuerung der Lebenserhaltung kam es immer mehr zu einer Ernährungskrise.<sup>391</sup> Diese wurde durch die willkürliche Einteilung in Zonen, die ohne Rücksichtnahme auf die differenten Ernährungspotentiale der geschaffenen Zonengebiete gezogen worden waren, noch zusätzlich verschärft (Vgl. Kapitel 2.1.1).

Am 7. Mai 1945 legte man im französisch besetzten Baden die tägliche Ration des Normalverbrauchers auf 1550 Kalorien fest. Die tatsächlichen Zuteilungen lagen aber oft darunter. Nach einer Erhebung des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Deutschlands betrug die tatsächliche Lebensmittelzuteilung in Südbaden im August 1947 nur 794 Kalorien.<sup>392</sup> Südbaden litt genauso wie Südwürttemberg-Hohenzollern unter den zwangsweisen Versorgungsleistungen, die sie für die französische Besatzungsmacht bis zum 1. Oktober 1948 erbringen mußten.<sup>393</sup>

Auch in Südwürttemberg-Hohenzollern bildete die Frage nach der Versorgung und Ernährung eines der zentralen Probleme der Nachkriegszeit.<sup>394</sup> Das Ausmaß der Krise war allerdings hier nicht so dramatisch wie z.B. im französisch besetzten Baden. Dies lag hauptsächlich an dem landwirtschaftlichen Grundcharakter der Zone. Darüber hinaus hatte, durch die vorherrschenden Siedlungs- und Wohnstrukturen, die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung oft die Möglichkeit, sich durch Eigenanbau zumindest teilweise selbst zu versorgen.<sup>395</sup>

Wo diese Möglichkeit der Eigenversorgung aber nicht gegeben war, war die Ernährungssituation katastrophal. Als mildernde Maßnahme erhöhte man daher die Zuteilungsquote für die Bevölkerung in Städten mit mehr als registrierten 20 000 Einwohnern.

---

<sup>391</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 46-53.

<sup>392</sup> Boelcke, Willi A.: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800-1989: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Stuttgart 1989, S. 327.

<sup>393</sup> Unser: a.a.O., S. 103.

<sup>394</sup> Vgl. dazu: Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 25-29.

<sup>395</sup> Ebd., S. 27.

Gegen diese eher pauschale Sonderzuteilung wurde aber immer wieder Protest laut. So versuchten z.B. die Städte Freudenstadt und Friedrichshafen, die am stärksten von Bombardierungen betroffen waren,<sup>396</sup> vergeblich, bei den Sonderzuteilungen ebenfalls berücksichtigt zu werden.<sup>397</sup>

Auch die Ernährungslage in Württemberg-Baden war nicht gerade rosig. So wurde z.B. in einer ärztlichen Untersuchung von 731 Karlsruher Schülern festgestellt, daß 44% der Kinder nicht die altersgemäße Größe aufwiesen und 47 % an Unterernährung litten.<sup>398</sup> In Stuttgart wurde im Mai 1947 mit einer Lebensmittelzuteilung von 914 Kalorien der Tiefstand erreicht.<sup>399</sup>

Aufgrund der dramatischen Ernährungs- und Versorgungssituation erschloß sich für die Gewerkschaften hier ein neues Tätigkeitsfeld. Eduard Spindler<sup>400</sup> stellte in einem Referat auf einer Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Metallarbeiter in Offenburg am 3. November 1946 fest:

„Die Gewerkschaften haben heute ganz andere Aufgaben wie früher. Während wir uns früher um die Ernährung, Bekleidung und Versorgung mit Schuhwerk nicht zu kümmern brauchten, sind diese Aufgaben Brennpunkte unserer Betätigung.“<sup>401</sup>

Genauso wie die Arbeitsinhalte sich gewandelt hatten, änderten sich auch die Methoden der Gewerkschaftsführung, um ihre Ziele durchzusetzen. So verzichtete man z.B. auf die Androhung von Streiks. Die Gewerkschaftsvorstände des BGB und GB SWH boten

---

<sup>396</sup> Die Friedrichshafener Industrie produzierte ab 1939 hauptsächlich für die Rüstung (Zahnradfabrik Friedrichshafen, Maybacher Motorenbau GmbH, Luftschiffbau Zeppelin GmbH, Dornier Metallbauten GmbH), vgl. dazu: Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 64-79.

<sup>397</sup> Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen ..., a.a.O., S. 68-79. Auch im französisch besetzten Baden wehrte man sich gegen die Sonderzuteilung mancher Städte. So heißt es z.B. in einer Entschließung des Kreisernährungsausschusses Rastatt: „Warum man Städte wie Offenburg, Freiburg usw. Als Prioritätsstädte erklärt ist uns unverständlich, da Rastatt und sein Landkreis nachweisbar der schlechteste Kreis der französischen Zone Badens ist, [...]“

Wir legen keinen besonderen Wert darauf, daß einzelne Städte als Prioritätsstädte oder einzelne Betriebe als Prioritätsbetriebe erklärt werden, brauchen aber zur Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung die erforderlichen Kalorien, gleichgültig ob in Groß-, Kleinstadt oder Landort wohnhaft.“ In: DGB-Archiv im AdsD, Bestand/62: BaWü 31/65.

<sup>398</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 10.

<sup>399</sup> DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 72.

<sup>400</sup> Eduard Spindler (1897-1952): ab 1905 Mitglied der SPD; ehemaliger Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Offenburg (ab 1932 in Freiburg); 1943 Einlieferung ins KZ Dachau; Vorsitzender der Landesvereinigung der Metallarbeiter in Freiburg. Seit Oktober 1948 dritter Vorsitzender des BGB. Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 365.

<sup>401</sup> Zit. nach Unser, a.a.O., S. 109 f..

der französischen Militärregierung wiederholt den Versuch, Streiks zu verhindern, an, wenn diese dafür Mißstände auf dem Ernährungssektor beseitigen würden. Die Gewerkschaften befanden sich dabei in einer Zwickmühle: Auf der einen Seite waren sie auf die Militärregierung angewiesen, auf der anderen Seite forderten viele Arbeiter aufgrund der sich immer mehr zuspitzenden Ernährungskrise einen Streik.<sup>402</sup>

Parallel dazu sah sich auch in der amerikanischen Besatzungszone die Gewerkschaftsführung in einer ähnlichen Situation: Als sich die Ernährungslage in Württemberg-Baden im Winter 1947/48 immer mehr verschlechterte, verlangten die Arbeiter zunehmend vehementer Aktionen von den Gewerkschaften. Auch die Betriebsräte machten auf ihren Versammlungen deutlich, daß sie die abwartende Haltung der Gewerkschaften<sup>403</sup> nicht mehr gutheißen könnten.<sup>404</sup> Am 29. Januar rief der Bundesvorstand des GWB zum Generalstreik gegen die schlechte Ernährungssituation auf. Dieser wurde dann am 3. Februar 1948 in Württemberg-Baden durchgeführt.<sup>405</sup> Der Generalstreik war in seinen Grundzügen ein unpolitischer Proteststreik gegen die miserable Versorgungslage. Zwar kam auch die Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie zum Ausdruck, aber insgesamt gesehen waren aktuelle ökonomische Tagesforderungen das zentrale Thema. Der GWB verzichtete bewußt auf eine geplante Politisierung der Arbeitermassen.<sup>406</sup> Der Generalstreik brachte der Bevölkerung zwar einige Verbesserungen, wie z.B. die Erhöhung der Fettartion, aber insgesamt gesehen, änderte sich die schlechte Ernährungs- und Versorgungssituation nicht.

Um die Lage im Ernährungs- und Versorgungssektor zu verbessern, arbeiteten die Gewerkschaften außerdem in Kreis- und Landesernährungsausschüssen, im Landeswirtschaftsbeirat (in Baden und Südwürttemberg-Hohenzollern), usw. mit. Doch im großen

---

<sup>402</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 215-257, Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 184 f. und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 228-239.

<sup>403</sup> Am 27.1.1948 wurde auf der Zonenkonferenz der Gewerkschaften der US-Zone die vor einem Jahr beschlossene Ablehnung von Streiks bestätigt; in: DGBSt Ordner: Zonenkonferenzen, Zonenausschuß.

<sup>404</sup> Mehrere Schreiben von Betriebsräten an den BuVo des GWB befinden sich im: DGBSt Ordner: Protestaktionen, Streiks 1948/1949.

<sup>405</sup> Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., S. 239-259 und DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 225.

<sup>406</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 253, vgl. auch Flugblatt: „Gegen den ungleich gedeckten Tisch“, in: DGBSt Ordner: Protestaktionen, Streiks 1948/1949.

und ganzen war der Einfluß der Gewerkschaftsvertreter in diesen Gremien eher gering.<sup>407</sup>

Effektiver war die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und den Betriebsräten vor Ort. So bat z.B. der Betriebsrat der Stolberger Zink AG die Bergarbeitergewerkschaft, die Wünsche der Belegschaft zu unterstützen. Die Belegschaft hatte darum gebeten, Winterobst und Gemüse zu besorgen, da sie dies aufgrund der Schichtarbeit nicht selbst erledigen könnten.<sup>408</sup>

Trotz der Hilfeleistungen der Gewerkschaften (z.B. Organisation von Lebensmitteln zu günstigen Preisen) konnte die Ernährungskrise so gut wie nicht entschärft werden.

Mit dem „Leitsatzgesetz des Frankfurter Wirtschaftsrates“ und der Währungsreform<sup>409</sup> vom 20.6.1948 trat ein grundlegender Wandel ein.

Durch die Aufhebung der Preisbindung in den wichtigsten Bereichen verschwand der Schwarzmarkt. Nach der Währungsreform wurde all das plötzlich angeboten, was man vorher zurückgehalten hatte. Damit war die Mangelwirtschaft beendet. Der Währungsschnitt bedeutete aber auch eine große soziale Härte und Ungerechtigkeit, da damit nur die Sparer und nicht die Sachbesitzer getroffen wurden.<sup>410</sup> Die Gewerkschaften wandten sich daher gegen die Art der Durchführung der Währungsreform, deren Notwendigkeit dabei nie in Frage gestellt wurde. Wegen der sozialen Ungerechtigkeit der Währungsreform traten die Gewerkschaften für einen Lastenausgleich<sup>411</sup> ein. Das Sozialhilfegesetz vom 8.8.1949 war dann ein erster Schritt, der sozialen Ungerechtigkeit entgegen zu wirken. Ein umfassendes Lastenausgleichsgesetz kam aber erst 1952 zustande.

---

<sup>407</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 185.

<sup>408</sup> Unser: a.a.O., S. 122.

<sup>409</sup> Zur Thematik Währungsreform vgl. u.a.: Abelshäuser, Werner: Probleme des Wiederaufbaus ..., a.a.O. S. 236 ff.; ders. Wirtschaft im Südwesten ..., a.a.O., S. 106 ff.; Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 188 ff., Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 23-27 und 169-182.

<sup>410</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 190.

<sup>411</sup> Zur Thematik Lastenausgleich vgl.: Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 57-62 und 133-137.

Mit der Währungsreform änderte sich wiederholt das Aufgabenfeld der Gewerkschaften: Statt eine Verbesserung der Versorgungslage trat nun die Bekämpfung des rasanten Preisanstiegs und die zunehmende Arbeitslosigkeit in den Vordergrund.<sup>412</sup>

Besonders in Württemberg-Baden kam es zu Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen. Die größte Demonstration fand dabei am 28. Oktober in Stuttgart statt. Hans Stetter, Vorsitzender des Stuttgarter Ortsausschusses, greift in der Rede aufs heftigste die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards an. Besonders die Aufhebung des Preisstopps für die meisten Güter wird vehement kritisiert.

Nach dem offiziellen Ende der Kundgebung kommt es zu Ausschreitungen gegen Läden. Die amerikanische Militärpolizei greift mit Schlagstöcken und Tränengas ein und die Militärregierung erläßt ein zeitweiliges Ausgeh- und Versammlungsverbot.<sup>413</sup>

Damit war aber die Protestbewegung gegen die Folgen der Währungsreform und die Einführung der Marktwirtschaft noch nicht beendet: am 12. November 1948 kommt es in der gesamten Bizone zum Generalstreik.

### **2.3.2 Der Kampf um Mitbestimmung in den Betrieben**

„Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie in der modernen Wirtschaft die Interessen ihrer Mitglieder nicht ausreichend wahren können, wenn sie sich nur auf Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen und auf Mitarbeit an der Sozialpolitik beschränken. Sie fordern deshalb Mitarbeit und Mitbestimmung bei Planung und Durchführung der Wirtschaftspolitik sowie gleichberechtigte Teilnahme an allen Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

---

<sup>412</sup> Die Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit waren schon vor der Währungsreform ein Thema der Gewerkschaften gewesen. So stand die anhaltende Preissteigerung nach Kriegsende im krassen Gegensatz zu dem Lohnstopp. Es gab zwar zahlreiche Preisüberwachungsausschüsse, in den auch die Gewerkschaften mitarbeiteten, aber das Lohn-Preis-Verhältnis blieb katastrophal. Nach der Währungsreform verschärfte sich die Problematik aber um ein vielfaches. Vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., S. 344-354 und Unser, Margit: a.a.O., S. 142-174.

<sup>413</sup> DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 274 ff.; Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 187 und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 354-369.

Zur Wirtschaftsreform erklärt der Bundestag des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden:

Die Gewerkschaften kämpfen für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Ihr Endziel ist eine sozialistische Wirtschaft.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft kann nur im Rahmen eines Wirtschaftsplanes erfolgen. Unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften muß ein mehrjähriger Plan aufgestellt werden, der die Interessen der Gesamtheit und die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Wirtschaftszweige aufeinander abstimmt.“<sup>414</sup>

Diese Vorstellungen von der künftigen Wirtschaftsordnung wurden in einer Entschlie-  
ßung zur Wirtschaftspolitik auf dem Gründungskongreß des GWB formuliert. Auch der  
GB SWH und der BGB traten für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft  
ein.<sup>415</sup>

Das Ziel der Gewerkschaften war, die absolute Verfügungsgewalt der Unternehmer über  
Arbeitskräfte und Produktionsmittel durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer  
einzuschränken. Daher forderten die Gewerkschaften die gleichberechtigte Beteiligung  
an den inner- und überbetrieblichen ökonomischen Entscheidungsprozessen. So wollte  
man neugefaßte Kompetenzen für den Betriebsrat, paritätisch zusammengesetzte Han-  
dels-, Handwerks- und Industriekammern, paritätisch besetzte staatliche Beiräte und  
direkte Regierungsbeteiligung.<sup>416</sup>

Zu den zentralen Zielen der gewerkschaftlichen Wirtschaftsvorstellungen zählten neben  
der Mitbestimmung die Vollbeschäftigung, Überführung der Schlüsselindustrien in Ge-  
meineigentum und volkswirtschaftliche Planung.<sup>417</sup> 1945 rechnete man sich zur Real-  
isierung dieser Ziele große Chancen aus, da mit dem Nationalsozialismus auch der Ka-  
pitalismus zusammengebrochen sei und den Gewerkschaften beim Neuaufbau der De-  
mokratie eine Schlüsselrolle zufalle.<sup>418</sup>

Die Sozialisierungsvorstellungen wurden zwar in Reden und Entschlie-ßungen auch im-  
mer wieder gefordert, aber sie wurden stets als eine Art Fernziel angesehen. Bei den

---

<sup>414</sup> Entschlie-ßung zu Wirtschaftsfragen; in: Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerk-  
schaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stutt-  
gart 1946, S. 58.

<sup>415</sup> Vgl. Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 180 und Unser, Margit: a.a.O., S. 189 f..

<sup>416</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 187.

<sup>417</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 132.

Streiks und Arbeitsniederlegungen zwischen 1945 und 1949 hatten meist die schlechte Ernährungs- und Versorgungslage und die Preisentwicklung im Mittelpunkt gestanden. Dadurch, daß die Gewerkschaften den Marshall-Plan befürworteten, entfernten sie sich immer mehr vom Ziel der Sozialisierung.<sup>419</sup>

„Aus dem umfassenden Gesamtkonzept ordnungspolitischer Reformforderungen ist schließlich in Westdeutschland - neben der im Zuge der Hochkonjunktur der fünfziger Jahre sich einstellenden Vollbeschäftigung - nur die Mitbestimmung als eigentliches Herzstück gewerkschaftlicher Zielsetzungen übriggeblieben, während Sozialisierungs- und Lenkungsmaßnahmen schon 1949 de facto keine zentrale Rolle mehr spielten.“<sup>420</sup>

Der Hauptansatzpunkt der Gewerkschaften war der Versuch, den Betriebsräten mehr Rechte einzuräumen. Damit hatten die Mitbestimmungsvorstellungen im Vergleich zu dem Weimarer Konzept der Wirtschaftsdemokratie, auf dem die Vorstellungen basierten, eine wesentliche Korrektur erfahren:

Im Weimarer Konzept hatten die Betriebe aufgrund des damaligen Dualismus zwischen Gewerkschaft und Betrieb keine wesentliche Rolle zugestanden bekommen.

Auf der Offenburger Konferenz der neu gegründeten Gewerkschaften in Baden stellte der Referent Johann Zimmer<sup>421</sup> die Aufgaben, die die Betriebsräte beim Aufbau eines neuen Deutschlands erfüllen sollen, folgendermaßen dar:

- „1) Der Betriebsrat solle ein Organ der Demokratie im Betrieb sein. Er müsse den Kampf um die Gleichberechtigung mit dem Unternehmer führen und dürfe keine Untergrabung der politischen Demokratie von seiten der Wirtschaft zulassen.
- 2) Er habe über ein Netz von Vertrauensleuten die Verbindung zu den Arbeitern zu halten.
- 3) Er übe eine Kontrolle bei Neueinstellungen aus und nehme an der Überwachung der Ausbildung von Lehrlingen teil. Er arbeite bei der Entnazifizierung mit.

---

<sup>418</sup> Uffelmann, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik ..., a.a.O., S. 50.

<sup>419</sup> Ebd., S. 42; vgl. Kapitel 2.1.3.1.

<sup>420</sup> Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 132.



- 4) Er müsse alle wirtschaftlichen, beruflichen und sozialen Interessen der Belegschaft wahrnehmen an Hand genauer Kenntnis der Gesetze zu Tarif- und Arbeitsrechtsfragen.“<sup>422</sup>

Der Betriebsrat sollte nicht nur beratende, sondern vielmehr durch eine gesetzlich verankerte Grundlage mitbestimmende Funktion erfüllen. Die Gewerkschaften forderten daher für sich und die Betriebsräte das volle Mitbestimmungsrecht.

Die Betriebsräte wurden erst mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 in allen Zonen offiziell anerkannt. Die amerikanische Militärregierung hatte die Personalvertretung in den Betrieben schon im Spätsommer 1945 erlaubt. In vielen Betrieben hatten sich schon vor der offiziellen Anerkennung Betriebsräte gebildet.

Nach der offiziellen Anerkennung durch die Militärregierungen versuchten die Betriebsräte, durch Vereinbarungen mit den Arbeitgebern die Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 zu konkretisieren.

Betriebsräte und Gewerkschaften wollten mit diesen Vereinbarungen die Mitsprachemöglichkeiten bei personellen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Betriebe durchsetzen. Besonders die Forderung nach wirtschaftlicher Mitentscheidung stieß aber bei den Unternehmern auf wenig Gegenliebe.<sup>423</sup>

Der Betriebsrätesekretär des BGB Max Faulhaber schätzt, daß es in Südbaden zu etwa 60 Betriebsvereinbarungen kam. Diese waren vom Inhalt her sehr unterschiedlich, die meisten Vereinbarungen betrafen nur die Mitbestimmung in sozialen Fragen.<sup>424</sup> In Betriebsrätekonferenzen wies Faulhaber immer wieder darauf hin, daß die Vereinbarungen über die soziale Mitbestimmungen hinausgehen sollten. In der Gewerkschaftszeitung „Der Badische Gewerkschaftler“ wurde dann eine vom BGB entworfene Mustervereinbarung veröffentlicht, die den Betriebsräten als Richtschnur dienen sollte.<sup>425</sup> Die Notwendigkeit von Betriebsvereinbarungen waren aber im BGB umstritten. So gab es in

---

<sup>421</sup> Johann Zimmer (1890-1949): Mitglied der KPD; nach 1945 Abteilungsleiter des Arbeitsamtes Freiburg; Mitbegründer der IG Chemie, Papier, Keramik im BGB; Erster Vorsitzender der IG Chemie in Südbaden. Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 368.

<sup>422</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 52 f..

<sup>423</sup> Pfefferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 187.

<sup>424</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 253.

Gewerkschaftskreisen auch die Auffassung, daß man auch ohne feste Abmachung in den Betrieben klar käme.<sup>426</sup>

Der GWB und der GB SWH arbeiteten mit den Arbeitgeberverbänden Mustervereinbarungen<sup>427</sup> aus. In Südwürttemberg-Hohenzollern wurde diese Mustervereinbarung von vielen Betrieben übernommen. In Württemberg-Baden dagegen wurden nur wenige Betriebsvereinbarungen abgeschlossen. Seifert sieht die Ursache darin, daß es der GWB nur bei allgemeinen Überlegungen beließ und sich wenig um die Umsetzung bemühte.<sup>428</sup> So kam es fast nur im Metallbereich in Württemberg-Baden zu abgeschlossenen Betriebsvereinbarungen.

1948 wurden in allen drei Ländern unterschiedliche Betriebsrätegesetze, die sich auf Grundlage der Betriebsvereinbarungen entwickelt hatten, verabschiedet. Diese Gesetze entsprachen aber keineswegs den Vorstellungen der Gewerkschaften:

Das „Gesetz Nr. 726 über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe der Privatwirtschaft“ wurde am 13. August 1948 im württembergisch-badischen Landtag verabschiedet.<sup>429</sup> Die gleichberechtigte Teilnahme an der Lenkung der Betriebe und der Wirtschaft konnte nicht durchgesetzt werden. Besonders in wirtschaftlichen Angelegenheiten war die Beteiligung der Gewerkschaften und Betriebsräte nur auf Beraten und Verhandeln beschränkt worden. Auch die Möglichkeit des Anrufens einer Schiedsstelle wurde begrenzt. Die Gewerkschaften besaßen auch hier kein Mitbestimmungsrecht, ihnen wurde nur ein Vorschlagsrecht für die Beisitzer zugebilligt.<sup>430</sup>

---

<sup>425</sup> „Der Badische Gewerkschaftler“, Nr. 2, Februar 1947, S. 17.

<sup>426</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 185.

<sup>427</sup> Die Mustervereinbarung vom GWB ist abgedruckt in der GZ vom 7.11.1945, Stuttgart, S. 194 f.; die Mustervereinbarung vom BGB ist abgedruckt in: „Der Badische Gewerkschaftler“, Nr. 2, Februar 1947, S. 17; zur Mustervereinbarung des GB SWH vgl. Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 173.

<sup>428</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 259.

<sup>429</sup> Zur Auseinandersetzung um das Betriebsrätegesetz vgl. Seifert, Christfried: a.a.O., S. 269-284 und S. 323-344.

<sup>430</sup> Schottmüller, Silvia: a.a.O., S. 88 f. und Seifert, Christfried: a.a.O., S. 323-333.

Kurz nach Inkraftsetzung des Gesetzes am 2.10.1948, erließ die amerikanische Militärregierung eine Anordnung, in der sie einige Artikel des Gesetzes, welche die noch verbliebenen Mitbestimmungsmöglichkeiten betrafen, suspendierte.

Christfried Seifert kritisiert, daß der GWB nicht mit mehr Nachdruck seine Interessen vertrat.<sup>431</sup> Der GWB verzichtete bei den Protestkundgebungen gegen die Folgen der Währungsreform darauf, die Thematik Mitbestimmung voll miteinzubeziehen und so zu versuchen, die Massen zu politisieren. Seifert sieht den Grund für das Zurückweichen vor einer offenen Auseinandersetzung in der Gewerkschaftspolitik der Sozialpartnerschaft und in einer Unterordnung unter die Grundlinien der amerikanischen Besatzungspolitik.<sup>432</sup>

Auch in Württemberg-Hohenzollern wurde die gewerkschaftliche Forderung nach vollberechtigter Mitbestimmung bei der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe nicht im Betriebsrätegesetz verankert.<sup>433</sup> In der Präambel des Betriebsrätegesetzes wurde die Vorläufigkeit des Gesetzes betont, „in der Erkenntnis, daß eine endgültige Neugestaltung der Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in den Betrieben einer späteren Zeit vorbehalten bleiben muß [...]“.<sup>434</sup> Das Betriebsrätegesetz wurde als eine abgeänderte Fassung des Betriebsrätegesetzes von 1920 angesehen.

Die Militärregierung genehmigte alle Paragraphen bis auf den § 66c. Die Beanstandung betraf die Einspruchsmöglichkeiten des Betriebsrates gegen die mangelhafte Leitung des Betriebes. Mit diesem Einspruch stärkte die französische Militärregierung die Stellung der Arbeitgeber. Am 17.5.1949, nachdem der § 66c geändert worden war, genehmigte die Militärregierung das Gesetzeswerk.<sup>435</sup>

Wolfgang Hecker beanstandet, daß der GB SWH nicht mit mehr Bestimmtheit seine Interessen vertrat. Diese Kritik stimmt mit den Vorwürfen gegen den GWB von Christfried Seifert überein. Auch Hecker stellt eine mangelnde Mobilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit fest und beklagt, daß es keine intensive, innergewerkschaftliche Dis-

---

<sup>431</sup> Seifert, Christfried: a.a.O., S. 394.

<sup>432</sup> Ebd.

<sup>433</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 171-214.

<sup>434</sup> Zit. nach: Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 205.

<sup>435</sup> Ebd., S. 207 ff..

kussion über das Betriebsrätegesetz gab.<sup>436</sup> Hecker zeigt auch auf, daß eine einheitliche Verbandsstrategie bei der Behandlung des Betriebsrätegesetzes im Landtag ebenfalls fehlte.<sup>437</sup> Die Vorstandsmitglieder des GB SWH Karl Gengler (CDU), Ludwig Becker (KPD) und Fritz Fleck (SPD) waren nämlich für ihre Parteien im Landtag vertreten. Karl Gengler, der damals den Posten des Landtagspräsidenten innehatte, hielt sich an den Brauch der Neutralität. Fritz Fleck betonte öfters, daß er politischen Zwängen seiner Partei unterliege.<sup>438</sup> Dies führte dazu, daß Anträge von Ludwig Becker meist von seinen Gewerkschaftskollegen nicht unterstützt wurden und somit zum Scheitern verurteilt waren.

Nur der BGB erreichte es aufgrund der Mobilisierung der südbadischen Arbeiterschaft, daß in Baden das zu jener Zeit in den westlichen Besatzungszonen fortschrittlichste Betriebsrätegesetz zustande kam.<sup>439</sup> Dies lag wohl mit daran, daß der BGB im Gegensatz zum GB SWH und GWB Streiks für ein besseres Betriebsrätegesetz befürwortete. Am 24. September 1948 wurde das Betriebsrätegesetz vom badischen Landtag verabschiedet. Bei der Festlegung der Kalkulations- und Preisbildungsgrundlagen bei Kapitalinvestitionen, bei Anschaffung und Verkauf von Betriebseinrichtungen und bei Erweiterungen des Betriebes wurde den Betriebsräten ein Informations-, Beratungs- und Vorschlagsrecht zugestanden.<sup>440</sup> § 21 gab dem Betriebsrat in sozialen und personellen Angelegenheiten ein unmittelbares Mitbestimmungsrecht. Ein darüber hinausgehendes wirtschaftliches Mitbestimmungsrecht wurde auf die überbetriebliche Ebene verlagert und zwar in paritätisch besetzte Fachkommissionen.<sup>441</sup> Das Mitbestimmungsrecht umfaßte folgende Bereiche: Art der Produktion, Festlegung des Produktionsprogramms, Kontrolle und Lenkung des Warenabsatzes, Verhinderung von Kapitalinvestitionen und unlauteren Wettbewerbs.<sup>442</sup> Das Fachkommissionengesetz, das ebenfalls am 24. September verabschiedet wurde, erfuhr aber von der französischen Militärregierung aus formal-

---

<sup>436</sup> Hecker, Wolfgang: a.a.O., S. 209 f..

<sup>437</sup> Ebd., S. 171-214; vgl. auch: Pfeifferle, Heinz: Gewerkschaften, a.a.O., S. 187 f..

<sup>438</sup> Ebd. 210.

<sup>439</sup> Vgl. Faulhaber, Max: a.a.O., S. 252-268 und Unser, Margit: a.a.O., S. 188-201.

<sup>440</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 196 und „Der Badische Gewerkschaftler“, Nr. 7, 15.4.1948, S. 46.

<sup>441</sup> Faulhaber, Max: a.a.O., S. 268.

<sup>442</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 196.

juristischen Gründen eine Ablehnung.<sup>443</sup> Erst im Februar 1951 wurde es erneut verabschiedet. Die Landesregierung verzichtete aber auf die Durchführung des Gesetzes. Durch diesen Verzicht war die gewerkschaftliche Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung gescheitert.

Unser weist darauf hin, daß der BGB zwar eines der fortschrittlichsten Betriebsrätegesetze hatte durchsetzen können, aber wegen Kompromißbereitschaft und einer zu vorsichtigen Gewerkschaftspolitik die Chance einer konsquenten Umsetzung des Betriebsrätegesetzes vergeben hatte. Unser stellt weiter fest, daß die Vertreter einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik sich mit der Zeit immer mehr durchsetzen konnten.<sup>444</sup> Ein wesentlicher Grund dafür war, daß durch den beginnenden Kalten Krieg die Spaltung der Arbeiterklasse wieder aufgebrochen war. Viele Gewerkschafter befürchteten, daß die Kommunisten immer mehr an Einfluß gewinnen könnten. Daher versuchte man bald, sie aus den Vorständen der Gewerkschaften zu verdrängen.<sup>445</sup>

### 2.3.3 Zusammenfassung

Ihre programmatischen Ansprüche konnten die Gewerkschaften nicht erfüllen. Ihre Sozialisierungsvorstellungen konnten sie genauso wenig durchsetzen wie die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen Gebieten der Wirtschaft. So erreichte man weder eine Beteiligung bei der Regierungsbildung noch eine paritätische Besetzung der Industrie- und Handelskammern. Auch bei der gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung blieben die Gewerkschaften hinter den von ihnen gesteckten Zielen zurück.

Die Alltagsprobleme standen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit, beispielsweise waren die ersten Jahre geprägt vom Wiederaufbau der Wirtschaft und der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse. Gerade im Jahre 1948, in dem die Betriebsrätegesetze im deutschen Südwesten verabschiedet wurden, waren die Folgen der Währungsreform das zentrale Thema der gewerkschaftlichen Tätigkeiten.

---

<sup>443</sup> Ebd., S. 199.

<sup>444</sup> Unser, Margit: a.a.O., S. 210.

<sup>445</sup> Vgl. dazu: Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten..., a.a.O., Haumann, Heiko: „Der Fall Max Faulhaber“ ..., a.a.O. und Faulhaber, Max: a.a.O..

Die Streiks 1948 und 1949 stehen somit auch im Zusammenhang mit den tagespolitischen Themen. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neuordnungsvorstellungen erschienen dabei nur am Rande.

Haben die Gewerkschaften es verpaßt, sich durch Mobilisierung und Politisierung der Bevölkerung eine stärkere Stellung bei der Mitbestimmungsdiskussion zu verschaffen? Sicher war die Sorge um Nahrungsmittel und Bekleidung für die Bevölkerung drängender.<sup>446</sup> Um die Bevölkerung für demokratische Neuordnungsvorstellungen zu gewinnen, reichte daher eine politische Aufklärung nicht aus, sondern auch die Lebenssituation der Menschen mußte verbessert werden.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob der vorhandene Spielraum ausgenutzt wurde. In der Auseinandersetzung um das Betriebsrätegesetz hatte Südbaden den größten Erfolg zu vermelden. Dies lag sicherlich mit daran, daß der BGB im Gegensatz zu den anderen beiden südwestdeutschen Bünden auf Streiks nicht verzichtete und die innergewerkschaftliche Diskussion förderte.

Eine Mobilisierung der Massen für die Mitbestimmungsrechte hätte aber zumindestens in Württemberg-Baden zu einer Konfrontation mit der Besatzungsmacht führen müssen.

Gerade in Württemberg-Baden hatte die amerikanische Militärregierung ja wesentliche Artikel des Betriebsgesetzes suspendiert. Ob eine Konfrontation ein Erfolg gebracht hätte, ist schwer zu beantworten. Es ist aber zu vermuten, daß die Gewerkschaften mit der Mobilisierung der Massen mehr erreicht hätten, als ohne diesen öffentlich Druck.

---

<sup>446</sup> Vgl. Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung..., a.a.O., S. 53-56.

## 2.4 Ein demokratischer Neubeginn?

Nach der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten standen die Gewerkschaften vor der Aufgabe des Wiederaufbaus ihrer Organisation. Von diesem Neubeginn erhofften sie sich, eine wichtige Funktion in einer demokratischen Gesellschaft übernehmen und ihre Vorstellungen einer Wirtschaftsdemokratie verwirklichen zu können.

Die Gewerkschaften glaubten, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus auch der Kapitalismus überwunden worden sei. Doch diese Einschätzung erwies sich als falsch. Spätestens nach der ersten Bundestagswahl 1949, in der die Befürworter der sozialen Marktwirtschaft eine Gestzgebungsmehrheit erreichten, wurden die gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen nur noch zu Fernzielen.

Sind die Gewerkschaften gescheitert? Warum konnten sie ihre Vorstellungen nicht verwirklichen? Wenn man vom vollkommenen Scheitern der Gewerkschaftsbewegung spricht, würde man die Tatsachen verkennen. Die Beurteilung ihrer Leistungen muß die Bedingungen berücksichtigen, unter denen sie vollbracht wurden.

Die Gewerkschaften haben beim Wiederaufbau der Wirtschaft und bei der Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der Menschen eine bedeutende Rolle gespielt. Außerdem konnten sie beim gewerkschaftlichen Organisationsaufbau, die Richtungs-gewerkschaften der Weimarer Zeit überwinden.

Ein rascher landesweiter Organisationsaufbau wurde von den Besatzungsmächten verhindert, so daß man viel Energie in den Gewerkschaftsaufbau stecken mußte und die Koordination der Organisationstätigkeit schwierig war. Die Kräfte die durch den Organisationsaufbau und die innergewerkschaftliche Organisationsdiskussion gebunden waren, fehlten natürlich bei der Bewältigung tagespolitischer Probleme und bei der Verwirklichung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorstellungen.

Zusammengefaßt kann man u.a. folgende Punkte nennen, die dazu führten, daß grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen nicht durchgesetzt werden konnten:

- Die Gewerkschaften mußten sich mit den Besitzern arrangieren.

- Die Einschätzung der Gewerkschaften, daß mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus auch der Kapitalismus überwunden sei, erwies sich als falsch.
- Tagespolitische Themen wie Ernährungs- und Versorgungsprobleme, Löhne und Preise standen im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit.
- Die Arbeiterschaft, die 12 Jahre nationalsozialistische Herrschaft und Prägung hinter sich hatte, war schwer zu mobilisieren. Den Gewerkschaften fehlte es daher auch an Nachwuchs.
- Durch den sich immer mehr zuspitzenden Ost-West Konflikt wurde die Arbeiterklasse wieder gespalten.
- Durch die sozialpartnerschaftliche Politik und durch die Unterordnung unter die Grundlinien der Besatzungspolitik.

Insgesamt gesehen, kann man sagen, daß die Gewerkschaften es erreicht haben, eine funktionsfähige Organisation aufzubauen, die in unserer demokratischen Gesellschaft eine wichtige Stellung innehat.

Die Gewerkschaften verpaßten aber die Gelegenheit, die damals vorhandenen Handlungsspielräume auszuschöpfen. So versäumten sie es z.B. bei den Verhandlungen der Betriebsrätegesetze, konsequenter für die Mitbestimmung in den Betrieben einzutreten. Durch ihre sozialpartnerschaftliche Politik und den Verzicht, die Massen für mehr wirtschaftliche Mitbestimmung zu mobilisieren, fielen die Betriebsrätegesetze zumindest in Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern enttäuschend aus.

Die Gewerkschaften hofften, daß sie bei der Verabschiedung eines Betriebsrätegesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ihre Vorstellungen besser durchsetzen könnten, aber mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1952 erwies sich diese Hoffnung als unbegründet.

Mit der Gründung des DGB 1949 konnte das Ziel einer einheitlichen Gewerkschaft im wesentlichen erreicht werden. Abgesehen von Ausnahmen wie die DAG, dem Deutschen Beamtenbund, und dem zahlenmäßigen nicht starken Christlichen Gewerk-



schaftsbund Deutschlands (CGB)<sup>447</sup> hat sich das Einheitsgewerkschaftsprinzip und das Industrieverbandsprinzip durchgesetzt.

---

<sup>447</sup> Ein Teil der im DGB organisierten christlichen Arbeitnehmer trat aus dem DGB aus. 1959 entstand der CGB als Spitzenorganisation aller christlicher Gewerkschaften .

### **3 Die Gewerkschaftsbewegung des deutschen Südwesten von 1945-1950 als Thema der historisch-politischen Erwachsenenbildung**

Nachdem nun im ersten Abschnitt der Diplomarbeit auf die historische Entwicklung der Gewerkschaften in der Zeit von 1945-1950 detailliert eingegangen wurde, ist es nun Ziel des folgenden Abschnittes, die Bedeutung der Geschichte für die historisch-politische Erwachsenenbildung herauszuarbeiten.

Eine erste Voraussetzung hierfür ist es, Überlegungen darüber anzustellen, inwiefern die Beschäftigung mit Geschichte für soziale Gruppen und Individuen bedeutsam ist, inwieweit sich Identitätsbildung und Geschichte wechselseitig beeinflussen und welche Rolle dabei die historisch-politische Erwachsenenbildung spielen kann.

Aus diesen Überlegungen heraus werden Folgerungen für die methodisch-didaktische Umsetzung eines konkreten Lehrgangs zum Thema: „Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten in der Zeit von 1945-1950 - Ein demokratischer Neubeginn“ gezogen.

Abschließend wird ein möglicher Verlauf dieses Lehrganges entwickelt und exemplarisch dargestellt.

#### **3.1 Theoretische Überlegungen zur historisch-politischen Erwachsenenbildung**

Als zentrale Aufgaben der historisch-politischen Erwachsenenbildung definiert Bernd Mütter die Identitätsbildung und -revision<sup>448 449</sup>. Daraus lassen sich zwei wesentliche Kriterien ableiten:

---

<sup>448</sup> Mütter, Bernd: Identitätsbildung - Identitätsrevision in Deutschland. Das Beispiel des geisteswissenschaftlichen Konzepts der Erwachsenenbildung (Erich Weniger), in: Uffelman, Uwe (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein nach der Vereinigung Deutschlands, Weinheim 1993, S. 34 ff.. Der Aufsatz ist auch abgedruckt in: Mütter, Bernd: Historische Zunft und historische Bildung. Beiträge zur geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik, Weinheim 1995, S. 295-312.

1. Identität beinhaltet immer auch eine historische Dimension
2. Identität kann durch historisches Lernen gebildet, revidiert bzw. gestärkt werden

Doch was ist konkret unter dem Begriff Identität zu verstehen?

In der Geschichtsdidaktik wird meist von der Innenansicht der Identität, also mit dem, was das Individuum als Identität erlebt (Ich-Identität), ausgegangen.<sup>450</sup> Uwe Uffelman weist darauf hin, daß damit nur ein Pol eines Spannungsfeldes beschrieben ist, welcher der Wir-Identität gegenüber gestellt wird.<sup>451</sup> Will man den Begriff Identität für die politisch-historische Erwachsenenbildung nutzbar machen, müssen beide Spannungspole berücksichtigt werden:

#### a) Ich-Identität

„Das bewußte Gefühl eine *persönliche Identität* zu besitzen, beruht auf zwei gleichzeitigen Beobachtungen: der unmittelbaren Wahrnehmung der eigenen Gleichheit und Kontinuität in der Zeit, und der damit verbundenen Wahrnehmung, daß auch andere diese Gleichheit und Kontinuität erkennen. Was wir hier Ich-Identität nennen wollen, meint also mehr als die bloße Tatsache des Existierens, vermittelt durch persönliche Identität; es ist die Ich-Qualität dieser Existenz.“<sup>452</sup>

Diese bekannte Definition von Erik H. Erikson zeigt auf, daß nicht nur die subjektive Wahrnehmung der Ich-Identität von Bedeutung ist, sondern gleichermaßen auch deren Wahrnehmung durch das soziale Umfeld.

Nach Erikson ist die Pubertät der entscheidende Zeitpunkt, zu dem das Problem der Identitätsbildung bei einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung im Vordergrund

---

<sup>449</sup> Die Bedeutung dieser beiden Aufgaben wurde in besonderem Maße durch die deutsche Wiedervereinigung unterstrichen. Vgl. dazu u.a.: Uffelman, Uwe (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein ..., a.a.O.; ders. (Hrsg.): Historisches Lernen im vereinten Deutschland: Nation - Europa - Welt, Weinheim 1994; Raisch, Herbert: Auf dem Weg zur Einheit - Aspekte einer neuen Identität, Idstein 1994.

<sup>450</sup> Pfefferle, Heinz: Politische Identitätsbildung in Württemberg-Hohenzollern ..., a.a.O., S. 18.

<sup>451</sup> Uffelman, Uwe: Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein - Ein Tagungsfazit aus westdeutscher Perspektive, in: ders. (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein ..., a.a.O., S. 259.

<sup>452</sup> Erikson, Erik H.: Identität und Lebenszyklus, Frankfurt a.M.<sup>14</sup> 1994, S. 18.

steht.<sup>453</sup> Damit meint er aber nicht, daß das Problem der Identitätsbildung in irgendeiner Form nicht schon vorher existiert hat und nun mit der Pubertät abgeschlossen ist.<sup>454</sup> Der Prozeß der Identitätsbildung ist auf das ganze Leben bezogen. Im Leben eines Individuums gibt es nur Phasen größerer und geringerer Stabilität.<sup>455</sup>

Bei näherer Beschreibung des Prozesses der Identitätsbildung<sup>456</sup> eines Individuums muß die komplexe Struktur der Ich-Identität berücksichtigt werden. Von außen betrachtet kann man hierbei zwei Aspekte unterscheiden: die personale und die soziale Identität.<sup>457</sup>

Personale Identität erreicht das Individuum, „wenn es ihm gelingt, in lebensgeschichtlicher Perspektive eine unverwechselbare Biographie aufzubauen, und als handelndes Subjekt die Lebensgeschichte als sinnvoll zusammenhängend zu gestalten.“<sup>458</sup> Damit ist gemeint, daß personale Identität dann gegeben ist, wenn das Individuum sich in seiner Lebensgeschichte trotz unterschiedlicher und manchmal widersprüchlicher Lebensphasen als Ich wahrnimmt, das sich von anderen Ichs unterscheidet.

Soziale Identität dagegen erlangt der Einzelne „durch seine in Sympathie verankerte und in Loyalität oder Solidarität sich ausdrückende Zugehörigkeit zu verschiedenen Bezugsgruppen.“<sup>459</sup> Die verschiedenen Bezugsgruppen, mit denen das Individuum freiwillig oder gezwungenermaßen zu tun hat, stellen verschiedene Rollenerwartungen an den Einzelnen, die oft nicht miteinander vereinbar zu sein scheinen. Wenn es dem Individuum gelingt, diese Erwartungen zu einem einheitlichen Ganzen zu integrieren, dann kann es seine soziale Identität bilden und erhalten.

Die soziale Identität und die personale Identität muß das Individuum im Gleichgewicht halten. Ist diese Balance nicht gegeben, wird die Ich-Identität beschädigt.

---

<sup>453</sup> Ebd., S. 106 ff..

<sup>454</sup> Ebd., S. 59.

<sup>455</sup> Huhn, Jochen: Historische Identität als Dimension des Geschichtsbewußtseins, in: Uffelman, Uwe (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein ..., a.a.O., S. 19.

<sup>456</sup> Bergmann, Klaus: Identität, in: Bergmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. erw. Aufl., Seelze-Velben 1997, S. 23-29. Vgl. dazu auch: Uffelman, Uwe: Identität, Psychologie historischen Lernens und Geschichtsunterricht (I) und (2), in: GEP, Heft 5 und 6 (1994), S. 289-301 und S. 361-366; ders.: Identität und Geschichte, in: GEP, Heft 11 (1995), S. 649-658; ders.: Identität und historisches Lernen, in: GWU, Heft 11 (1995), S. 666-671 u.a..

<sup>457</sup> Bergmann, Klaus: Identität, a.a.O., S. 24.

<sup>458</sup> Ebd., S. 24.

<sup>459</sup> Ebd., S. 25.

Es besteht dann entweder die Gefahr, daß man sich sozialen Erwartungen vollkommen unterwirft, oder daß man nicht mehr fähig ist, sich auf den Anderen einzustellen und somit die Interaktions- und Kommunikationsfähigkeit verliert.<sup>460</sup>

Ich-Identität ist also dann gegeben, „wenn das Individuum sich in seinen vielleicht auch widersprüchlichen Handlungen in den verschiedenen Lebensphasen (personale Identität) und in unterschiedlichen sozialen Bezügen (soziale Identität) als Selbst erlebt, indem es durch seine Deutung Konsistenz und Kontinuität herstellt.“<sup>461</sup>

#### b) Wir-Identität

Im Handbuch der Geschichtsdidaktik definiert Bergmann die *kollektive Identität* als „Fähigkeit von Gruppen, sich als Zusammenschluß von Menschen zu begreifen und darzubieten, deren innerer und äußerer Zusammenhalt ungeachtet aller Unterschiedlichkeiten der sie tragenden Individuen in der Anerkennung gemeinsamer Vorstellungen über Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft durch die in ihr zusammengeschlossenen und an sie gebunden Personen begründet ist.“<sup>462</sup> Genauso wie der Mensch eine für seine Identität bedeutsame Lebensgeschichte hat, so hat auch jede Gruppe ihre eigene Geschichte, deren Vergewisserung ihrer Selbstidentifikation dient und sie von anderen abgrenzt.<sup>463</sup>

Der Identitätsbildungsprozeß des Individuums erfolgt in der sozialen Interaktion mit anderen Menschen und Gruppen.<sup>464</sup> Durch Identifikation mit bestimmten Werten, Eigenschaften und Verhaltensweisen von Interaktionspartnern und Identifikationsobjekten wird die eigene Identität weiterentwickelt, indem Identifikationsangebote in die eigene Persönlichkeitsstruktur eingebaut werden.<sup>465</sup>

---

<sup>460</sup> Ebd., S. 25.

<sup>461</sup> Huhn, Jochen: Historische Identität..., a.a.O., S. 19.

<sup>462</sup> Bergmann, Klaus: Identität, a.a.O., S. 23.

<sup>463</sup> Ebd.

<sup>464</sup> Vgl. Interaktionsbalance bei Krappmann, Lothar: Soziologische Dimensionen der Identität, Stuttgart<sup>5</sup> 1978.

<sup>465</sup> Bergmann, Klaus: Identität, a.a.O., S. 25.

Die Existenz eines jeden Einzelnen in der modernen, demokratischen Gesellschaft ist geprägt von einer „Vielfalt des Zugehörigseins“<sup>466</sup> zu unterschiedlichen Kollektiven, z.B. vom Freundeskreis über Vereine bis hin zur Nationalität oder gar Weltbürgertum.

Jede dieser Bezugsgruppen bietet Identifikationsangebote und trägt zur Ausformung der Identität bei. „Es handelt sich um Teilidentitäten. [...] Und Konflikte entstehen, widerstreitende Anforderungen - oft praktisch schon vom Zeitbudget - , nicht selten sogar im Sinne widersprüchlicher Normen und Verhaltensregeln.“<sup>467</sup> In der Auseinandersetzung mit diesen Konflikten werden die Teilidentitäten zu einer Gesamtidentität (komplexe Identität), integriert.<sup>468</sup>

Diese Identifikationsangebote enthalten stets auch eine geschichtliche Dimension, da die Interaktionspartner immer in den historischen Prozeß eingebettet sind:

„Die Identität eines jeden Menschen ist immer auch historisch, denn der Mensch ist lebensweltlich in die Geschichte eingebunden. Er erfährt und lernt immer auch Historisches, gleich, ob er dies will oder nicht.“<sup>469</sup> Vergangenheit begegnet dem Individuum bewußt oder unbewußt zum einen durch die lebensgeschichtlichen Erfahrungen und zum anderen durch die kulturelle Vermittlung.

Ein weiterer wichtiger identitätsstiftender Faktor ist dabei der Raum, in dem der Mensch lebt.<sup>470</sup> „Für uns heute und unsere historischen Identitäten kann also neben dem natürlichen und dem aktuell politischen auch der historisch geprägte Raum, in dem wir leben,

---

<sup>466</sup> Krockow, Christian von: Politik und menschliche Natur, München 1989, S. 98.

<sup>467</sup> Ebd.

<sup>468</sup> Ebd.

<sup>469</sup> Uffelman, Uwe: Identität und Geschichte, a.a.O., S. 650.

<sup>470</sup> Vgl. u.a.: Knoch, Peter: Identität in der Region, in: karlsruher pädagogische beiträge 33 (1994), S. 14-26; Mütter, Bernd/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Regionale Identität im vereinten Deutschland. Chance und Gefahr, Weinheim 1996; Uffelman, Uwe: Historisches Bewußtsein des Bürgers - Identitätsstiftende Voraussetzung für eine Bürgergesellschaft der vereinten Deutschen, in: Hepp, Gerd/Schiele, Siegfried/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Die schwierigen Bürger: Herbert Schneider zum 65. Geburtstag, Schwalbach/Ts. 1994, S. 180-199; ders.: Historische Identität durch regionalgeschichtliches Lernen? Karl Filser zum 60. Geburtstag, in : GEP, Heft 4 (1997), S. 207-212.

identitätswirksam werden: einmal durch seine täglich sichtbaren Denkmäler und spezifische Verhaltensweisen seiner Bewohner, zum anderen durch die bewußte Erschließung des Gewordenseins und der Bedeutung dieses Raumes in vergangenen Epochen.<sup>471</sup>

Mit dem Begriff „historische Identität“ soll demnach ausgedrückt werden, daß Geschichte eine notwendige Komponente der Identität eines Individuums darstellt.<sup>472</sup>

Der Philosoph Karl-Friedrich Wessel spricht von einem doppelten Käfig, in dem der Mensch sich befindet.<sup>473</sup> Der größere Käfig wird durch die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Epoche, in welcher der Mensch lebt, bestimmt. Der kleinere Käfig wird durch die eigene Lebensgeschichte begrenzt. Diese zwei Käfige beeinflussen auch die Sicht von Vergangenheit.

Das Geschichtsbewußtsein des Einzelnen wird von den Inhalten bestimmt, die mit dem Selbstwertgefühl des Individuums eng verbunden sind.

Unter Geschichtsbewußtsein versteht Huhn alle geschichtlichen Bewußtseinsinhalte, „ob sie nun wissenschaftlichen Kriterien standhalten oder nicht.“<sup>474</sup>

Die Identität sieht er als strukturierendes Zentrum für das Geschichtsbewußtsein an, d.h., die historische Interpretation wird durch die Identität beeinflußt, indem sie bestimmten Ereignissen und Personen größeres oder geringeres Gewicht beimißt.<sup>475</sup>

Das genaue Verhältnis von Identität und Geschichtsbewußtsein ist jedoch bis heute in der Literatur ungeklärt.<sup>476</sup>

---

<sup>471</sup> Uffelman, Uwe: Identität und Geschichte, a.a.O.; S. 654.

<sup>472</sup> Uffelman, Uwe: Identität, Psychologie historischen Lernens ..., a.a.O..

<sup>473</sup> Wessel, Karl-Friedrich: Über die den Individuen möglichen Vermittlungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart - Oder gibt es eine individualisierte Geschichte? In: Klose, Dagmar/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Vergangenheit - Geschichte - Psyche: ein interdisziplinäres Gespräch, Idstein 1993, S. 23.

<sup>474</sup> Huhn, Jochen: Historische Identität..., a.a.O., S. 25.

<sup>475</sup> Ebd.

<sup>476</sup> Jeismann, Karl-Ernst: Geschichtsbewußtsein-Theorie, in: Bergmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, a.a.O., S. 42-44.

### **3.2 Didaktische Folgerungen für einen Lehrgang über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung**

Die historisch-politische Erwachsenenbildung kann in doppelter Hinsicht zu einer Identitätsbildung bzw. -revision beitragen:

Einerseits bietet sie dem Einzelnen die Möglichkeit, eigene Vorstellungen über einen historischen Sachverhalt zu überprüfen, andererseits kann sie Identifikationsangebote zur Verfügung stellen.

Das bedeutet für einen Lehrgang mit dem Titel: „Die Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten in der Zeit von 1945-1950 - Ein demokratischer Neubeginn?“, daß er nicht nur das Thema berücksichtigen muß, sondern auch die persönlichen Erfahrungen und Vorstellungen der Teilnehmer.

„Historische Aufklärung“ als Ziel eines solchen Lehrgangs wird inhaltlich über die Analyse und Interpretation der kollektiven Vergangenheit, einer Standortbestimmung in der Gegenwart sowie der Konzentration auf die Frage nach zukünftigen Aufgaben und Verantwortung erreicht.<sup>477</sup>

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden so in einen Zusammenhang gebracht, der sowohl individuelle wie auch kollektive (gewerkschaftliche) Identität miteinbezieht.

Für die historische Identität der Gewerkschaften hat die Zeit nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus eine große Bedeutung.

Die individuelle Beurteilung dieses Zeitabschnitts kann von den Erwartungen, welche an die Gewerkschaft herangetragen werden, geprägt sein. So kann man die Aufgaben der Gewerkschaften entweder hauptsächlich im tarifpolitischen und sozialen Bereich



sehen oder aber man vertritt die Meinung, daß es generell notwendig ist, sich um die Wirtschaftspolitik als Ganzes zu kümmern:

Die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften kann so von einem als Erfolg interpretiert werden: Immerhin hatte man nach 12 Jahren des Verbots erreicht, daß, trotz schwieriger Bedingungen, eine funktionsfähige Gewerkschaftsorganisation wieder aufgebaut wurde. Außerdem hatte man bei der Wiederinstandsetzung der Wirtschaft eine nicht unbedeutende Rolle gespielt.

Auf der anderen Seite kann die Gewerkschaftsgeschichte als Versagen der Gewerkschaften gedeutet werden, da man die damaligen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Neuordnungsvorstellungen nicht durchsetzen konnte und somit die Chance zu einem „wirklichen“ Neubeginn verpaßt hat.

Die Vorstellungen und Interpretationen der Gewerkschaftsgeschichte beeinflussen auch die heutige Standortbestimmung der Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaften stehen auch heute vor der Frage nach einer Neuorientierung. Gegenwärtige Probleme wie z.B. Arbeitsplatzabbau und Aufbau Ost werfen die Frage auf, wie die Gewerkschaften auf diese Probleme reagieren sollen: Bringt eine Zusammenarbeit mit den Unternehmern und den unterschiedlichen Parteien Kompromisse, mit denen man leben kann, oder sollte man versuchen, das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem zusammen mit den anderen europäischen Gewerkschaften zu überwinden.<sup>478</sup>

Die Einstellung zu dieser Frage ist sicher auch beeinflußt von der Beurteilung der Vergangenheit: Sieht man die Gewerkschaftsbewegung damals als Versagen an, ist man sicher eher geneigt, auch heute ein solches zu attestieren.

Indem der Lehrgang nun die Möglichkeit bietet, subjektive Vorstellungen der Gewerkschaftsgeschichte zu überprüfen, eröffnet er Perspektiven, die Gewerkschaftsbewegung

---

<sup>477</sup> Mütter, Bernd: Identitätsbildung - Identitätsrevision ..., a.a.O., S. 40 f..

<sup>478</sup> „Angesichts der strukturellen Mängel und systembedingten Defizite kann der real existierende Kapitalismus kein Zukunftsmodell sein - weder in Deutschland, noch in Europa, noch weltweit.“ Entschließung auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall (1996), zit. nach: Moneta, Jakob: Rede zur Festveranstaltung „50 Jahre Gewerkschaftsbund“, 14.09.1996.

insgesamt differenzierter zu beurteilen und damit auch für die Zukunft den Blick für neue Handlungsalternativen zu eröffnen.

Für die Planung und Durchführung des Lehrgangs über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung<sup>479</sup> heißt dies, daß die Teilnehmer und ihre Vorstellungen miteinbezogen werden müssen:

Bei einer solchen Veranstaltung ist davon auszugehen, daß ein Großteil der Teilnehmer in einem Bezug zu einer Gewerkschaft steht. Das Interesse für das Thema kann aus verschiedenen Quellen gespeist sein (z.B. Lebensalter, Generation, individuelle Lebensgeschichte):

Das Lebensalter und damit auch die Generation spielen insofern eine wesentliche Rolle, da sich die Teilnehmer „durch abweichende Positionen zu Vergangenheit und Zukunft voneinander unterscheiden“<sup>480</sup>. Bei der Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften ist anzunehmen, daß in dem einen oder anderen an diese Zeit noch Kindheitserinnerungen lebendig sind, oder er sie sogar aktiv miterlebt hat. Jüngere Teilnehmer dagegen werden diese Zeit wesentlich distanzierter und aus einer anderen Perspektive beurteilen können.

So wird z.B. ein heute 60jähriger, der in jungen Jahren Nationalsozialismus und mit Ende des Krieges den Zusammenbruch eines politischen Systems miterlebt hat, sich in seinen Vorstellungen über Geschichte von einem unterscheiden, der in seiner Kindheit das Wirtschaftswunder und als Student die „68er“ erlebt hat.

An diesem Beispiel wird deutlich, daß jede Generation durch verschiedene kollektive „Schlüsselerlebnisse“ geprägt ist.<sup>481</sup> Lothar Steinbach bezeichnet solche Schlüsselerleb-

---

<sup>479</sup> Die Überlegungen zu diesem Lehrgang gründen sich auf folgende Ausgangsbedingungen: Die Veranstaltung wird vom DGB angeboten und ist auf freiwilliger Basis. Sie setzt sich aus 10 Sitzungen, die je 1 1/2 Zeitstunden umfassen, zusammen. Hierbei würde sich ein Kompaktseminar, das beispielsweise an einem Wochenende stattfindet, anbieten.

<sup>480</sup> Mütter, Bernd: Identitätsbildung - Identitätsrevision ..., a.a.O., S. 43.

<sup>481</sup> Ebd., S. 44.

nisse als Schnittflächen zwischen kollektiver Geschichte und individueller Biographie.<sup>482</sup> Auch die Befreiung durch die Alliierten und die sogenannte „Stunde Null“ können als ein solches historisches Schlüsselerlebnis aufgefaßt werden.

Ziel eines Lehrgangs könnte es diesbezüglich sein, eine Verständigung über die Nachkriegsgeschichte der Gewerkschaften zwischen den verschiedenen Generationen in einer weitgefaßten demokratischen Identität zu erreichen.<sup>483</sup>

Will man die historische Dimension des Denkens und Handelns dem Einzelnen bewußt machen, müssen die Teilnehmer eines Lehrgangs zur Gewerkschaftsgeschichte die Möglichkeit haben, historische Ereignisse durch eigenes Suchen und Forschen zu erschließen. Um einen Bezug zu dem Sachverhalt herstellen zu können, müssen die Lernenden die Chance haben, ihre eigenen Vorstellungen und Erfahrungen miteinzubringen.

Der selbständige Umgang mit dem historischen Lerngegenstand wird durch eine Auseinandersetzung mit Quellenmaterial aus der damaligen Zeit ermöglicht.

Bei der Auswahl der Quellen und der Inhalte muß dabei berücksichtigt werden, daß keine einseitige Darstellung erfolgt, damit die Teilnehmer durch die Auseinandersetzung mit mehreren Sichtweisen der Gewerkschaftsgeschichte ihre eigenen Vorstellungen überprüfen können.

---

<sup>482</sup> Steinbach, Lothar: Steinbach, Lothar: Der Einzelne und das Allgemeine - Überlegungen zu unserem Umgang mit Geschichte aus historischer und sozialpsychologischer Sicht, in: Klose, Dagmar/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Vergangenheit - Geschichte - Psyche ..., a.a.O., S. 51.

<sup>483</sup> Mütter, Bernd: Identitätsbildung - Identitätsrevision ..., a.a.O., S. 44.

So sollten u.a. die verschiedenen Perspektiven der Menschen der damaligen Zeit (ein Kommunist sah z.B. den Gewerkschaftsaufbau unter anderem Blickwinkel als ein christlicher oder sozialdemokratischer Gewerkschafter), wie auch die unterschiedlichen Positionen der Historiker und die verschiedenen Darstellungen der Gewerkschaften selbst berücksichtigt werden.<sup>484</sup>

Diese Perspektiven müssen immer wieder mit den Ergebnissen der Geschichtsforschung verglichen werden, da sonst ein wissenschaftliches Lernen nicht möglich ist.

Für einen solchen Lehrgang ist die angstfreie Atmosphäre eine grundsätzliche Voraussetzung.

Diese wird geschaffen, indem nicht nur die kognitive Seite angesprochen wird, wie z.B. durch eine reine Vermittlung von Faktenwissen. Vielmehr muß durch Aufforderung zur aktiven Beteiligung auch die sozial emotionale Seite berücksichtigt werden (Selbstbetätigung, Gesprächsbedürfnis, usw.).<sup>485</sup> Dazu gehört auch, daß das Anspruchsniveau der Lerninhalte die Teilnehmer nicht überfordert.

Ein ausschließlich im Stil des traditionellen Frontalunterricht gehaltener Lehrgang wird eher dazu führen, daß die einzelnen Teilnehmer zögern, sich persönlich einzubringen. Gesprächsbedürfnis und Selbstbetätigung der Lernenden werden so eher gehemmt.

Daher ist es wichtig, die Teilnehmer von Anfang an aktiv in den Lernprozeß miteinzu beziehen. Hierfür bietet sich Gruppenarbeit an:

Die Arbeit in kleinen überschaubaren Gruppen bietet die Möglichkeit einer leichteren Kontaktaufnahme, da die Hemmschwelle für ein persönliches Kennenlernen hier schneller überwunden wird. Auf diese Weise ist somit schon der Grundstein dafür gelegt, daß

---

<sup>484</sup> Huhn, Jochen: Historische Identität..., a.a.O., S. 30.

die Teilnehmer bereit sind, ihre persönlichen Erfahrungen und Vorstellungen einzubringen.

Darüber hinaus kann es für den Lernprozeß förderlich sein, daß der Leiter in der Gruppenarbeit nicht direkt anwesend ist, wodurch wiederum eine mögliche Angst vor Blamage reduziert wird.

Schließlich werden durch die Gruppenarbeit individuell unterschiedliche Lerntempi berücksichtigt und die Teilnehmer können wechselseitig in Diskussionen und Gesprächen aufeinander eingehen.

### **3.3 Verlauf**

Im folgenden wird abschließend der Verlauf einer solchen Veranstaltung exemplarisch dargestellt. Dieser Verlaufsplan gibt dabei nur eine Grobstruktur für einen möglichen Seminarablaufs vor, er versteht sich nicht als konkrete Handlungsanleitung für einen Lehrgang zu diesem Thema.

Ein zu detaillierter Verlaufsplan würde nämlich eine flexible Handhabung folgender Punkte einschränken:

- Teilnehmerzahl
- Alter der Teilnehmer
- Interessen und Erwartungen der Teilnehmer

Die Überlegungen gehen von folgenden Ausgangsbedingungen aus:

Die Veranstaltung wird vom DGB angeboten, die Teilnahme ist freiwillig. Sie setzt sich aus 10 Sitzungen, die je 1 1/2 Zeitstunden umfassen, zusammen. Hierbei würde sich ein Kompaktseminar, das beispielsweise an einem Wochenende stattfindet, anbieten.

---

<sup>485</sup> Brookmann-Nooren, Christiane/Grieb, Ina/Raapke, Hans-Dietrich: Handreichungen für die nebenberuf-

## **1. Tag**

Geplant sind an diesem Tag insgesamt nur zwei Sitzungen, da die Veranstaltung möglicherweise an einem Freitag Nachmittag beginnt, an den beiden anderen Tagen finden jeweils vier Sitzungen statt.

### **1. Sitzung:**

In der ersten Sitzung steht das gegenseitige Kennenlernen der Teilnehmer und ihrer Erwartungen an diesen Lehrgang im Vordergrund. Anhand von Bildern, Zeitzeugenberichten, Statistiken usw. soll ein erster Eindruck über die Zusammenbruchgesellschaft vermittelt werden. Dabei soll auch die Teilung des deutschen Südwesten in Besatzungszonen zur Sprache kommen.

### **2. Sitzung:**

In arbeitsteiliger Gruppenarbeit setzen sich die Teilnehmer anhand von Quellen mit den damaligen Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften auseinander.

Bei der Vorstellung der Arbeitsergebnisse sollen die Teilnehmer in einem Gespräch die Möglichkeit bekommen, ihre persönlichen Vorstellungen von Gewerkschaften mit den damaligen Zielen zu vergleichen und kritisch zu hinterfragen. Hierbei könnte der Aspekt des Gegenwartsbezugs dieser Zielvorstellungen diskutiert werden.

## **2. Tag**

### **3. Sitzung:**

In dieser Sitzung geht es um die Frage, von welchen Erfahrungen die Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaften geprägt waren. Hierbei stehen sowohl die Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik wie auch die Zeit während des Nationalsozialismus im Mittelpunkt.

#### **4. Sitzung:**

Zentral in dieser Sitzung sind die französische und amerikanische Besatzungspolitik. Einstellungen der jeweiligen Besatzungsmacht gegenüber den Gewerkschaften sind dabei von besonderem Interesse. So könnte z.B. in arbeitsteiliger Gruppenarbeit gleichzeitig der Streit zwischen Laffon und Koenig einerseits und der Konflikt zwischen der „grassroots“-Position und den Vertretern des „free trade unionism“ andererseits herausgearbeitet werden.

#### **5. und 6. Sitzung:**

Die Rahmenbedingungen, unter denen der Aufbau der Gewerkschaften nach 1945 stattfand, ist Thema dieser beiden Sitzungen, wobei das Verhältnis zwischen Besatzungsmacht und Gewerkschaften näher beleuchtet wird.

Hierbei geht es um die Frage, inwieweit das Eingreifen der Besatzungsmacht die Umsetzung der gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen verhinderte. Diese Fragestellung wird hauptsächlich am Beispiel der Diskussion um den Organisationsaufbau des WüGB und des GWB erörtert.

#### **3. Tag**

#### **7. und 8. Sitzung:**

In diesen Sitzungen erfolgt eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Problematik der Umsetzung der programmatischen Ansprüche der Gewerkschaften. Dabei bieten sich u.a. folgende Themen an:

Die Stellung der Gewerkschaften zum Marshall-Plan

Der Kampf um die wirtschaftliche Mitbestimmung

Der Einsatz der Gewerkschaften für bessere Lebensbedingungen

#### **9. Sitzung**

Die Streiks und Kundgebungen für bessere Lebensbedingungen und die Frage, ob diese Aktivitäten nicht vielmehr für die Mitbestimmungsrechte hätten instrumentalisiert werden sollen, wird in dieser Sitzung näher betrachtet. Dies leitet über zu der allgemeinen Problemstellung, ob der vorhandene Handlungsspielraum von den Gewerkschaften ausgenutzt wurde.

### **10. Sitzung**

Abschließend soll darüber diskutiert werden, inwiefern die Nachkriegsgeschichte für die heutige Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung ist und ihre Identität prägt.

Darüber hinaus soll die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften reflektiert und so der Bezug zwischen Vergangenheit und Zukunft hergestellt werden.

Folgende Diskussionspunkte könnten sich dafür anbieten:

- Wie sollen die Gewerkschaften auf den Abbau von Sozialleistungen reagieren?
- Inwiefern sollen die Gewerkschaften für gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnungsvorstellungen eintreten?
- Sollten die deutschen Gewerkschaften eine engere Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaften anstreben?



## 4 Abschließende Betrachtungen

Im Rahmen dieser geschichtsdidaktischen Diplomarbeit wurde die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung im deutschen Südwesten in der Zeit von 1945-1950 nachgezeichnet.

Diese Zeit ist für die heutige Gewerkschaftsbewegung von besonderer Bedeutung, da hier die Weichen für ihre jetzige Organisationsform gestellt wurden. Die Vorstellungen darüber, inwiefern eine Neuordnung nicht gelungen bzw. verhindert worden war, beeinflußt noch heute die Einschätzung der Gewerkschaftsgeschichte.

Unter der Annahme, daß historisches Lernen zu einer historisch-politischen Identitätsbildung bzw. -revision beitragen kann, will diese Arbeit dazu anregen, die historische Dimension der politischen Bildung im Rahmen der gewerkschaftlichen Weiterbildung mehr zu berücksichtigen.

Zu diesem Zweck wurde ein grober Verlaufsplan für einen möglichen Lehrgang entworfen, welcher dem Identitätspluralismus einer demokratischen Gesellschaft und Gewerkschaft gerecht werden will. Darüber hinaus setzt er sich zum Ziel, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in einen Zusammenhang zu bringen, der sowohl individuelle wie auch kollektive Identitäten miteinbezieht.

Obwohl dieser konkrete Lehrgang speziell für die gewerkschaftliche Weiterbildung konzipiert ist, gelten seine Grundannahmen für die historisch-politische Bildung im allgemeinen.

Gerade in jüngster deutscher Vergangenheit ist die Identitätsproblematik ins Bewußtsein vieler gerückt und hat die Notwendigkeit einer reflektierten historisch-politischen Erwachsenenbildung hervorgehoben.

Daher sollte in Zukunft die historisch-politische Erwachsenenbildung in der Geschichtsdidaktik eine wesentlich zentralere Stellung einnehmen.

## 5 Anhang: Verzeichnis der Abkürzungen

AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AFGB	Allgemeiner Freier Gewerkschaftsbund
Antifa	Antifaschistische Ausschüsse
BCSV	Badisch-Christliche-Soziale Volkspartei
BGB	Badischer Gewerkschaftsbund
BuVo	Bundesausschuss
CDU	Christlich-Demokratische Union
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGBSt	Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbundes Stuttgart
EAC	European Advisory Commission (Europäische Beratungskommission)
ERP	European Recovery Program (auch unter Marshall-Plan bekannt)
FBZ	Französische Besatzungszone
FDP	Freie Demokratische Partei
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GB SWH	Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern
GEP	Geschichte-Erziehung-Politik
GWB	Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

---

GZ	Württembergisch-Badische Gewerkschaftszeitung
IG	Industriegewerkschaft
JCS	Joint Chiefs of Staff
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
NPL	Neue Politische Literatur
OMG	Office Military Gouverment
OMGUS	Office of Military Gouverment US-Zone
OMGWB	Office of Military Gouverment Württemberg-Baden
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SHAEF	Supreme Headquarters, Allied Expeditonary Forces (Alliiertes Oberkommando der Expeditionsstreitkräfte)
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschland
SP	Sozialistische Partei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
US	United States
USGCC	United States Group, Countroll Council (vom November 1922 - Oktober 1945 die Planungs- und Leitungsorganisa- tion der US-Militärregierung - Vorläuferin von OMGUS)
VfZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
WGB	Weltgewerkschaftsbund

WüGB

Württembergischer Gewerkschaftsbund

## 6 Quellen und Literaturverzeichnis

### 6.1 Archivalische Quellen

#### DGB-Archiv beim Landesbezirk Baden-Württemberg in Stuttgart

##### Ordner:

- Französische Zone
- Gründungsakten und Protokolle des Württembergischen Gewerkschaftsbundes
- Markus Schleicher (Persönliches 1945)
- Protestaktionen, Streiks 1948/1949.
- Südweststaat
- Vorstandssitzungen, Besprechungen
- WüGB: Gründungsprotokolle/Genehmigungen/Richtlinien
- Württemberg-Baden, Bezirksstelle Südwürttemberg-Hohenzollern
- Zonenkonferenzen, Zonenausschuß

#### DGB-Archiv im Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert Stiftung in Bonn

Bestand/62: BaWü 31/65: Allgemeiner Schriftverkehr, Protokolle und Rundschreiben.

Bestand/62: BaWü 31/69: Schriftverkehr mit der Landesberufsgewerkschaft Metall Südwürttemberg-Hohenzollern bzw. IGM Bezirk Stuttgart.

Bestand/62: BaWü 31/70: Schriftverkehr u.a. mit dem Bundesvorstand des WüGB bzw. des GWB betreffend u.a. den Neuaufbau der Gewerkschaften.

Bestand/62: BaWü 31/86: Schriftwechsel überwiegend mit der Militärregierung Pforzheim betreffend Gewerkschaftsgründung.

Bestand/62: BaWü 31/158: Verschiedenes u.a. Entwurf zur Satzung des GWB; Sitzungsprotokolle der Gewerkschaften der Stadt und des Kreises Reutlingen; Schriftverkehr des GB SWH mit dem Bundesvorstand des GWB.

Bestand/62: BaWü 31/188: Schriftverkehr u.a. mit dem Wirtschaftsministerium Württemberg-Hohenzollern.

Bestand/62: BaWü 31/191: Schriftverkehr u.a. mit der Militärregierung für Württemberg-Baden.

Bestand/62: BaWü 31/279: Rundschreiben.

Bestand/62: BaWü 31/280: Protokolle der Zonenkonferenzen der drei Gewerkschaftsbünde der französischen Zone.

Bestand/62: BaWü 31/282: Allgemeiner Schriftverkehr.

## 6.2 Gedruckte Quellen

DAG Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Beginn und Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Württemberg-Baden 1945-1949. Mit den Protokollen der Verbandstage des Angestellten-Verbandes Württemberg-Baden von 1946-1949, Stuttgart 1951.

DGB Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Erste Landesbezirkskonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landesbezirk Württemberg-Baden am 24. April 1950 in Stuttgart-Feuerbach. Schriftlicher Bericht des Landesbezirksvorstandes und Protokoll der Verhandlungen der 1. Landesbezirkskonferenz, o.O. und o.J..

DGB Landesbezirk Württemberg-Baden (Hrsg.): Geschäftsbericht 1950-1951 des Landesbezirksvorstandes, o.O. und o.J..

Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften

- 1945-1949. Bearb. von Siegfried Mielke unter Mitarbeit von Peter Rütters, Michael Becker und Michael Fichter, Köln 1987.
- Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 8: Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945-1949. Bearb. von Siegfried Mielke, Köln 1989.
- Mielke, Siegfried/Weber, Hermann: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Band 7: Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949. Bearb. von Siegfried Mielke und Peter Rütters unter Mitarbeit von Michael Becker, Köln 1991.
- Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946.
- Scherer, Peter/Schaaf, Peter (ausgewählt und bearb.): Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848 bis 1949, Stuttgart 1984.
- Schwarzmaier, Hansmartin [u.a.] (Bearb.): Der deutsche Südwesten zur Stunde Null. Zusammenbruch und Neuanfang im Jahre 1945 in Dokumenten und Bildern, hrsg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein, Karlsruhe 1975.

### **6.3 Zeitungen:**

- Württembergisch-Badische Gewerkschaftszeitung (GZ). Organ des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden, Jg. 1 (1946) - Jg. 4 (1949), Stuttgart.
- Der Badische Gewerkschaftler. Organ des Badischen Gewerkschaftsbundes für die französisch besetzte Zone, Jg.1 (1946) - Jg. 4 (1949), Freiburg.
- Die Schaffenden. Gewerkschaftszeitung für das Land Süd-Württemberg und Hohenzollern, Jg. 1 (1946) - Jg. 4 (1949), Tuttlingen (von 1946-1948 erschien sie unter dem Titel Ge-

werkschaftszeitung, danach hieß sie: Der Schaffende. Ab dem 30.6.1948 trug sie den Namen: Die Schaffenden).

#### 6.4 Literatur

Abelshauser, Werner: Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949-1966, (Historisches Seminar; Bd. 5) Düsseldorf 1987.

Abelshauser, Werner: Die Rekonstruktion der westdeutschen Wirtschaft und die Rolle der Besatzungspolitik, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977, S. 1-17.

Abelshauser, Werner: Probleme des Wiederaufbaus der westdeutschen Wirtschaft 1945-1953, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 208-253.

Abelshauser, Werner: Wirtschaft im Südwesten 1945-1952, in: Thierfelder, Jörg/Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991. S. 93-111

Abelshauser, Werner: Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M.<sup>4</sup> 1987.

Arbeitskreis Regionalgeschichte Freiburg (Hrsg.): Alltagsnot und politischer Wiederaufbau. Zur Geschichte Freiburgs und Südbadens in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg 1986.

Assmann, Jan: Das kulturelle Gedächtnis - Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992.

Bausinger Hermann/Eschenburg, Theodor (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 1) Stuttgart<sup>3</sup> 1985.



- Bergmann, Klaus: Identität, in: Bergmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. erw. Aufl., Seelce-Velben 1997, S. 23-29.
- Boelcke, Willi A.: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800-1989: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 16) Stuttgart 1989.
- Borsdorf, Ulrich: Zwischen Befreiung und Besatzung, 1995.
- Brookmann-Nooren, Christiane/Grieb, Ina/Raapke, Hans-Dietrich: Handreichungen für die nebenberufliche Qualifizierung in der Erwachsenenbildung, (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung) Weinheim/Basel<sup>2</sup> 1996.
- Buschak, Willy: „Arbeit im kleinsten Zirkel“ Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993.
- Clasen, Jens: Die Chronik NGG 1865-1990. 125 Jahre für den Menschen, hrsg. von der Verwaltungsstelle Stuttgart der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Stuttgart 1990.
- Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen (Hrsg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, dritte verb. Aufl. Köln 1981.
- Detje, Richard u.a.: Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1982.
- DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau in Stuttgart 1945-49, Stuttgart 1982.
- Dietrich, Werner: Sozialdemokraten und Kommunisten in den Metallgewerkschaften Nordbadens 1945-1949, Frankfurt a.M. 1990.
- Erikson, Erik H.: Identität und Lebenszyklus, Frankfurt a.M.<sup>14</sup> 1994.
- Eschenburg, Theodor: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, in: Bausinger Herman/Eschenburg, Theodor (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 1) Stuttgart<sup>3</sup> 1985.
- Fäßler, Peter/Grohnert, Reinhard /Wolfrum, Edgar (Hrsg.): Krisenjahre und Aufbruchzeit. Alltag und politischer Wiederaufbau im französisch besetzten Baden 1945-1949, München 1996.

- Faulhaber, Max: „Aufgegeben haben wir nie ...“ Erinnerungen aus einem Leben in der Arbeiterbewegung, hrsg. von Peter Fäßler, Heiko Haumann, Thomas Held, Hermann Schmid und Edgar Wolfrum, Marburg 1988.
- Fichter, Michael: Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982.
- Fichter, Michael: Einheit und Organisation. Der Deutsche Gewerkschaftsbund im Aufbau 1945 bis 1949, Köln 1990.
- Glastetter, Werner: Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum 1950 bis 1975 - Befunde und Aspekte, Berlin/Heidelberg/New York 1977.
- Haumann, Heiko: „Der Fall Max Faulhaber“: Gewerkschaften und Kommunisten - ein Beispiel aus Südbaden 1949-1952, Marburg 1987.
- Hecker, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Süd-Württemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945-49, (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung; Bd. 70) Marburg 1988.
- Hemmer, Hans Otto/Schmitz Kurt Thomas (Hrsg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 27) München 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945. In: Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955 München, 1986, S. 127-135.
- Henke, Klaus-Dietmar: Politik der Widersprüche. Zur Charakteristik der französischen Militärregierung in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Jg. 30 (1982), S. 500-537.
- Henke, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 42), Stuttgart 1981
- Herbst, Ludolf (Hrsg.): Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

- Hudemann, Rainer: Französische Besatzungszone 1945-1952. In: NPL 26 (1981), S. 325-360.
- Hudemann, Rainer: Wirkungen französischer Besatzungspolitik: Forschungsprobleme und Ansätze zu einer Bilanz, in: Herbst, Ludolf: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 167-181.
- Huhn, Jochen: Historische Identität als Dimension des Geschichtsbewußtseins, in: Uffelman, Uwe (Hrsg.): Identitätsbildung und Geschichtsbewußtsein nach der Vereinigung Deutschlands, Weinheim 1993, S. 9-34.
- Jeismann, Karl-Ernst: Geschichtsbewußtsein - Theorie, in: Bergmann, Klaus u.a. (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, 5. erw. Aufl., Seelze-Velben 1997, S. 42-44.
- Jurt, Joseph (Hrsg.): Von der Besatzungszeit zur deutsch-französischen Kooperation. De la période d'occupation á la coopération franco-allemande, Freiburg i.Br. 1993.
- Kleßmann, Christoph/Wagner, Georg (Hrsg.): Das gespaltene Land. Leben in Deutschland 1945-1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte, München 1993.
- Kleßmann, Christoph: Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S. 44-73.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991.
- Klinga, Stefan/Klose, Jürgen: 50 Jahre Gewerkschaften im Südwesten. Zur Gründungsphase 1946/47, hrsg. vom DGB Landesbezirk Baden-Württemberg, Stuttgart 1996.
- Klönne, Arno/Reese, Hartmut: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Hamburg 1984.
- Klönne, Arno: Die deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte - Ziele - Wirkungen, Düsseldorf/Köln 1980.
- Klose, Dagmar/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Vergangenheit - Geschichte - Psyche: ein interdisziplinäres Gespräch, (Forschen - lehren - lernen; Bd. 7) Idstein 1993.

- Konstanzer, Eberhard: Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart/ Berlin/Köln/Mainz 1969.
- Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen, in: Thierfelder, Jörg/Uffelmann, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 17-37.
- Krockow, Christian von: Politik und menschliche Natur, München 1989.
- Lattard, Alain: Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945-1949, Mainz 1988.
- Lattard, Alain: Gewerkschaften und Betriebsräte in Rheinland-Pfalz 1945-1947, in: Scharf, Claus/ Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1983, S. 155-184.
- Lattard, Alain: Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik. Der Streit Laffon-Koenig 1945-1947, in: VfZG Jg. 39 (1991), S. 1-35.
- Limmer, Hans: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München<sup>5</sup> 1973.
- Loth, Wilfried: Die deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Herbst, Ludolf: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 37-49.
- Loth, Wilfried: Die Franzosen und die deutsche Frage 1945-1949, in: Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, S. 27-48.
- Manz, Mathias: Stagnation und Aufschwung in der französischen Besatzungszone 1945-1948, hrsg. von Werner Abelshauser, (Beiträge zur südwestdeutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte; Bd. 2) Ostfildern 1985.
- Matz, Klaus-Jürgen: Baden, in: Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 38-54.
- Mielke, Siegfried (Mitverf.): Gewerkschaften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1945-1949, Köln 1987.

- Mielke, Siegfried: Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5) Göttingen 1979, S. 74-87.
- Moneta, Jakob: Rede zur Festveranstaltung „50 Jahre Gewerkschaftsbund“, gehalten in Stuttgart Kornwestheim am 14.09.1996.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, 3. überarb. und erw. Auflage, München 1995.
- Müller, Werner: Gewerkschaften und Tarifbewegung, in: Schneider, Herbert (Hrsg.): Verbände in Baden-Württemberg, Stuttgart 1987, S. 183-200.
- Mütter, Bernd/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Regionale Identität im vereinten Deutschland. Chance und Gefahr, (Schriften zur Geschichtsdidaktik; Bd. 4) Weinheim 1996.
- Mütter, Bernd: Historische Zunft und historische Bildung. Beiträge zur geisteswissenschaftlichen Geschichtsdidaktik, (Schriften zur Geschichtsdidaktik; Bd. 2) Weinheim 1995.
- Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945, Wuppertal 1976.
- Niethammer, Lutz: Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Winkler, Heinrich A. (Hrsg.): Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5) Göttingen 1979, S. 26-43.
- Nüske, Gerd Friedrich: Württemberg-Hohenzollern als Land der französischen Besatzungszone in Deutschland 1945-1952. Bemerkungen zur Politik der Besatzungsmächte in Südwestdeutschland, in: Zeitschrift für Hohenzollerische Geschichte 18 (1982), S. 179-278 und 19 (1983), S. 81-110.
- Pfefferle, Heinz: Die Gewerkschaften, in: Thierfelder, Jörg/Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 183-200.

- Pfefferle, Heinz: Politische Identitätsbildung im neugeschaffenen Land Württemberg-Hohenzollern 1945-1952 - Orientierungen für die neuen Bundesländer seit 1990? In: Mütter, Bernd/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Regionale Identität im vereinten Deutschland. Chance und Gefahr, Weinheim 1996, S. 101-115.
- Pfefferle, Heinz: Politische Identitätsbildung in Württemberg-Hohenzollern (1945-1952) - Die Renaissance oberschwäbischen Regionalbewußtseins, Weinheim 1997.
- Raisch, Herbert: Auf dem Weg zur Einheit - Aspekte einer neuen Identität, (Forschen - lehren - lernen; Bd. 9) Idstein 1994.
- Riemer, Hendrik: Gewerkschaftlicher Wiederaufbau in Friedrichshafen 1945-1948. Gewerkschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung kommunaler Aspekte, Friedrichshafen 1985.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945-1949, (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte, Beiheft 14) Wiesbaden 1983.
- Scharf, Claus/Schröder, Hans-Jürgen (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Abt. Universalgeschichte; Beiheft 4) Wiesbaden 1977.
- Schmid, Carlo: Erinnerungen, (3. Bd. der gesammelten Werke) Bern/München/Wien<sup>4</sup> 1979.
- Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M./Köln<sup>8</sup> 1981.
- Schnabel, Thomas unter Mitarbeit von Hauser-Hauswirth, Angelika: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945: Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994.
- Schneider, Herbert (Hrsg.): Verbände in Baden-Württemberg, (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 14), Stuttgart 1987.

- Schneider, Michael: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989.
- Schoenbaum, David: Deutschland als Gegenstand der amerikanischen Nachkriegsplanung, in: Herbst, L.: Westdeutschland 1945-1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 27 ff..
- Schottmüller, Silvia: Entstehung und Entwicklung des ADGB Karlsruhe und Umgebung zwischen 1945 und 1949, (unveröffentlichte Magisterarbeit) Universität Mannheim Fakultät für Sozialwissenschaften 1996.
- Schuster, Bernd: Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, 6. verb. und erg. Aufl., Köln 1980.
- Schwarzmaier, Hansmartin (Hrsg.): Landesgeschichte und Zeitgeschichte: Kriegsende 1945 und demokratischer Neubeginn am Oberrhein, (Oberrheinische Studien Bd. 5) Karlsruhe 1980.
- Schweickert, Alexander (Hrsg.): Südbaden, (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 19) Stuttgart 1992.
- Seidl, Michael: Wiederenstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen von 1945-1949, Neustadt/Weinstraße 1990.
- Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, (Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Bd. 20) Marburg 1980.
- Steinbach, Lothar: Der Einzelne und das Allgemeine - Überlegungen zu unserem Umgang mit Geschichte aus historischer und sozialpsychologischer Sicht, in: Klose, Dagmar/Uffelman, Uwe (Hrsg.): Vergangenheit - Geschichte - Psyche: ein interdisziplinäres Gespräch, (Forschen - lehren - lernen; Bd. 7) Idstein 1993, S. 35-56.
- Thierfelder, Jörg /Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991.
- Uffelman, Uwe (Hrsg.): Historisches Lernen im vereinten Deutschland: Nation - Europa - Welt, (Schriften zur Geschichtsdidaktik; Bd. 1) Weinheim 1994.
- Uffelman, Uwe: Der Weg zur Bundesrepublik. Wirtschaftliche, gesellschaftliche und

- staatliche Weichenstellungen 1945-1949, (Historisches Seminar; Bd. 12) Düsseldorf 1988.
- Uffelmann, Uwe: Historisches Bewußtsein des Bürgers - Identitätsstiftende Voraussetzung für eine Bürgergesellschaft der vereinten Deutschen, in: Hepp, Gerd/Schiele, Siegfried/Uffelmann, Uwe (Hrsg.): Die schwierigen Bürger: Herbert Schneider zum 65. Geburtstag (Didaktische Reihe der Bundeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Schwalbach/Ts. 1994, S. 180-199.
- Uffelmann, Uwe: Historische Identität durch regionalgeschichtliches Lernen? Karl Filser zum 60. Geburtstag, in : GEP, Heft 4 (1997), S. 207-212.
- Uffelmann, Uwe: Identität und Geschichte, in: GEP, Heft 11 (1995), S. 649-658.
- Uffelmann, Uwe: Identität und historisches Lernen, in: GWU, Heft 11 (1995), S. 666-671.
- Uffelmann, Uwe: Identität, Psychologie historischen Lernens und Geschichtsunterricht (I) und (2), in: GEP, Heft 5 und 6 (1994), S. 289-301 und S. 361-366.
- Uffelmann, Uwe: Identitätsstiftung in Südwestdeutschland. Antworten auf politische Grenzziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg, (Historisches Seminar; N.F., Bd. 8) Idstein 1996.
- Uffelmann, Uwe: Württemberg-Baden, in: Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 75-92.
- Unser, Margit: Der badische Gewerkschaftsbund: zur Geschichte des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung im französisch besetzten Südbaden, Marburg 1989.
- Wichers, Hermann: Möglichkeiten und Grenzen des Widerstandes von Sozialdemokraten und Kommunisten in Baden und Württemberg, in: Schnabel, Thomas unter Mitarbeit von Hauser-Hauswirth, Angelika: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933-1945: Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Ulm 1994, S. 26-52.
- Wolfrum, Edgar: Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der "vergessenen Zone" bis zur Bildung des Südweststaates 1945-



1952, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Bd. 95) Düsseldorf 1991.

Zauner, Stefan: Württemberg-Hohenzollern, in: Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 55-74.